

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Geschlechterverhältnisse im europäischen Staatsprojekt? Eine
intersektionale Kritik an der Historisch-materialistischen
Politikanalyse

verfasst von | submitted by
Paul Michael Häfner B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Marion Löffler Privatdoz.

Gefördert von der Hochschüler*innenschaft an der Universität Wien.



Danksagung

Zuerst gilt mein Dank meiner Betreuerin Marion Löffler. Der lange Atem, die geschaffenen Austauschräume, die inhaltlichen Diskussionen, Kritiken und Denkanstöße – all das hat diese Arbeit zu einem Abschluss gebracht und bereichert.

Ein großer Dank geht an meine Genoss*innen und Mitstreiter*innen aus dem Feministischen Streik, aber auch aus den anderen vielfältigen feministischen, antifaschistischen und antikapitalistischen Kämpfen. Ihr seid ein großartiger Raum, um zu lernen, zu verlernen und um solidarische Beziehungsweisen zu erproben. Ohne euch hätte ich schon oft den Mut verloren, an eine bessere Welt zu glauben. Vielen Dank an die Genoss*innen deren Ferienhaus ich für konzentrierte Schreibphasen nutzen konnte. Danke an einen lieben Freund, der mich in diesen Phasen und während der ganzen Arbeit begleitet hat.

Vielen Dank an meine Mitbewohner*innen und Freund*innen, die mich in Momenten der Frustration und Krise ausgehalten und aufgefangen haben. Eure Nachfragen, euer Zureden und eure Unterstützung haben mir immer wieder neue Motivation gegeben. Gerade in den letzten Wochen meiner Arbeitsphase habt ihr viel Sorgearbeit übernommen.

Ganz viel Liebe und Dank an meine FC. Ihr habt mich nicht nur finanziell mitgetragen, sondern wart vor allem auch notwendige emotionale Stütze über die letzten Jahre hinweg. Ohne eure Unterstützung und die Sicherheit, die ihr mir immer wieder gegeben habt, hätte ich meinen Master bestimmt nicht beendet. Die vielen inhaltlichen Diskussionen, eure Korrekturen und Einschätzungen haben diese Arbeit zu einer besseren gemacht.

Ebenfalls ganz viel Liebe und Dank an meine Partnerin für die gemeinsamen Zeiten des Schreibens, für die emotionale Unterstützung, für die vielen Anmerkungen und Anstöße. Die Sorge und Motivation, die du mir immer wieder aufs Neue gegeben hast, haben es mir erst ermöglicht, die anstrengenden Arbeitsphasen durchzustehen.

Zuletzt geht ein großer Dank an meine Familie. Ihr habt mich während meines ganzen Studiums emotional und, wenn es ging, finanziell unterstützt. Auch in Zeiten der Krise habt ihr mir gegenüber sehr viel Verständnis gezeigt. Diese Arbeit konnte nur durch eure Hilfe entstehen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	7
1.1 Thematische Einführung.....	7
1.2 Interesse am Arbeitsbereich der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa.....	9
1.3 Zielsetzung und Forschungsfragen.....	9
1.4 Aufbau der Arbeit.....	11
2. Analytische und methodologische Herangehensweise.....	12
2.1 Vergleich und Erweiterung kritischer Staatstheorien.....	13
2.2 Intersektionale Forschungsansätze.....	15
2.3 Ansatz einer feministisch-intersektionalen Kritik.....	18
3. Ausgangslage und Literaturüberblick.....	24
3.1 Wiener-Ansatz der Historisch-materialistischen Policy-Analyse.....	24
3.2 Der Hessen-Ansatz und die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa.....	26
3.3 Erweiterung des Wiener-Ansatzes.....	28
3.4 HMPA und (Care-)Migrationsregime.....	29
3.5 Geschlechterregime und maskulin-autoritäres Herrschaftsprojekt.....	30
3.6 Poulantzianische Ansätze in der Feministischen Staatstheorie.....	33
3.7 Zwischenfazit: Leerstellen und die mögliche Erweiterung der HMPA.....	39
4. Historisch-materialistische Policy- und Politikanalyse.....	42
4.1 Das Staatsverständnis der HMPA.....	42
4.2 Globaler Kontext: Transnationalisierung und Europäisches Staatsprojekt.....	48
4.3 Analyse gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.....	51
4.4 Die Operationalisierung der HMPA.....	56
5. Feministisch-materialistische Staatstheorie.....	64
5.1 Staat und Staatlichkeit in feministisch-materialistischer Theorie.....	64
5.2 Geschlechtsspezifische Gewalt in feministisch-materialistischer Theorie.....	70
5.3 Widersprüche in der Transformation patriarchaler Herrschaft.....	73
5.4 Queerfeministische Kapitalismusanalyse und intersektionale Staatstheorie.....	75
6. Ansatz einer feministisch-materialistischen Politikanalyse.....	85

6.1 Kategorien feministisch-materialistischer Kritik.....	88
6.2 Kategorien feministisch-materialistischer Politikanalyse.....	92
6.3 Der mögliche Ansatz einer Intersektionalen Politikanalyse?.....	99
7. Resümee.....	102
7.1 Ergebnisse.....	102
7.2 Reflexion des Forschungsprozesses.....	104
7.3 Ausblick.....	106
8. Literaturverzeichnis.....	107

1. Einleitung

„Wie können wir Staatlichkeit als intersektionale Verdichtung von Ungleichheiten konzipieren, die sich in herrschaftliche Institutionen und Normen ebenso einschreiben wie in Körper, die in diesem Prozess kategorisiert werden?“

(Ludwig/Sauer 2024: S. 21)

Gundula Ludwig und Birgit Sauer werfen diese Frage im Rahmen ihres Versuches auf, eine intersektionale Staatstheorie zu entwickeln. Die aufgeworfene Frage offenbart den Versuch, intersektionale und subjekttheoretische Ansätze mit poulantzianischer Staatstheorie zusammen zu denken. Die Umsetzbarkeit dieses Vorhabens ist nicht Thema der folgenden kritischen Auseinandersetzung mit der Historisch-materialistischen Policy- und Politikanalyse. Dennoch steht der Versuch von Ludwig und Sauer sinnbildlich für diese Arbeit: „Geschlechterverhältnisse im europäischen Staatsprojekt? Eine intersektionale Kritik an der Historisch-materialistischen Politikanalyse“. Sie hat es zum Ziel, feministisch-materialistische Staatstheorie in die Konzeptionen der Historisch-materialistischen Policy- und Politikanalyse zu integrieren. Eine Gemeinsamkeit der theoretischen Ansätze stellt dabei ein poulantzianisches Staatsverständnis dar.

Die Einleitung umfasst im Folgenden vier Unterkapitel. Zu Beginn werde ich thematisch in das Forschungsvorhaben und die zugrundeliegende Problemstellung einführen. Anschließend daran verorte ich mich innerhalb des von mir kritisierten Forschungsfeldes der HMPA und formuliere mein Interesse an dem untersuchten Arbeitsfeld der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Buckel et al. 2012; ebd. 2014; Keil/Wissel 2019; Brand et al. 2022). Aufbauend auf meinem Interesse formuliere ich die Zielsetzung sowie die Forschungsfragen und zuletzt gebe ich einen Überblick über den Aufbau dieser Arbeit.

1.1 Thematische Einführung

Die Historisch-materialistische Politikanalyse (HMPA) hat sich in den letzten Jahren als eigenständiger Forschungsansatz etabliert. Innerhalb des Forschungsansatzes haben sich dabei zwei Ansätze herausgebildet, die Historisch-materialistische Politikanalyse (Hessen-Ansatz) und die Historisch-materialistische Policy-Analyse (Wiener-Ansatz). Beide Ansätze verstehen den Staat mit Poulantzas als materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (Brand 2013; Buckel et al. 2014) und untersuchen zentral, wie sich ungleiche

gesellschaftliche Verhältnisse in staatlichen Strukturen verdichten. Mit Rückgriff auf feministisch-materialistische Staatstheorie besteht innerhalb der HMPA zudem die Auffassung, dass der Staat „ein materialisiertes soziales Verhältnis: ein Klassen- und Geschlechterverhältnis“ (Kreisky/Löffler 2009: S. 76) darstellt. In einigen Arbeiten innerhalb des Forschungsansatzes der HMPA nimmt die Analyse von Geschlechterverhältnissen auch eine zentrale Rolle ein (vgl. Ressel 2014; Wöhl 2019; Klatzer/Schlager 2019). In der Konzeption der HMPA wird die Interaktion von Geschlecht, Staatlichkeit und Gewalt jedoch unterschiedlich stark theoretisiert. Der Wiener-Ansatz argumentiert zum Beispiel lediglich, dass für die Analyse von Policies die gesellschaftlichen (Re-)Produktionsverhältnisse und gesellschaftliche Naturverhältnisse betrachtet werden sollen (Brand et al. 2022: 4f).

Ausgangspunkt dieser Arbeit ist der als widersprüchlich wahrgenommene Zustand, dass Ansätze feministisch-materialistischer Staatstheorie zwar theoretisch in die HMPA integriert sind, diese aber sowohl in der Operationalisierung als auch in einigen Arbeiten innerhalb des Forschungsansatzes eine geringere Relevanz haben. Für die wissenschaftliche Betrachtung von gesellschaftlichen Kräftekonstellationen, Transformationsprozessen und Konflikten hat die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Buckel et al. 2014) eine eigene Operationalisierung anhand der Kontext-, Akteurs- und Prozessanalyse entwickelt. Während die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa selbst einen intersektionalen und geschlechtertheoretischen Anspruch formuliert, bleibt die Auseinandersetzung mit zentralen Konzepten und Erkenntnissen feministisch-materialistischer Staatstheorie und intersektionaler Kritik dennoch begrenzt – so die Eingangsthese dieser Arbeit. Geschlechtsspezifische Gewalt, der patriarchale Charakter des Staates, intersektionale Herrschaftsstrukturen und Subjektivierungsweisen finden bislang kaum Beachtung innerhalb der HMPA. Gerade in Hinblick auf die Analyse gesellschaftlicher Konflikte wie der ungleichen Verteilung und Prekarisierung von Care-Arbeit, oder der andauernden geschlechtsspezifischen Gewalt zeigt sich jedoch, dass eine intersektional und feministisch-materialistisch arbeitende HMPA notwendig ist. In der wahrgenommenen Forschungslücke und theoretischen Spannung zwischen der HMPA, feministisch-materialistischer Staatstheorie und intersektionaler Kritik setzt die vorliegende Arbeit an: Sie möchte prüfen, inwiefern eine produktive Verknüpfung der drei Ansätze möglich ist und welche Erkenntnisgewinne aus einer solchen Integration hervorgehen können. Eine systematische Einbindung feministisch-materialistischer Staatstheorie und intersektionaler Kritik in die HMPA könnte – so meine Annahme – bestehende theoretische wie analytische Lücken schließen. Folgend werde ich darlegen, weshalb ich neben meiner Verortung innerhalb feministisch-materialistischer Staatstheorie

auch ein starkes Interesse am Arbeitsbereich der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa sowie der Weiterentwicklung der HMPA habe.

1.2 Interesse am Arbeitsbereich der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa

In dieser Arbeit habe ich es mir vorrangig zum Ziel gemacht, theoretische Annahmen und die Umsetzung eigener Ansprüche in der Historisch-materialistischen Politikanalyse zu kritisieren, aber auch zu ergänzen. Meine Intention, mich mit der Forschung rund um das Staatsprojekt Europa zu beschäftigen, besteht jedoch darin, dass ich mich innerhalb der dort existierenden Annahmen und Forschungspraxen verorte. Das ist zum einen auf meine bisherigen Auseinandersetzungen mit der HMPA während meines Studiums zurückzuführen. So habe ich mich in meiner Bachelorarbeit auf Basis der HMPA und der materialistischen Grenzregimeanalyse mit den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Migrationspolitik Ungarns 2015 bis 2018 beschäftigt (vgl. Häfner 2018).¹ Zum anderen ist meine Beschäftigung mit der HMPA aber auch Ausdruck dessen, dass ich die theoretische Perspektive auf die Europäische Union (EU) aus historisch-materialistischer und staats-theoretischer Perspektive teile. Ich sehe es als notwendig an, die EU weder als Friedensprojekt, als zweckrationalen Wirtschaftsband, als autoritäres Eliten- oder als vermeintlich liberal-progressives Governance-Projekt anzusehen, sondern vielmehr als umkämpftes Terrain, in welchem von unterschiedlichen Kräften an einem oder gegen ein Staatsprojekt gearbeitet wird. Den Anspruch, unterschiedliche Kräftekonstellationen aus intersektionaler Perspektive zu analysieren, welche sowohl auf europäischem, transnationalem, nationalem als auch subnationalem Terrain ausgefochten werden und sich dort verdichten, sehe ich als großen Gewinn an. Eine solche Analyse ermöglicht es, den Staat in seiner Widersprüchlichkeit zu erfassen. Im Anschluss werde ich aufbauend auf meinem Interesse an der HMPA sowie meiner Kritik an dieser aus feministisch-intersektionaler Perspektive die Zielsetzung meiner Arbeit darlegen.

1.3 Zielsetzung und Forschungsfragen

Das Ziel dieser Arbeit besteht darin, Ansätze feministisch-materialistischer Staatstheorie in die HMPA zu integrieren und die Möglichkeit einer feministisch-materialistischen

1 Ebenfalls habe ich gemeinsam mit Cholpon Abdyraeva, Hermann Heinrich, Jonas Herb und Nils Münger im Rahmen eines Forschungsprojekts auf Basis der HMPA die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Polizeigesetznovelle in Nordrhein-Westfalen von 2018 untersucht (vgl. Abdyraeva/Häfner/Heinrich/Herb/Münger 2021).

Politikanalyse herauszuarbeiten. Diese Zielsetzung wird durch mein Interesse gestützt, die HMPA weiterzuentwickeln und durch intersektionale und feministisch-materialistische Ansätze zu ergänzen. Mein unmittelbares Ziel besteht darin, eine feministisch-intersektionale Kritik an der HMPA zu entwickeln, um die Leerstellen in ihrer theoretischen Konzeption sowie im Forschungsfeld sichtbar zu machen. Ebenfalls Teil der kritischen Auseinandersetzung mit der HMPA ist es, zu überprüfen, inwieweit die von mir aufgestellte These der geringfügigen Beschäftigung mit Geschlechterverhältnissen innerhalb der HMPA zutrifft. Gleichzeitig möchte ich herausfinden, welche theoretischen und konzeptionellen Gemeinsamkeiten zwischen der HMPA, feministisch-materialistischer Staatstheorie und intersektionalen Ansätzen bestehen. Das gemeinsame poulantzianische Staatsverständnis der HMPA (Buckel et al. 2014; Brand et al. 2022), feministisch-materialistischer Staatstheorie (Ludwig/Sauer 2009; Sauer 2018a) und intersektionalen Theoretisierungen des Staates (Ludwig/Sauer 2024) sehe ich als eine Möglichkeit an, die verschiedenen Ansätze zu verbinden. Inspiriert durch den Versuch einer intersektionalen Staatstheorie (ebd.) verfolge ich zuletzt das Ziel, herauszuarbeiten, inwieweit eine Intersektionale Politikanalyse aufbauend auf den Konzeptionen der HMPA möglich ist.

Aufbauend auf der Zielsetzung dieser Arbeit formuliere ich die folgenden Forschungsfragen. Dabei unterscheide ich zwischen einer leitenden Forschungsfrage und mehreren Teilfragen. Vor dem Hintergrund meines Interesses, Aspekte feministisch-materialistischer Staatstheorie in die HMPA zu integrieren, lautet meine leitende Forschungsfrage:

Inwiefern lassen sich Aspekte feministisch-materialistischer Staatstheorie in die Konzeptionen der Historisch-materialistischen Policy- und Politikanalyse integrieren?

Aus der Forschungsfrage ergeben sich folgende Unterfragen: *In welcher Form beschäftigt sich der Forschungsansatz der HMPA mit der Interaktion von Geschlechterverhältnissen und Staatlichkeit? Welche Leerstellen innerhalb der HMPA ergeben sich aus der Perspektive feministisch-intersektionaler Kritik? Welche Gemeinsamkeiten existieren zwischen der HMPA und feministisch-materialistischer Staatstheorie? Welche Kritik an der HMPA gibt es aus der Perspektive feministisch-materialistischer Staatstheorie? Welche Aspekte feministisch-materialistischer Staatstheorie lassen sich im Rahmen einer feministisch-materialistischen Politikanalyse in die HMPA integrieren? Inwieweit besteht aufbauend auf einer möglichen feministisch-materialistischen Politikanalyse und der Konzeption einer intersektionalen*

Staatstheorie nach Ludwig und Sauer (2024) die Möglichkeit einer Intersektionalen Politikanalyse?

1.4 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit ist in mehrere Schritte gegliedert: *Kapitel 2* dokumentiert die analytische und methodologische Vorgehensweise und beschreibt, wie feministisch-materialistische Staatstheorie und intersektionale Konzepte in Beziehung zur HMPA gesetzt werden. Hierbei wird insbesondere ein eigenständiger Begriff feministisch-intersektionaler Kritik entwickelt, der als Grundlage der weiteren Analyse dient. *Kapitel 3* bietet sowohl einen Literaturüberblick als auch eine Ausgangslage. Das Kapitel zeichnet die Entstehung und das Forschungsfeld der HMPA sowie bestehende Verknüpfungen zur feministisch-materialistischen Staatstheorie nach. *Kapitel 4* analysiert die zentralen theoretischen Konzeptionen der HMPA und prüft deren Umgang mit Geschlecht und multiplen Herrschaftsverhältnissen. In *Kapitel 5* werden Ansätze feministisch-materialistischer Staatstheorie und -kritik systematisch rekonstruiert, insbesondere mit Blick auf eine Weiterentwicklung hin zu einer intersektionalen Staatstheorie. Folgend werden in *Kapitel 6* die Stränge der vorherigen Kapitel zusammengeführt, indem die HMPA einer feministisch-intersektionalen Kritik unterzogen und zugleich Kategorien feministisch-materialistischer Staatstheorie in die HMPA integriert werden. Abschließend reflektiere ich in *Kapitel 7* die Ergebnisse und skizziere die Grenzen der Arbeit. Ebenfalls eröffne ich Perspektiven für eine weiterführende Forschung, die feministisch-materialistische Staatstheorie, die Historisch-materialistische Policy- und Politikanalyse sowie Ansätze einer intersektionalen Staatstheorie enger miteinander verschränkt.

2. Analytische und methodologische Herangehensweise

Zu Beginn dieser Arbeit habe ich das zentrale Vorhaben formuliert, eine theoretische Vertiefung der bereits bestehenden Verknüpfung zwischen der Historisch-materialistischen Politikanalyse und Ansätzen feministisch-materialistischer Staatstheorie zu leisten. Mein Vorhaben bedurfte mehrerer methodologischer und analytischer Arbeitsschritte, die ich im Folgenden darlegen möchte. Während ich zum einen Fragen gestellt habe, die darauf abzielten, die bereits bestehenden Verknüpfungen herauszuarbeiten, habe ich es ebenfalls als wichtig erachtet, eine produktive Kritik an der bestehenden HMPA zu formulieren.

Um die Verknüpfungen zwischen der HMPA und Ansätzen feministisch-materialistischer Staatstheorie herauszuarbeiten, war es zunächst notwendig, die Literatur, die exemplarisch für die einzelnen Ansätze steht, einzugrenzen. Im Bezug auf die HMPA geschah dies anhand des Fokus auf die sogenannten Wiener- und Hessen- Ansätze, welche beide einen jeweils unterschiedlichen, aber stets stark theoretisch ausgearbeiteten Zugang verfolgen (vgl. Brand 2009; ebd. 2013; Buckel et al. 2012; ebd. 2014; Keil/Wissel 2019; Brand et al. 2022). In Bezug auf feministisch-materialistische Staatstheorie war es mir wichtig, den gemeinsamen Nenner der poulantzianischen Staatstheorie und gleichzeitig einen öffnenden Anspruch hin zu einer mehrdimensionalen Herrschaftsanalyse zu haben. Diese Gegebenheit konnte ich vor allem in den Arbeiten Birgit Sauers mit verschiedenen Ko-Autor*innen finden (vgl. Sauer 2001; ebd. 2003; Ludwig/Sauer 2009; Sauer 2011; ebd. 2018a; ebd. 2018b; Pühl/Sauer 2018; Ludwig/Sauer 2024). Die Literatur einzugrenzen und Zusammenhänge zwischen den Ansätzen darzustellen, bedeutet für mich jedoch noch nicht, dass ich einen Bezug zwischen den Forschungsbereichen herstelle oder dass ich Theorien verweben oder erweitere. Dafür braucht es – so meine Idee zu Beginn – ein systematisches Vorgehen.

Ziel dieser Arbeit ist es für mich, eine produktive Kritik zu entwickeln, die sowohl auf einem intersektionalen Vorgehen basiert als auch klar differenziert, auf welche Form der Kritik sie sich stützt. Nicht zuletzt sehe ich es als notwendig an, sich auch selbst in ein Verhältnis zu den behandelten Herrschaftsverhältnissen zu setzen sowie die politischen Beweggründe für akademisches Arbeiten transparent zu machen. Mit meinem solidarischen Bezug auf den Arbeitsbereich der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa verorte ich mich innerhalb eines Forschungsspektrums, welches die Historizität, also auch die Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse, anerkennt. Ich verorte mich innerhalb eines Ansatzes, welcher die materiellen Bedingungen von Subjekten und Verhältnissen mit in die Analyse einbezieht und gleichzeitig eine Sensibilität für diskursive und symbolische Macht inne hat. Und ich verorte mich in einer staatstheoretischen Debatte, welche den Staat sowie Staatsprojekte

wechselseitig als Ergebnis gesellschaftlicher Machtverhältnisse und als selbst Verhältnisse strukturierend ansieht. Über den Forschungsansatz der HMPA hinausgehend, sehe ich die Notwendigkeit einer radikalen intersektionalen Kritik an bestehenden Verhältnissen und verschreibe mich in meinem Forschungsinteresse jenen Akteur*innen und sozialen Bewegungen, die den Anspruch erkennen lassen, Ungleichheitsstrukturen zu bekämpfen. Bei der Auseinandersetzung mit Migration, prekariertem und illegalisierter Arbeit, vergeschlechtlicher Gewalt sowie Entrechtung, Enteignung und Ausbeutung ist mir eine Reflexion der eigenen Position, Sozialisierung und Lebenserfahrung als weiße, cis-männliche Person mit akademischem Zugang wichtig.

In diesem Kapitel werde ich folgend meine analytische und methodologische Herangehensweise sowie die darin enthaltenen Arbeitsschritte darlegen. Zunächst dokumentiere ich in *Kapitel 2.1* auf welche Art und Weise ich Bezüge zwischen der HMPA und Ansätzen feministisch-materialistischer Staatstheorie herstelle. In *Kapitel 2.2* stelle ich Grundsätze intersektionaler Forschungsansätze vor, um anschließend in *Kapitel 2.3* einen feministisch-intersektionalen Kritikbegriff herauszuarbeiten.

2.1 Vergleich und Erweiterung kritischer Staatstheorien

Das Vorhaben, die ausgewählten Theoretisierungen der HMPA und die ausgewählten Arbeiten feministisch-materialistischer Staatstheorie miteinander zu verweben, sie in Bezug zu setzen und letztendlich die HMPA wechselseitig um Ansätze feministischer Staatstheorie zu erweitern, stellte sich relativ schnell als komplizierter und offener heraus, als beim Formulieren des Forschungsinteresses gedacht. So kam nach der Eingrenzung die zentrale Frage auf, wie ich die unterschiedlichen Ansätze überhaupt in Bezug setzen kann. Mein Vorgehen lässt sich in *fünf* verschiedene Phasen einteilen:

Der *erste* Versuch, sich der Frage nach einer möglichen Bezugnahme zu nähern, beruhte sehr simpel darauf, sich die historischen Verknüpfungen zwischen den theoretischen Strängen in Form einer Ausgangslage anzuschauen (*Kapitel 3*). Dabei war es ein Ziel, einen Überblick über zentrale Arbeiten der HMPA im Allgemeinen und über Arbeiten mit intersektionalem oder geschlechteranalytischem Fokus im Spezifischen zu schaffen. Besonders bei letzteren Arbeiten stellte ich die Frage danach, welche geschlechtertheoretischen Ansätze die jeweiligen Autor*innen anwenden und inwieweit ein formulierter intersektionaler Anspruch zum Vorschein kommt. Ein zusätzliches Ziel war es, jene feministischen Arbeiten darzulegen, welche zentral mit einem poulantzianischen Staatsverständnis arbeiten. Darin beschäftigte

mich zum einen die Frage, inwieweit ein poulantzianisches Verständnis von Staat, Bürokratie, Apparaten und Klassenverhältnis für eine feministische Theoretisierung des Staates gewinnbringend sein kann. Zum anderen wollte ich herausfinden, ob die Frage nach einem patriarchalen Staat ebenso in die Analyse von Staatlichkeit nach Poulantzas integrierbar ist. Diese Fragen sah ich als Voraussetzung für eine weitere Arbeit mit materialistischer und feministischer Staatstheorie.

Als *zweite* Herangehensweise kam mir in den Sinn, mich an einem klassischen Theorievergleich zu orientieren. Theorievergleiche finden in den Gesellschaftswissenschaften zum einen strukturiert anhand von Kategorien statt (vgl. Proißl 2014); Dies geschieht vor allem bei dem direkten Vergleich von Begriffen. Zum anderen finden Theorievergleiche als weniger systematische Aufbereitungen von Forschungsdebatten und -feldern statt, welche zunächst das Ziel haben, jene nachzuzeichnen. Darüber hinaus sollen Ähnlichkeiten, Unvereinbarkeiten und Widersprüche herausgearbeitet werden, um schlussendlich Theorien auszubauen und weiterzuentwickeln (vgl. Hasse/Krücken 2005).

In dieser Arbeit untersuche ich Verknüpfungen, Analogien, Widersprüche, Bezugnahmen und Konflikte, ohne dabei stringent systematisch vorzugehen. Mit der Auswahl der Autor*innen und Konzepte sowie den damit einhergehenden theoretischen Begriffen und Debatten lässt sich durchaus von einem Feld sprechen, in welchem sich sowohl solidarisch als auch kritisch aufeinander bezogen wird.

Drittens entschied ich mich dazu, die jeweiligen Ansätze für sich sprechen zu lassen und innerhalb der Ansätze bestimmte Fragen zu formulieren und zu beantworten. In Bezug auf die HMPA bedeutete das, die von mir identifizierten zentralen theoretischen Konzeptionen (vgl. Buckel et al. 2014; Brand et al. 2022) darzulegen und diese kleinteilig auf ihre Bezugnahmen zu feministischer (Staats-)Theorie als auch auf ihren Geschlechterbegriff zu untersuchen (*Kapitel 4*). Neben der Frage nach der Rolle von Geschlecht in der Analyse von gesellschaftlichen Verhältnissen und Staatlichkeit spielte für mich ebenso eine Rolle, inwieweit der Anspruch einer mehrdimensionalen oder intersektionalen Herrschaftsanalyse besteht und wie dieser sich konkret abbildet. Die HMPA besteht aus einer kontextuellen Meta-Analyse und arbeitet Akteur*innen, Diskurse, Strategien, Konjunkturen und Prozesse spezifisch heraus. Aufgrund dessen ist es notwendig, sowohl die theoretischen Fragmente als auch die Operationalisierung der jeweiligen Analysestufen auf deren Geschlechtersensibilität zu untersuchen.

In Bezug auf feministisch-materialistische Staatstheorie ging es mir eher darum, unterschiedliche Konzepte, Kritiken, Begriffe und Debatten nachzuzeichnen – mit dem Ziel,

diese entweder in den Konzeptionen der HMPA wiederzuerkennen oder mit diesen eine Kritik an der HMPA zu formulieren. Gleichzeitig bestand der Anspruch, auch diese Arbeiten auf eine intersektionale Perspektive zu untersuchen oder besonders jene hervorzuheben, die diese eindeutig beinhalten. Die bereits ausgewählten staatstheoretischen und intersektionalen Theorie- und Forschungsansätze Sauers eigneten sich dafür besonders.

Das Vorhaben einer strukturierten Kritik und Erweiterung der HMPA mündete *viertens* in der Erkenntnis, dass ich sowohl einen feministisch-intersektionalen Kritikbegriff erarbeiten werde, als auch dass es einer Kategorisierung feministisch-materialistischer Staatstheorie bedarf. Beide Erarbeitungen führe ich aufgrund ihrer zentralen Rolle für diese Arbeit an verschiedenen Orten umfassend aus (*Kapitel 2.3* und *Kapitel 6*). Den Begriff feministisch-intersektionaler Kritik habe ich auf Basis intersektionaler Ansätze (*Kapitel 2.2*) und auf Basis einer Auseinandersetzung mit Formen von Kritik (*Kapitel 2.3*) gebildet.

Um die HMPA um Ansätze feministisch-materialistischer Staatstheorie zu erweitern, habe ich den Forschungsbereich und die theoretischen Ansätze der HMPA anhand des Begriffs feministisch-intersektionaler Kritik nach Integrationsmöglichkeiten untersucht. In einem zweiten Schritt sichtete ich zentrale Arbeiten Sauers, um die darin enthaltenen Begriffe, Konzepte und Kritiken systematisch herauszuarbeiten. Dies geschah zum einen anhand von auffälligen Wiederholungen, zentralen Argumentationen und besonderen Nennungen. Zum anderen entwickelte ich, angelehnt an die Concept-Mapping-Methode (McLean/Link 2022) eine Mind-Map, in welcher ich die Zusammenhänge zwischen der HMPA, feministisch-materialistischer Staatstheorie und intersektionalen Ansätzen visualisiert habe. Die aus den drei Vorgehensweisen entwickelten Kategorien lege ich in *Kapitel 6* dar. Nachdem ich in diesem Abschnitt meine Vorgehensweise dokumentiert habe, arbeite ich im folgenden Unterkapitel verschiedene intersektionale Debatten und Konzepte heraus, um darauf aufbauend in *Kapitel 2.3* einen feministisch-intersektionalen Kritikbegriff zu entwickeln.

2.2 Intersektionale Forschungsansätze

Das Konzept der Intersektionalität versucht, die Komplexität mehrdimensionaler Herrschaftsstrukturen analytisch zu fassen und damit Unterdrückungsverhältnisse jeweils in ihrem historisch verschränkten Kontext zu verorten (vgl. Sauer 2022: S. 10). Demnach bietet sich das Konzept der Intersektionalität nicht nur als kritische Forschungsperspektive an, sondern hat gleichzeitig das Potenzial, verschiedene Forschungsansätze, die sich mit verschiedenen Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnissen auseinandersetzen,

zusammenzuführen. Intersektionale Ansätze können mir dabei helfen, feministisch-materialistische Staatstheorie sowie weitere kritische Herrschaftsanalysen in die HMPA zu integrieren. Gleichzeitig habe ich den Anspruch einer materialistisch-feministisch und staatstheoretischen Konzeption von Intersektionalität.

Intersektionales Denken kann nach Sauer (vgl. 2022) mittlerweile sowohl in der wissenschaftlichen Praxis als auch in aktivistischen Strategien verortet werden. Diese sind dabei stark miteinander verwoben und haben zudem einen gemeinsamen Ursprung im ‚Black Feminism‘ der 1970er Jahre in den USA. Das hauptsächlich aus Schwarzen Frauen und Lesben bestehende Combahee River Collective reflektierte so in ihrem Debattenpapier ihre rassistische, sexistische und queerfeindliche Mehrfachdiskriminierung. Ebenso machte das Kollektiv darauf aufmerksam, dass sie in ihren feministischen und antirassistischen Kämpfen sowohl mit einem bürgerlich-weißen Feminismus konfrontiert waren als auch mit patriarchalen Strukturen innerhalb der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung (vgl. Combahee River Collective 1977). Mit einem Bezug auf Schwarze Feminist*innen wie Sojourner Truth und Harriet Tubman formulierte das Kollektiv den Anspruch, nicht nur den gesellschaftlichen Ist-Zustand zu beschreiben, sondern auch eine befreite und emanzipative Gesellschaft erkämpfen zu wollen.

Spätestens durch die rechtstheoretischen Arbeiten von Kimberlé Crenshaw fand das Konzept der Intersektionalität eine breite Bekanntheit, auch über Schwarze Feminist*innen hinaus. Die Überkreuzung (intersection) von verschiedenen Diskriminierungen, welche eine proletarische, afroamerikanische Frau durch den amerikanischen Staat innerhalb eines Rechtsstreits erfährt, zeigt beispielhaft auf, wie sich die mehrfache Betroffenheit von Herrschaftsverhältnissen in Subjekte einschreibt (vgl. Crenshaw 1989). Um der Komplexität von Mehrfachdiskriminierungen gerecht zu werden und zu vermeiden, soziale Gruppen zu homogenisieren, grenzt sich Crenshaw explizit von Konzepten der Identitätspolitik ab (vgl. ebd. 1991).

In Bezug auf feministische Theorie und Praxis formuliert intersektionales Denken eine starke Kritik. So thematisiert Sauer, dass eine zentrale feministische Beschäftigung mit dem Trennungsdispositiv in öffentlich und privat und das damit verbundene Bild von Reproduktionsarbeit aus Schwarzer und proletarischer Perspektive ein ganz anderes waren. Denn die als das Private konstruierte Familie der weißen Mittelschicht war und ist für viele Migrant*innen auch weiterhin vielmehr ein Ort der prekären Lohnarbeit (vgl. Sauer 2022: S. 10). Ein großes Anliegen intersektionaler Konzepte und gleichzeitig deren Effekt ist es also auch, eine isolierte Geschlechteranalyse aufzubrechen und diese für mehrdimensionale

Herrschaftsverhältnisse zu sensibilisieren. Ein Beispiel für eine Sensibilisierung ist die Erweiterung der feministischen Staatskritik Carol Patemans, welche selbstkritisch neben einem ‚sexual contract‘ ebenfalls einen historisch stark damit verwobenen ‚racial contract‘ innerhalb des Staates und staatlicher Politik ausmacht (vgl. Pateman 1988; vgl. Pateman und Mills 2007).

Um Intersektionalität als wissenschaftliches Konzept näher zu greifen, bezieht sich Sauer sowohl auf die Ausführungen von Patricia Hill Collins und Sirma Bilge (2020) als auch auf unzählige Kritiken, Bezüge und Erweiterungen aus dem deutschsprachigen Raum (vgl. Klinger/Knapp 2005; Walgenbach 2007; Winker/Degele 2010). Collins und Bilge verstehen Intersektionalität als problemlösendes Erkenntnisinstrument, welches es zum Ziel hat, das Zusammenspiel und die Herstellung verschiedener Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen zu untersuchen (vgl. Collins/Bilge 2020: S. 2-4). Für die Analyse der komplexen Wirkungsweise multipler Herrschaft führen Collins und Bilge den Begriff der ‚matrix of domination‘ ein. Als verschiedene Modi von Herrschaft werden eine strukturelle, eine disziplinarische, eine kulturell-hegemoniale und eine interpersonelle Wirkungsweise ausgemacht (vgl. ebd.: S. 7-15).

Die Kritiken am Konzept der Intersektionalität im Kontext deutschsprachiger Wissenschaft fokussieren sich unter anderem auf den zu starken Fokus auf Identitäten und auf die Vernachlässigung der strukturellen Ebene (vgl. Klinger/Knapp 2005) oder auf die verhärtete und wenig prozesshafte Kreuzungsmetapher (vgl. Walgenbach 2007). Auf Teilen der Kritik aufbauend nimmt Sauer eine materialistische und staats-theoretische Perspektive ein und versteht das Konzept Intersektionalität als „interdependente, interagierende und sich verdichtende gesellschaftliche Herrschaftsstrukturen“ (Sauer 2022: S. 13). Ein solches Verständnis von Intersektionalität eröffnet mehrere Möglichkeiten: *Erstens* schafft das Anknüpfen an feministisch-marxistische Theorien eine Analyse von Kolonialität, Patriarchat, Kapitalismus, Heteronormativität, Rassismus und Dis/Abilität ohne diese jeweils primär auf Klassenverhältnisse zurückzuführen. *Zweitens* kann durch eine staats-theoretische Einbettung die Interaktion zwischen gesellschaftlichen Trennungsparadigmen und staatlichen Regierungs- und Klassifizierungstechniken herausgearbeitet werden. *Drittens* besteht die Möglichkeit, Subjektivierungsweisen sowohl als Effekt von repressiver Selbstregierung als auch als emanzipatorische Selbst-Positionierung zu verstehen (vgl. ebd.: S. 13f). Eine solche staats-theoretisch und feministisch-materialistisch fundierte Konzeption von Intersektionalität gibt mir die Möglichkeit, isolierte Analysen kritisch zu hinterfragen und gleichzeitig Subjekte

in den Blick zu nehmen, ohne deren Handeln zu überhöhen oder Herrschaftsstrukturen aus den Augen zu verlieren.

Neben den bereits dargelegten kritischen oder affirmativen Bezügen zwischen dem Konzept der Intersektionalität und feministisch-materialistischer Staatstheorie gibt es auch innerhalb des Hessen-Ansatzes der Historisch-materialistischen Politikanalyse einen positiven Bezug auf intersektionale Forschungsansätze sowie den Anspruch, selbst eine intersektionale Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse zu erarbeiten (vgl. Buckel et al. 2012; ebd. 2014; Ressel 2014). Die Vertreter*innen des Wiener-Ansatzes formulieren hingegen keinen direkten intersektionalen Anspruch. Sie greifen jedoch auf das Konzept der Retroduktion von Belfrage und Hauf (2017) zurück, welches neben einem methodologischen Vorschlag für das Zusammenspiel von Empirie und Theorie auch die Rolle der subjektiven und sozialen Position der analysierenden Person hervorhebt (vgl. Brand et al. 2022: S. 285f). Davon ausgehend ist eine ausführliche Reflexion der eigenen Position in einer Wissensproduktion notwendig. Eine selbstreflexive Analyse erachte ich als sehr wichtig und ich versuche, dieser auf mehreren Ebenen Rechnung zu tragen. So zum Beispiel bei der Offenlegung meiner sozialen Position und politischen Motivation in *Kapitel 2* im Dokumentieren meines methodischen Vorgehens und in der abschließenden Diskussion meiner Ergebnisse. Im anschließenden Kapitel werde ich aufbauend auf einer staatstheoretischen und feministisch-materialistischen Konzeption von Intersektionalität einen feministisch-intersektionalen Kritikbegriff ausformulieren.

2.3 Ansatz einer feministisch-intersektionalen Kritik

Um das Forschungsfeld der HMPA auf Leerstellen aus einer intersektionalen und feministisch-materialistischen Perspektive zu überprüfen, verwende ich den im Folgenden dargelegten Begriff der feministisch-intersektionalen Kritik. Basierend auf meinen grundlegenden Annahmen über bestehende Geschlechterverhältnisse und deren Wechselwirkungen mit kapitalistischer Staatlichkeit positioniere ich mich vordergründig in der feministisch-materialistischen Staatstheorie. Zudem teile ich die oben (*Kapitel 2.2*) formulierte intersektionale Kritik an einer auf weiße und bürgerliche Frauen des globalen Nordens fokussierten feministischen Staatstheorie. Deshalb halte ich eine Analyse für notwendig, die verschiedene miteinander interagierende und sich gegenseitig bedingende Herrschaftsstrukturen gemeinsam untersucht. Beiden Ansätzen folgend verschreibe ich mich einer Kritik, die auf der Basis feministisch-materialistischer Staatstheorie eine intersektionale Analyse von Herrschaftsverhältnissen anstrebt. Für die Bestimmung einer feministisch-

intersektionalen Kritik bediene ich mich teilweise der Überlegungen Fabian Georgis zu einer Kritik an Migrationspolitiken (vgl. 2013).

2.3.1 Grundprämissen eines intersektionalen und feministischen Kritikbegriffs

Mit dem Begriff der Kritik geht es mir weniger um eine wie oben beschriebene Selbstreflexion oder eine interpersonelle Handlung. Es geht mir vielmehr um ein Analysewerkzeug – um eine Herrschaftskritik, die sowohl Analyse sein kann als auch eine Möglichkeit, andere Kritikbegriffe einzuordnen und zu hinterfragen. Für den Begriff der Kritik teile ich mit Georgi (2013) drei Grundprämissen: *Zum einen* sehe ich den Ausgangspunkt von Kritik nicht in einem technisch oder neutral formulierten Erkenntnisinteresse. Die Grundlage von Kritik ist laut John Holloway von Alltagserfahrungen und Emotionen bestimmt. Er spricht von Wut, Trauer, Unbehagen, Scham und Ohnmacht als Ausgangspunkt für oppositionelle oder kämpferische Gedanken, die letztendlich in einer Kritik münden (vgl. Holloway 2004: S. 10). Mit John Holloway könnte ich also sagen: Meine negativen Emotionen gegenüber patriarchaler Gewalt in ihrem Kontinuum bis hin zum Femi(ni)zid, heteronormativen Sexual- und Familien-Normen, sexistischen Rollenzuschreibungen und vergeschlechtlicher Arbeitsteilung, Abwertung von prekariisierter Care-Arbeit und rassistischer Externalisierung von geschlechtsspezifischer Gewalt treiben mich an, eine Herrschaftskritik an patriarchalen Verhältnissen zu üben.

Zum Zweiten gehe ich davon aus, dass emanzipatorische Kritik grundsätzlich einem normativen Urteil ähnelt, welches aufgrund seines analytischen und reflexiven Charakters über den emotionalen Eintritt hinausgeht und eine politische Agenda für eine bessere, menschenwürdigere Welt beinhaltet. Nach Max Horkheimer geht jede kritische Wissenschaft von einem Existenzialurteil aus, denn der Wunsch und das historische Wissen darüber, dass eine bessere Welt möglich ist, seien nichts anderes als ein normatives politisches Programm (vgl. Horkheimer 2003a: S. 244). Wenn man aber davon ausgeht, dass normative Urteile stark von sozialer Position, Ideologie und Subjektivierung abhängig sind, so bedarf es einer stetigen Reflexion dieser und einer tiefergehenden Analyse, um nicht selbst in bürgerliche oder regressive Gedanken zu verfallen (vgl. Georgi 2013: S. 42). *Zum Dritten* gehe ich deshalb davon aus, dass es sowohl einer materialistischen Kritik bedarf, welche Herrschaftsverhältnisse in ihrer historischen und verdichteten Form untersucht, als auch einer Kritik, welche sich solidarisch auf widerständige Bewegungen, Praxen und Affekte bezieht (vgl. ebd.: S. 42f).

Die drei Grundprämissen auf einen feministisch-intersektionalen Kritikbegriff anwendend, komme ich ebenfalls zu drei Schlussfolgerungen: *Erstens* ermöglicht mir erst die auf konkreten Erfahrungen basierende Dokumentation und Reflexion von rassistischer, sexistischer, antisemitischer, kolonialer, ableistischer, queerfeindlicher und klassistischer Gewalt eine intersektionale Analyse. *Zweitens* kommen jene Erfahrungen vornehmlich von widerständigen Bewegungen oder Individuen. Deren Begehren nach einer gewalt- und herrschaftsfreien Welt weist meist bereits über eine Kritik hinaus. *Drittens* gehe ich aber auch davon aus, dass Widerständigkeit alleine kein Garant für emanzipatorische Kritik ist. Ohne die Analyse von historischem Kontext und materiellen Bedingungen besteht die Gefahr, sich von einer romantischen oder utopistischen Verklärung leiten zu lassen. Für mich bedeutet das konkret, sich jenen Bewegungen solidarisch zu verschreiben, die aus einer intersektionalen und materialistischen Perspektive heraus vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und abgewertete Care-Arbeit bestreiken, sich in Kollektiven gegen häusliche Gewalt widersetzen und Schutzräume organisieren und die Sorgegemeinschaften abseits der patriarchalen Kleinfamilie erproben.

2.3.2 Formen einer feministisch-intersektionalen Herrschaftskritik

Der Ausgangspunkt von Dissonanz, Dissens und Kritik ist in der Regel innerhalb bestehender Verhältnisse und den daraus resultierenden Widersprüchen zu finden. Kritik arbeitet sich also zunächst an den wahrgenommenen Ungerechtigkeiten ab, reagiert auf diese und ist folglich immanent. Eine immanente Kritik kann aber unterschiedliche Ausgangspunkte und Interessen verfolgen, weshalb ich im Folgenden zwischen einer (1) links-liberalen immanenten Kritik und einer (2) abolitionistisch-immanenten Kritik unterscheiden werde. Aufgrund des normativen Charakters immanenter Kritik bedarf es zudem sowohl einer (3) radikalen Analyse als auch einer (4) praktischen Kritik (vgl. Georgi 2013: S. 43-48).

Links-liberale immanente Kritik zeichnet sich insbesondere darin aus, dass sie die Lücke beziehungsweise Differenz zwischen Anspruch und Realität aufzeigt und anprangert. In einer bürgerlich-kapitalistischen und neoliberalen Gesellschaft bedeutet das vor allem, das liberale Gleichheitsparadigma mit der Realität der vielfältigen Ungleichheiten zu konfrontieren. Kritik findet hier auf der Ebene des Rechts, auf der Ebene von Normen und im Rahmen von Staatlichkeit und Institutionen statt. So wird zum Beispiel von Feminist*innen gefordert, Geschlechterquoten einzuhalten, die in Grund- und Verfassungsrechten festgehaltene Gleichstellung zu verwirklichen und den garantierten Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt umzusetzen. Die Notwendigkeit und Effektivität links-liberaler immanenter Kritik

zeigt sich besonders im strukturell verankerten Bruch von Gesellschaften mit ihren eigenen Grundsätzen und in seiner Anschlussfähigkeit an zivilgesellschaftliche Projekte. Gleichzeitig ignoriert besagte Kritik auf der einen Seite die Verhältnisse, welche die Ungleichheiten und den Bruch von Rechten erst hervorbringen, und auf der anderen Seite die Legitimation von Staatlichkeit und Institutionen, die mit einem Anrufen dieser einhergeht (vgl. Georgi 2013: S. 43f).

Immanente Kritik kann jedoch auch eine radikale Form annehmen, wenn sie darauf abzielt, die strukturellen Widersprüche herauszuarbeiten, welche eine kapitalistische Gesellschaft prägen. Die Idee dahinter ist demnach nicht, an gesellschaftliche Institutionen zu appellieren, ihre Grundsätze einzuhalten, sondern eher, das gesellschaftliche System als immanent gegensätzlich zu den behaupteten Grundsätzen zu enttarnen (vgl. Georgi 2013: S. 44f). Wenn also Silvia Federici und Mariarosa Dalla Costa in ihrer vielzitierten Kampagne ‚wages for housework‘ dafür plädieren, unbezahlte Care-Arbeit zu entlohnen, tun sie dies nicht, um eine Entlohnung von institutioneller Seite zu erwirken. Vielmehr intendieren sie eine Politisierung, eine Enttarnung der widersprüchlichen Grundsätze kapitalistischer Produktionsweise und letztlich die Abschaffung beziehungsweise Abolition der vergeschlechtlichten Arbeitsweise (vgl. Federici 1975; Federici 2012). Die erhoffte Schlussfolgerung der abolitionistisch-immanenten Kritik ist eine andere, bessere und emanzipatorische Gesellschaft. Gerade das Beispiel von ‚wages for housework‘ zeigt hingegen auch, wie wichtig eine intersektionale Kritik ist und wie schnell radikale Kritik vereinnahmt werden kann. Denn seit den 1990ern wird ein erheblicher Teil der Sorgearbeit in westlich-kapitalistischen Staaten vornehmlich auf Migrant*innen in Form von prekarierten Jobs ausgelagert (vgl. Ressel 2014).

Im Gegensatz zu immanenter Kritik kommt radikale Analyse zunächst ohne einen Adressaten und ohne normative Anrufungen aus. Stattdessen ist der Ausgangspunkt das Erforschen von politischen, ökonomischen und sozialen Prozessen sowie von sozialen Kräften und Kämpfen, welche „den kritisierten Gegenstand historisch hervorgebracht haben“ (Georgi 2013: S. 45f). Radikale Analyse ist im Gegensatz zur Grundannahme liberaler Wissenschaft nicht neutral – sie hat ebenfalls eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung zum Ziel. Die Radikalität besteht darin, nach der Wurzel gesellschaftlicher Verhältnisse zu fragen. Das Herausarbeiten von unter anderem patriarchalen Verhältnissen anhand deren historischer, materieller und ideologischer Grundlagen spricht für sich. Die so gewonnene Erkenntnis eines prozesshaften und von gesellschaftlichen Akteur*innen herbeigeführten Geschlechterverhältnisses zeigt zudem auf, dass eine emanzipatorische Veränderung möglich ist. Doch so innovativ und treffend eine radikale Analyse und die darin enthaltene Herrschaftskritik auch sein kann, ist

sie nichts ohne das Aufgreifen ihrer Inhalte durch soziale Bewegungen und eine politische Praxis (vgl. ebd.: S. 48).

Die für mich aus den verschiedenen Formen resultierende Kritik lässt sich gut als eine verbindende praktische Kritik bezeichnen. Ich sehe es als notwendig an, eine abolitionistisch-immanente Kritik mit einer historischen und materialistischen Analyse zu verknüpfen. Gleichzeitig müssen diese Formen der Kritik und Analyse auch mit einer politischen Praxis einhergehen, die offensiv oder subversiv für eine emanzipatorische Veränderung eintritt. Links-liberal immanente Kritik gilt es trotz ihrer hohen Anschlussfähigkeit auf ihre engen Grenzen hinzuweisen. Gerade intersektionale und feministische Ansätze zeigen auf, dass verengte Analysen und normative Anrufungen des Staates innerhalb einer feministischen Bewegung und Wissenschaft durch Sensibilisierungen und solidarische Kritik veränderbar sind. Während intersektionale Forschungsansätze vorrangig auf eine abolitionistisch-immanente Kritik setzen, leisten Ansätze feministischer Staatskritik und -theorie eine radikale und historisch-materialistische Kritik an Geschlechterverhältnissen. Indes sind intersektionale Ansätze stärker in sozialen Bewegungen präsent und dienen als aktivistisches Werkzeug.

Ein feministisch-intersektionaler Kritikbegriff verbindet die historisch-materialistische Analyse von Herrschaftsverhältnissen mit der intersektionalen Betrachtung von Gewalt- und Ausbeutungserfahrungen. Er verweist auf ein normatives Interesse an einer besseren und freien Gesellschaft und knüpft solidarisch an widerständige Bewegungen und Praxen an. Das Zusammenspiel von radikaler Analyse, abolitionistisch-immanenter Kritik und praktischem Bezug stellt eine meiner Ansicht nach kompatible Konzeption dar. Jene drei Zugänge stellen die Grundlage der im Anschluss formulierten Leitfragen feministisch-intersektionaler Kritik dar.

2.3.3 Leitfragen feministisch-intersektionaler Kritik

Die Fragen, die mir dabei helfen, den herausgearbeiteten Kritikbegriff auf die von mir ausgemachten zentralen theoretischen Arbeiten der Historisch-materialistischen Policy- und Politikanalyse anzuwenden, speisen sich aus den Erkenntnissen intersektionaler Forschungsansätze, meinem Forschungseintritt – der angenommenen lückenhaften Beschäftigung mit Geschlechterverhältnissen in der HMPA – und den Grundsätzen und Formen einer feministisch-intersektionalen Kritik.

Die theoretische Konzeption der HMPA greift bereits auf Erkenntnisse und Argumente feministisch-materialistischer Staatstheorie zurück. Für eine kritische Auseinandersetzung

damit, auf welche Art und Weise Geschlechterverhältnisse in der HMPA thematisiert werden, dienen folgende Fragen: Gibt es aus einer feministisch-intersektionalen Perspektive Kritik oder Ergänzungen am Verständnis von Geschlecht in der HMPA? Welche Rolle nimmt feministische Staatstheorie in der HMPA ein? Ist die HMPA anschlussfähig für eine feministisch-materialistische Konzeption?

Der HMPA liegen mit ihrer Genese aus marxistischen und (neo-)gramscianischen Ansätzen verschiedene kritische Theorien und materialistische Staats- und Gesellschaftsanalysen zugrunde. Für eine Bestimmung der darin enthaltenen Herrschaftskritik stelle ich folgende Haupt- und Unterfragen: Welche Formen von (Herrschafts-)Kritik werden in der HMPA sichtbar? Leistet die HMPA eine radikale Analyse gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse? Hat die HMPA einen abolitionistischen Anspruch? Gibt es innerhalb der HMPA einen solidarischen Bezug zu sozialen Bewegungen, die zu einer emanzipatorischen Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen?

In mehreren Arbeiten der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa wird der Anspruch einer intersektionalen Analyse formuliert. Mit anschließenden Fragen möchte ich herausfinden, ob und wie die zentral untersuchten theoretischen Konzeptionen der HMPA versuchen, einem intersektionalen Forschungsansatz gerecht zu werden: Wird in den ausgewählten Analysen eine intersektionale Perspektive verwendet und wenn ja, auf welche Konzepte referieren die Autor*innen hierbei? Besteht in den Arbeiten die Gefahr einer reduzierten Erkenntnis oder gibt es in der Analyse Leerstellen aus der Perspektive eines intersektionalen Forschungsansatzes? Wie ist das Zusammenspiel verschiedener Herrschaftsstrukturen in der HMPA beschrieben? Welche Rolle spielen repressive Subjektivierung und emanzipatorische Selbst-Positionierung für die Analyse gesellschaftlicher Macht- und Kräfteverhältnisse? Ist die HMPA anschlussfähig für eine intersektionale Konzeption?

Im anschließenden Kapitel werde ich einen Überblick zu dem bestehenden Forschungsfeld der HMPA geben. Der Überblick stellt gleichzeitig auch die Ausgangslage dieser Arbeit dar, von welcher aus ich versuche, die HMPA um Aspekte feministisch-materialistischer Staatstheorie und intersektionaler Ansätze zu erweitern. Über das Forschungsfeld der HMPA hinaus werde ich ebenfalls mehrere Arbeiten nachzeichnen, die feministische Theorien auf poulantzianische Staatstheorie anwenden.

3. Ausgangslage und Literaturüberblick

Für meinen Versuch, die HMPA theoretisch durch Aspekte der feministisch-materialistischen Staatstheorie zu erweitern, sehe ich es zunächst als notwendig an, einen Überblick über das bestehende Forschungsfeld der HMPA sowie über bestehende Verknüpfungen zu feministisch-materialistischer Staatstheorie zu verschaffen. Der erste Teil dieses Kapitels stellt demnach die Ausgangslage meiner Arbeit dar. Zunächst zeichne ich die Entstehung der HMPA durch den Wiener-Ansatz nach und die darin enthaltenen Bezüge auf feministisch-materialistische Staatstheorie. Im Anschluss daran lege ich den Hessen-Ansatz der HMPA dar und zeige anhand von einzelnen Artikeln (Buckel et al. 2014; Ressel 2014; Wöhl 2019; Klatzer/Schlager 2019) auf, wie diese mit ihrem eigenen Anspruch der intersektionalen und feministischen Herrschaftsanalyse umgehen.

In einem zweiten Schritt dient mir der Literaturüberblick dazu, Forschungslücken aus der Perspektive feministisch-intersektionaler Kritik herauszuarbeiten und gleichzeitig Integrationsmöglichkeiten zu identifizieren. Für die Frage nach einer möglichen Integration feministisch-materialistischer Staatstheorie in die HMPA zeige ich zuletzt mehrere Arbeiten auf, in welchen poultanzianische Staatstheorie feministisch erweitert wird (Sauer 2001; ebd. 2003; Fischer 2008; Ludwig/Sauer 2009). Das gemeinsame poultanzianische Staatsverständnis könnte hier eine Basis für die Integration von Aspekten feministisch-materialistischer Staatstheorie in die HMPA darstellen. Eine ausführliche theoretische Auseinandersetzung mit dem Forschungsansatz der HMPA (*Kapitel 4*) sowie mit zentralen Überlegungen der feministisch-materialistischen Staatstheorie nach Sauer (*Kapitel 5*) findet zu einem späteren Zeitpunkt gesondert statt.

3.1 Wiener-Ansatz der Historisch-materialistischen Policy-Analyse

Die skizzenhafte Entstehung der Historisch-materialistischen Politikanalyse lässt sich auf die Zielsetzung zurückführen, die Transformation und Internationalisierung von Herrschaft staatstheoretisch fassen zu wollen. Exemplarisch ist hierfür der Vorschlag einer neo-poultanzianischen Analyse der Internationalen Politischen Ökonomie, welchen Ulrich Brand (2009) mit dem Aufsatz ‚Staatstheorie und Staatsanalyse im globalen Kapitalismus‘ unterbreitet. Mit Bezug auf die Transformation des Nationalstaats hin zu einem „internationalisierten Wettbewerbsstaat“ (Hirsch 2005) und einer stärkeren internationalen Organisierung sowie Relevanz sozialer Kräfte (vgl. Wissel 2007) geht Brand davon aus, dass sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung und damit auch Klassen- und

Geschlechterverhältnisse sowie rassistische Verhältnisse verändern (vgl. Brand 2009: S. 212f). Mit Poulantzas argumentierend geht es in der spezifischen staatstheoretischen Ausprägung darum, die machtvoll in Gesellschaften verdichteten sozialen Verhältnisse mitsamt ihrer Einbettung in internationale Beziehungen greifen zu können (vgl. ebd.: S. 213). In der kritischen Auseinandersetzung mit Staat, Internationalen Beziehungen und politischer Ökonomie geht Brand auf die feministische Kritik Sauers (vgl. 2001) ein, welche die dichotome Trennung von öffentlicher und privater Sphäre sowie männliche Konstruktionen und Dominanzvorstellungen in der Internationalen Politik hervorhebt. Weiter bezieht Brand sich auf die zusammenfassende Analyse Elisabeth Prügls, welche sich mit der hegemonialen Integration und Exklusion feministischer Forderungen in politische(n) Institutionen beschäftigt und sich konkreten Vergeschlechtlichungsprozessen widmet (vgl. Prügl 2004). Grundsätzlich kritisiert Brand jedoch die fehlende Theoretisierung des Staates in feministischen Ansätzen der Internationalen Beziehungen und hebt die staatstheoretischen Perspektiven feministischer Ökonomiekritik und die Analysen Sauers als Ausnahme positiv hervor (vgl. Brand 2009 S. 217f).

Im Anschluss an seinen vorausgehenden Artikel (2009) zeichnet Brand erstmals die Kontur einer Historisch-materialistischen Policy-Analyse (vgl. ebd. 2013). Er argumentiert, dass polity (gesellschaftliche Kräfte) und politics (politische Institutionen im engen Sinne) bereits umfassend aus einer historisch-materialistischen Perspektive analysiert wurden, jedoch die relativ autonomen Dynamiken von policy-Prozessen und deren Verhältnis zur Reproduktion von Gesellschaft in der Vergangenheit kaum theoretisiert worden sind. Mit Gramscis Staats- und Hegemonietheorie, Poulantzas Verständnis des Staates als Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und dem Bewusstsein für einen Macht-Wissen-Komplex im Sinne Foucaults möchte Brand diese identifizierte Lücke schließen (vgl. ebd.: S. 425-427). Er erarbeitet dabei grundlegende Fragen und Überlegungen sowie Ansätze einer Operationalisierung, um zu erforschen, wie und warum spezifische Politiken, eingebettet in einen breiten strukturellen Kontext, formuliert und diskutiert werden. Außerdem möchte Brand untersuchen, wie sich die Politiken letztendlich in den Staat einschreiben (vgl. ebd.: S. 436-439). Im Gegensatz zu Brands vorherigen Untersuchungen (vgl. ebd. 2009) spielt hier eine Theoretisierung oder Bezugnahme im Sinne feministischer Staatstheorie jedoch keine Rolle mehr.

3.2 Der Hessen-Ansatz und die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa

Aufbauend auf dem vorgeschlagenen neo-poulantzianischen Forschungsprogramm Brands (2009), den Plädoyers, poulantzianische Ansätze für die feministische Staatstheorie zu verwenden (u. a. Ludwig et al. 2009), und der produktiven Diskussion innerhalb der 2009 gegründeten Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa² analysiert Sonja Buckel (2011) anhand des Fallbeispiels der María Martínez Sala die Umkämpftheit transnationaler sozialer Rechte innerhalb der Europäischen Union. Mit einer Diskursanalyse sowie hegemonietheoretischen Überlegungen stellt die Arbeit Buckels bereits eine Form der HMPA dar, wie sie später von der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (2012; 2014) konkretisiert wird. Buckel zeichnet auf Basis rechtstheoretischer Prämissen und materialistischer Staatstheorie Hegemonieprojekte nach, welche auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene um die sozialen Rechte von EU-Bürger*innen über nationalstaatliche Grenzen hinweg ringen. Dabei kann Buckel nicht nur die relative Autonomie der Rechtsprechung aufzeigen, sondern spricht mit Étienne Balibar bereits den Widerspruch an, dass die Integration sozialer Rechte von Nichterwerbstätigen gleichzeitig mit der Stärkung einer auf Privilegien und Abgrenzung basierenden nationalen oder in diesem Fall europäischen Gemeinschaft einhergeht (vgl. Buckel 2011: S. 655-658). Auch wenn die widersprüchliche Erkämpfung von Teilhabe und sozialer Rechte im Staat an die Schwierigkeiten feministischer Politiken erinnert, so findet bei Buckel kein Rückbezug zu feministischer Staatstheorie statt.

Im Anschluss an eine Konferenz der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) im Herbst 2011 in Frankfurt am Main veröffentlichte die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa einen Sammelband, um die Diskussionen über das krisenhafte Projekt der EU aus der Perspektive einer intersektionalen Kapitalismusanalyse nachzeichnen zu können. Im Sinne einer intersektionalen Analyse war es hierbei der Anspruch, beobachtete Krisen entlang der Achsen von Race, Class und Gender zu analysieren und gleichzeitig von den Strategien und Kämpfen emanzipatorischer Bewegungen gegen autoritär-neoliberale Politiken auszugehen (vgl. Buckel et al.: S. 8-10). Dieser Anspruch spiegelt sich jedoch nur teilweise in den Beiträgen wider, da weder in Form von Bewegungen noch in Form von theoretischer Arbeit die Rolle von Geschlecht oder feministischen Kämpfen eine explizite Rolle spielt und somit die Analyse intersektionaler Verschränkungen ausbleibt. Lediglich Pia Eberhardt weist mit

2 Die Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» wurde 2009 gegründet, um die sich abzeichnende Europäisierung der Migrationspolitik zu untersuchen. Auf Basis materialistischer Staatstheorie geht die Forschungsgruppe von einem europäischen Staatsprojekt aus, einem hegemonialen politischen Projekt, welches in den Staatsapparaten erarbeitet wird, mit dem Ziel, die unterschiedlichen Politiken und Apparate zu vereinheitlichen. Die Forschungsgruppe wurde 2017 personell erweitert und hat ihren Schwerpunkt auf die Krise des Staatsprojekt Europa verschoben. URL.: <http://staatsprojekt-europa.eu/>

Bezug auf Sauer (2003) darauf hin, dass die neoliberale Zurichtung europäischer Staatlichkeit und strategische Selektivitäten des Wettbewerbsstaats auf patriarchalen, rassistischen und nationalistischen Ausschlüssen basieren. So finden die Interessen mehrheitlich weißer und männlicher internationalisierter Eliten eine Stimme, während die Interessen, Strategien und Praktiken marginalisierter Gruppen zumeist ausgeschlossen werden (vgl. Eberhardt 2012: S. 118). Der für diese Arbeit jedoch zentrale Beitrag ist eine erste detailgetreue Herleitung und Ausarbeitung der Historisch-materialistischen Politikanalyse als Forschungsansatz durch Sonja Buckel, Fabian Georgi, John Kannankulam und Jens Wissel (vgl. Buckel et al. 2012). Sie fokussieren sich hier im Besonderen auf die Konzeptualisierung und Analyse der Hegemonieprojekte an sich und im Spezifischen jener, welche um die Ausgestaltung der europäischen Integration ringen.

Mit dem Anspruch, die Migrationspolitik des europäischen Staatsprojektes mit Hilfe der HMPA kritisch zu analysieren, veröffentlichte die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014 einen Sammelband mit mehreren intersektionalen Analysen des europäischen Migrationsregimes (vgl. Buckel et al. 2014). Der Sammelband beinhaltet ebenfalls eine ausführliche theoretische Herleitung und mehrere methodologische Überlegungen zur HMPA. Wie die Autor*innen der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa Geschlechterverhältnisse fassen, zeigt sich besonders an den Bezügen auf Ansätze feministisch-materialistischer Staatstheorie (u. a. Sauer 2004; 2011 und Ludwig 2009). Aus einer poulantzianischen Position und mit Bezug auf Sauer argumentiert die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa, dass sich die erste und zweite feministische Welle³ einen beschränkten Zugang zu bestehenden Staatsapparaten erkämpfen konnten. Dies geschah entgegen der eigenen Analyse des Staates als rein maskuline Sphäre. Selbiges gilt mit Bezug auf Manuela Bojadzjev (2008) auch für das Erkämpfen von sozialen Rechten durch zunächst entrechtete Migrant*innen (vgl. Buckel et al. 2014: S. 18f). Mit Bezug auf Kreisky und Löffler (2009) verweist die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa darauf, dass sich Männlichkeit in Form von maskulinistischer Rationalität langsam in die staatlichen Verfahren, Institutionen und Strukturen eingeschrieben hat. Darauf aufbauend argumentieren sie mit Gundula Ludwig (2009), dass der Staat nicht nur ein materialisiertes Klassen- und Geschlechterverhältnis ist, sondern dass dieser wiederum

3 Die Verwendung der Begriffe der ersten, zweiten und dritten feministischen Welle geschieht hier, um eine Alternative zu den Begriffen der ersten, zweiten und dritten Frauenbewegung zu verwenden, da diese die vielfältigen Kämpfe von Queers, Lesben, Gays, trans, inter, nichtbinären Personen und Migrant*innen unsichtbar machen. Gleichzeitig besteht bei dem Konzept und den Begriffen der feministischen Wellen ein Unbehagen, da diese suggerieren, es gäbe eine wellenförmige Konjunktur einer feministischen Bewegung. Der dadurch vermittelte Positivismus verschleiert Kontinuitäten feministischer Politiken und schafft gleichzeitig eine Hierarchisierung dieser.

Subjekte entlang von Herrschaftsverhältnissen hervorbringt (vgl. Buckel et al. 2014: S. 28f). Durch diese exemplarische Auseinandersetzung mit der Analyse von Geschlecht durch den Hessen-Ansatz wird bereits deutlich, wie zentral die Analyse von Geschlechterverhältnissen in der Beschäftigung mit bürgerlich-kapitalistischer Staatlichkeit ist. So konnten die Autor*innen mit Bezug auf feministisch-materialistische Staatstheorie die Widersprüchlichkeit von feministischen Kämpfen im Staat herausarbeiten, den maskulinen Charakter der Staatsapparate aufzeigen und auf die wechselseitige Formung von Subjekten durch Staatlichkeit und von Staatlichkeit durch Subjekthandeln verweisen.

3.3 Erweiterung des Wiener-Ansatzes

Die bestehenden Forschungsansätze der HMPA reflektierend veröffentlichen Ulrich Brand, Matthias Krams, Valerie Lenikus und Etienne Schneider 2022 einen Beitrag, um die Historisch-materialistische Policy-Analyse neu zu verorten, sie durch Vorschläge zu erweitern und um für diese als vielseitigen Forschungsansatz zu werben. Als Ausgangspunkt der Analyse sehen diese eine historische Verkettung multipler systemischer Krisen und eine gleichzeitige fehlende Transformation weg von wachstumsorientierten und ressourcenintensiven globalen (Re-)Produktionsweisen. Zentral fragen Brand et al. nach den spezifischen Arten und Weisen, wie Krisen reguliert werden, den sogenannten Regulationsweisen. Damit gehen sie auch der sozialen Reproduktion von Gesellschaften innerhalb spezifischer Verhältnisse nach und fragen nach den konflikthaften und widersprüchlichen sozialen Auseinandersetzungen um eben jene Regulationsweisen (vgl. Brand et al. 2022: S. 279f).

Der Wiener-Ansatz geht davon aus, dass Policies vor dem Hintergrund gesellschaftlicher (Re-)Produktionsverhältnisse und gesellschaftlicher Naturverhältnisse betrachtet werden müssen, um entgegen der klassischen Policy-Analyse nicht blind gegenüber gesellschaftlichen Prozessen, Herrschaftsverhältnissen und materiellen Bedingungen zu sein. Die konkreten Analysen von gesellschaftlichen Konflikten sollen dabei je nach spezifisch untersuchten Politikfeldern wie zum Beispiel Migration, Finanz- und Gleichstellungspolitik durch zugehörige kritische Debatten ergänzt werden (Brand et al. 2022: 282f). Zudem argumentieren die Autor*innen, dass die gesellschaftliche Reproduktion in kapitalistischen Gesellschaften durch Ausbeutung von Mensch und Natur und Überakkumulation gekennzeichnet ist sowie auf unbezahlte feminisierte Arbeit angewiesen ist. Diese Form der gesellschaftlichen Reproduktion ist demnach immer auch widersprüchlich und krisenhaft, da

sie ihre Grundlage zerstört und unterschiedliche soziale Klassen und Klassenfraktionen hervorbringt, die sich unvereinbar gegenüberstehen (vgl. ebd.: S. 283f).

3.4 HMPA und (Care-)Migrationsregime

Saida Ressel greift mit der historisch-materialistischen und intersektionalen Analyse von Care-Arbeitsverhältnissen in Spanien als erste Autor*in der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa ein Forschungsvorhaben auf, in welchem Geschlecht als zentrale Herrschaftskategorie an der Verschränkung mit prekarizierter, unbezahlter und migrantisierter Arbeit untersucht wird. Ausgangspunkt ist die „innere Heterogenität“ (Buckel et al. 2014) der spanischen Gewerkschaften bezüglich der Arbeitsrechte von Care-Arbeiter*innen, da sowohl diese prekarierten Arbeitnehmer*innen als auch jene Arbeitnehmer*innen in Gewerkschaften vertreten sind, welche Care-Erwerbsarbeit in Anspruch nehmen. Zudem kritisiert Ressel, dass es kaum wissenschaftliche geschlechter- und rassismuskritische Beschäftigungen mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gibt, welche herausarbeiten, anhand welcher Ungleichheitsstrukturen gewerkschaftliche Solidarität entzogen wird, um Privilegien hegemonialer Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften abzusichern oder auszuweiten. Dabei kann Ressel auf wenigen bestehenden Analysen aufbauen. Sowohl die Orientierung am männlichen Alleinernährermodell, die rassistischen Einstellungen von Gewerkschafter*innen als auch die Logik des nationalen Wettbewerbsstaates sind Gründe für eine gewerkschaftliche Bekämpfung der Interessen von Care-Arbeiter*innen (vgl. Ressel 2014: S. 227-229). Die prozesshafte Nachzeichnung und Analyse von wirkenden Ungleichheitsstrukturen Ressels zeigt die Möglichkeit einer intersektionalen staatstheoretischen Analyse auf, welche Materialitäten und ambivalente Kämpfe selbstorganisierter Care-Arbeiter*innen mitdenkt. Die Kontinuität vergeschlechtlichter Arbeitsteilung wird hier hervorgehoben, ohne sich dabei alleinig auf die naturalisierte und binäre Kategorie Frau zu beziehen (vgl. ebd.: S. 231f). Vielmehr wird die Transformation von unbezahlter familiärer Care-Arbeit hin zu einer prekarierten, vergeschlechtlichten und migrantisierten Erwerbsarbeit nachgezeichnet, welche neue Abhängigkeiten und Gewaltverhältnisse hervorbringt.

Letztendlich formuliert Ressel die «innere Heterogenität» der spanischen Gewerkschaften als Klassenwiderspruch zwischen gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer*innen aus der Mittelschicht, die zu Arbeitgeber*innen für Care-Arbeiter*innen geworden sind, und eben jenen prekär beschäftigten Care-Arbeiter*innen, die ebenfalls eine gewerkschaftliche Vertretung verlangen. Die akteurszentrierte Analyse der von Ressel eingeteilten

gewerkschaftlichen Fraktionen «für bessere Arbeitsrechte» und «für die Familie» zeigt dabei auf, wie sich anhand der Achsen Migration, Geschlecht und Klasse die Interessen und Strategien von gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen spalten (vgl. Ressel 2014: S. 242-244). Die generelle gesellschaftliche Abwertung von Reproduktionsarbeit als feminisierte und migrantisierte Arbeit und ihre Funktionsweise in kapitalistischen Gesellschaften bleiben in Ressels Analyse unthematisiert – auch da das vorrangige Forschungsinteresse Ressels der Beweis einer »inneren Heterogenität« im Sinne der HMPA ist. Ebenfalls wenig thematisiert bleibt die hegemoniale Regierungsweise der nicht-Regulierung.

3.5 Geschlechterregime und maskulin-autoritäres Herrschaftsprojekt

Nach einer längeren Forschungsphase veröffentlicht die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2019 einen Sammelband, um bestehende Forschungsansätze zu aktualisieren (vgl. Keil/Wissel 2019). Während die methodologische und konzeptionelle Auseinandersetzung mit der Historisch-materialistischen Politikanalyse eher in den Hintergrund gerät, wird versucht, die Krisenhaftigkeit der europäischen Integration aus verschiedenen staats-theoretischen Perspektiven zu fassen. Einzelne Beiträge setzten sich mit der europäischen Integration aus einer dezidiert geschlechterspezifischen und -theoretischen Perspektive auseinander.

Stefanie Wöhl beschäftigt sich aus einer historischen Perspektive mit den geschlechtsspezifischen Selektivitäten, welche im europäischen Staatsprojekt wirken. Ausgehend von der Prämisse, dass der liberale Konsens der Geschlechterparität bereits in konservativen Diskursen Einklang gefunden hat, während ökonomische, rechtliche, politische und soziale Ungleichheiten zwischen Geschlechtern fortbestehen, untersucht Wöhl die Ambivalenzen der Geschlechterpolitik aus einer feministischen neo-gramscianischen Perspektive. So identifiziert Wöhl einen hegemonialen Block im europäischen Staatsapparatenensemble, in welchem Akteur*innen durch strukturelle Selektivitäten ihre Machtposition abzusichern versuchen. Sie benennt die untersuchten männlichen Strukturen als Genderregime, in welchem bestehende Ungleichheiten durch geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, heteronormative Ideale, an hegemonialen Männlichkeiten orientierte Gesetzgebung und politische Männlichkeit aufrechterhalten werden. Das Genderregime könne nur transformiert werden, wenn es durch gleichheitsorientierte Politiken gelinge, bestehende vergeschlechtlichte „Grundlagen des Regierens und der Staatspraktiken zu verändern“ (Wöhl 2019: 63). Mit der historischen Analyse der Gleichstellungspolitiken innerhalb des europäischen Staatsprojektes kommt Wöhl zu der Erkenntnis, dass eine Transformation nur

dann geschehen könne, wenn intellektuelle Kräfte das hegemoniale Genderregime durch gerichtliche Klagen und Diskursverschiebungen infrage stellen. Auf EU-Ebene kann seit den 1970er Jahren bis hin zur Agenda des Gender-Mainstreamings mit den Amsterdamer Verträgen 1997 von mehreren gleichstellungspolitischen Erfolgen gesprochen werden. Gleichzeitig bleibt hingegen spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise die Erkenntnis, dass die maskulin und autoritär geprägte Wettbewerbsfähigkeit und -konkurrenz als hegemoniale ökonomische Regierungsweise einer Geschlechtergerechtigkeit im Weg steht (vgl. ebd.: S. 62-65). Der Beitrag Wöhls weist darauf hin, dass der Bereich der vergeschlechtlichten Arbeit neben einigen wenigen Erfolgen sonst durch Nichtregulierung (non-policies), Nicht-Thematisierung, zahllose Gleichstellungs-Instrumente, Vereinnahmungen von progressiven Forderungen und Verhinderung von Problematisierungen gekennzeichnet ist. (vgl. ebd.: S. 66-68). Letztendlich bleibt die untersuchte Gleichstellungspolitik innerhalb des europäischen Staatsprojekts an die positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt geknüpft und orientiert sich weiterhin an der Norm des männlichen Vollzeitarbeiters (vgl. ebd.: S. 69-73).

Wöhl leistet mit ihrem Beitrag nicht nur einen Versuch, feministische Staatstheorie wieder verstärkt in die Historisch-materialistische Politikanalyse einzuweben, sondern erarbeitet zudem im Sinne dieser eine historische Kontextanalyse für Gleichstellungspolitiken innerhalb des europäischen Staatsprojekts. Die Ausarbeitungen Wöhls ziehen mehrere Schlussfolgerungen nach sich, welche für diese Arbeit relevant sind. *Erstens* zeigen sie auf, dass feministische Kämpfe im Staat widersprüchlich sind und dass es für die Analyse der Widersprüche produktiv ist, feministische Staatstheorie stärker in eine staatstheoretische Analyse miteinzubeziehen. *Zweitens* zeigt die gleichzeitige Analyse von Gleichstellungs- und Arbeitspolitiken auf, dass eine theoretische Verwebung feministischer Staatstheorien mit der HMPA gerade dann produktiv ist, wenn Geschlecht analytisch nicht nur dann eine Rolle spielt, wenn geschlechtsspezifische Politiken artikuliert werden. *Drittens* beleuchtet die historische Kontextanalyse im Besonderen jene Akteur*innen, welche sich mit ihren Strategien in Form von Verträgen durchsetzen konnten. Um eine Umkämpftheit von Politiken besser abbilden und einschätzen zu können, wäre es jedoch wichtig, auch jene Akteur*innen und Strategien zu untersuchen, welche nicht hegemonial geworden sind.

In einem weiteren Beitrag des 2019 erschienenen Sammelbandes der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa beschäftigen sich Elisabeth Klatzer und Christa Schlager ebenfalls mit dem wettbewerbsorientierten Umbau des europäischen Staatsprojekts hin zu einem maskulin-

autoritären Herrschaftsprojekt seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008. Die Autor*innen gehen davon aus, dass neben der Militarisierung die Economic Governance⁴ zu einer starken Transformierung der Geschlechterverhältnisse geführt hat (vgl. Klatzer/Schlager 2019: S. 97). Mit Hilfe von Ansätzen der feministischen Ökonomie und feministischer Staatstheorie analysieren Klatzer und Schlager, dass sich unter anderem durch strategic silence (Nicht-Regulierungen und Nicht-Artikulierungen) sowohl die konkreten vergeschlechtlichten Lebensverhältnisse als auch die institutionellen Rahmenbedingungen transformiert haben. Demnach haben sich die wettbewerbsorientierten, entdemokratisierenden, disziplinierenden und Prekarität hervorbringenden Politiken des maskulin-autoritären Herrschaftsprojekts in den Staat eingeschrieben (vgl. ebd.: S. 98-101). Mit der Aushöhlung demokratischer Prozesse und der Schaffung intransparenter Entscheidungsfindungen geht im Besonderen eine Ausblendung sozialer Reproduktionsarbeit einher. Dieser Umstand, gekoppelt mit dem Abbau wohlfahrtsstaatlicher Mechanismen, bringt wiederum weitere geschlechterpolitische Folgen mit sich, wie zum Beispiel eine Prekarisierung von Frauen. Diese sind aufgrund strukturell geringeren Einkommens mehr auf Sozialausgaben angewiesen (vgl. ebd.: S. 103-106). Mit der Kürzung von Pflege-, Gesundheits-, Pensions- und Unterstützungsausgaben wird eine Retraditionalisierung, -privatisierung und -feminisierung von Pflege- und Sorgearbeit forciert, die alle gleichsam vergeschlechtlichte Abhängigkeiten verstärken.

Klatzer und Schlager sehen zusammenfassend ähnlich wie Wöhl eine diskursive und praktische Orientierung an maskulinen Normen, die Herausbildung „eines neuen Genderregimes“ (Klatzer/Schlager 2019: S. 106) und eine strukturelle Veränderung der Bedingungen von sozialer Reproduktion, Öffentlichkeit und Privatheit zum Nachteil von FLINTA*. Aus einer intersektionalen Perspektive gehen sie jedoch davon aus, dass jene Subjekte eine Verschärfung struktureller Benachteiligung erfahren, welche nicht dem von klassistischen, rassistischen und vergeschlechtlichten neoliberalen Idealbild eines gebildeten, flexiblen und Arbeitskraft einsetzenden Menschen entsprechen. So wird die für kapitalistische Produktionsarbeit unerlässliche, meist unbezahlte oder prekär entlohnte Reproduktionsarbeit,

4 Die Economic Governance wird als dominanter Regierungsmodus des europäischen Staatsprojekts in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 analysiert. Dieser wird jedoch nicht vorrangig den europäischen oder nationalstaatlichen Institutionen im engen Sinne zugeordnet, sondern vielmehr breiten gesellschaftlichen Entscheidungsräumen, da diese einem hegemonialen maskulin-autoritären Wettbewerbs-Narrativ unterliegen. Als zentral werden jedoch wirtschafts- und finanzpolitische Akteur*innen wie die Europäische Zentralbank (EZB), Finanzminister*innen, der Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM), der Internationaler Währungsfonds (IWF) und multinationale Unternehmen (vgl. Klatzer/Schlager 2019: S. 97-104). Programme sind unter anderem qualitativer und quantitativer Abbau von Sozialausgaben und Ausbau von Repressionsbehörden (vgl. ebd. S. 105f).

wie bereits durch Ressel (2014) analysiert, auf oft illegalisierte Migrant*innen ausgelagert (vgl. Klatzer/Schlager 2019: S. 106-108). Während die Autor*innen die zentrale Rolle der Nicht-Regulierung von feminisierter unbezahlter Arbeit im europäischen Staatsprojekt herausarbeiten, spielt jedoch derselbe Regierungsmodus bei vergeschlechtlichter, prekariert und illegalisierter Arbeit in der Analyse keine wirkliche Rolle. Dabei sind beide Formen der Sorglosigkeit eine zentrale Einschreibung neoliberaler Politiken in einem maskulin-autoritären Herrschaftsprojekt.

Die Herausarbeitung eines maskulin-autoritären Herrschaftsprojekts samt im Staat eingeschriebenen Strategien stellt für diese Arbeit eine gute Grundlage dar. Sie erweitert die HMPA um Geschlecht als eine zentrale Kategorie. Ebenfalls produktiv für eine akteurszentrierte Analyse erscheinen die von den Autor*innen herausgearbeiteten Strategien für eine emanzipatorische Transformation der Wirtschaftspolitik im europäischen Staatsprojekt. Diese Strategien umfassen eine nach Lebensrealitäten und Bedürfnissen ausgerichtete Care-Ökonomie, eine emanzipatorische Transformation von Staatlichkeit und dabei insbesondere den Ausbau der öffentlichen Sphäre und einen geschlechtergerechten Umbau von Entscheidungsprozessen (vgl. Klatzer/Schlager 2019: S. 108-110). Vorstellungen von einer emanzipatorischen Transformation werden zu einem späteren Zeitpunkt anhand weiterer Ansätze feministisch-materialistischer Staatstheorie diskutiert. Im folgenden Unterkapitel werde ich mehrere Arbeiten diskutieren, welche poulantzianische Staatstheorie mit einer feministischen Theoretisierung des Staates verbinden.

3.6 Poulantzianische Ansätze in der Feministischen Staatstheorie

Sowohl der Wiener-Ansatz als auch der Hessen-Ansatz der HMPA bauen auf einem poulantzianischen Staatsverständnis auf, welches den Staat als Verdichtung gesellschaftlicher Verhältnisse versteht. Darüber hinaus bezieht sich die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa auf geschlechtertheoretische Analysen und versteht den Staat auch als ein materialisiertes Geschlechterverhältnis (vgl. Buckel et al. 2014: S.29). Auf Basis der Beobachtung einer gleichzeitigen Beschäftigung mit poulantzianischen Ansätzen in der feministischen Staatstheorie und der historisch-materialistischen Politikanalyse schaue ich mir ausgewählte Publikationen an, in welchen poulantzianische und feministische Ansätze bewusst kombiniert werden. Meine Zielsetzung ist es, auszuloten, inwieweit die gemeinsame Ebene einer poulantzianischen Theoretisierung des Staates Möglichkeiten für eine Integration feministisch-materialistischer Konzepte in die HMPA eröffnet. Dafür gehe ich zunächst auf

frühere Arbeiten Sauers ein (vgl. 2001; vgl. 2003), zeichne die feministische Kritik an Poulantzas Staatstheorie von Anita Fischer nach (vgl. 2007) und diskutiere die geschlechtertheoretische Erweiterung von Poulantzas Staatstheorie von Ludwig und Sauer (vgl. 2009).

Bereits in ihrer Habilitationsschrift und der daraus ein Jahr später entstandenen Publikation „Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte“ (2001) beschäftigt sich Sauer umfangreich mit staats-theoretischen Analysen von Geschlechterverhältnissen. In Bezug auf Poulantzas Staatstheorie kritisiert sie darin sowohl seine Reduktion der Analyse auf Klassenverhältnisse im Staat als auch seine Bestimmung des Staates als Apparat, welcher die Aufgabe habe, Produktions- und Klassenverhältnisse aufrecht zu erhalten. Sauer identifiziert in ihrer feministischen Theoretisierung des Staates eine in den Staatsapparat eingeschriebene maskuline Gewalt. Zudem versteht sie den Staat wechselseitig als Verdichtung sozialer Verhältnisse und als Apparat, welcher soziale Verhältnisse vergeschlechtlicht (vgl. ebd.: S. 87f).

Aufbauend auf ihrer theoretischen Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen, Staatlichkeit und Demokratie stellt sich Sauer (vgl. 2003) die Frage, welchen Einfluss die Internationalisierung des Staates auf Geschlechterverhältnisse hat, und bewegt sich damit in einer ähnlichen Suchbewegung wie Brand (2001; 2009; 2013) und die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (2012; 2014). Aus einer feministischen, materialistischen und staats-theoretischen Perspektive kritisiert sie die euphorische Bezugnahme mancher feministischer Akteur*innen auf Governance-Debatten. Diese Feminist*innen sehen in internationalen Governance-Strukturen eine Möglichkeit, gegen Ungleichheitsstrukturen vorgehen zu können, und erhoffen sich durch Repräsentation und Inklusion von FLINTA* eine mögliche Geschlechterdemokratie. Sauer sieht darin jedoch eine gefährliche Überschätzung von (staatlicher) Repräsentation, eine Staatszentrierung und Missachtung gesellschaftlicher Verhältnisse und eine Unterschätzung hegemonialer Machtstrukturen sowohl national als auch international (vgl. Sauer 2003: S. 621f). Als Antwort auf frauenpolitische Governance-Debatten analysiert sie die Transformation von Staat und Geschlecht durch die beobachteten Internationalisierungsprozesse. Sauer stellt die These auf, dass eine größere Repräsentation von Frauen in Governance-Strukturen nicht beweist, dass Geschlechter- und Klassenverhältnisse sowie Ethnizität auf emanzipatorische Weise transformiert werden. Vielmehr beschreibt sie, dass sich Zweigeschlechtlichkeit als Norm entlang der Achsen von Klasse und Ethnizität hegemonial in internationale politische Strukturen einschreibt (vgl. ebd.: S. 623).

Sauer argumentiert durch die Verknüpfung von Ansätzen der Internationalen Politischen Ökonomie, also der Beobachtung der Transformation des nationalen Wohlfahrtsstaates hin zu einem internationalisierten Wettbewerbsstaat, und Ansätzen feministischer Staatstheorie, dass Governance eben keine Emanzipation und Auflösung von Ungleichheitsstrukturen bedeutet, sondern bei gleichzeitiger Inklusion von FLINTA* neue hegemoniale Machtkonstellationen entstehen. Erstaunlich ist hierbei vor allem der frühe Versuch, eine intersektionale Kritik mit staatstheoretischen Analysen zu verbinden.

Mit der Fragestellung, welche Funktion Geschlechterverhältnisse für Staatlichkeit haben, unterzieht Anita Fischer Aspekte poulantzianischer Staatstheorie einer feministisch-materialistischen Kritik. Mit einem besonderen Fokus auf Arbeitsteilung, Geschlechterverhältnisse und Staatlichkeit sowie auf die Verschränkung von Klassenverhältnissen, Ethnizität und Geschlecht im Staat möchte Fischer zudem die Geschlechterblindheit materialistisch-staatstheoretischer Ansätze angehen. Gleichzeitig ist sie davon angetrieben, die prekäre Beschäftigung mit Staatlichkeit in feministischer Theoriebildung anzugehen, und gleichzeitig möchte sie die Möglichkeiten materialistischer Staatstheorie für eine feministische Theoretisierung des Staates ausloten (vgl. Fischer 2008: S. 50f). Dabei erhofft sich Fischer, den poulantzianischen Begriff der sozialen Verhältnisse dafür zu verwenden, den Staat „als eine Institutionalisierung von Klassen- und Geschlechterverhältnissen“ (ebd.: S. 52) zu begreifen, um eine umfassendere Herrschaftskritik zu entwickeln, die zu einer Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen kann.

Fischer setzt sich aus einem anderen Blickwinkel als bestehende feministische Arbeiten (z. B. Sauer 2001) mit Poulantzas auseinander. Sie bezieht sich nicht nur auf die These des Staates als materielle Verdichtung von Klassenverhältnissen, sondern auch auf den in Poulantzas Staatstheorie zentralen Umstand, dass sich Arbeitsteilung und Staat wechselseitig bedingen. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung führt für Poulantzas zu einer Trennung zwischen Ökonomie und Staat und dadurch auch zu der relativen Autonomie oder Besonderung des Staates. Für Fischer eröffnet sich aus einer feministischen Perspektive dadurch nicht nur die Möglichkeit, die Maskulinität des Staates als historisch geworden und veränderbar anzusehen. Es ermöglicht auch, die Transformation des maskulinen Staates durch das sich verändernde Verhältnis von Arbeitsteilung, Geschlecht und Staatlichkeit bestimmen zu können (vgl. Fischer 2008: S. 43f).

Poulantzas Analysen einer Kritik unterziehend, merkt Fischer an, dass Geschlechterverhältnisse und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nicht weniger konstitutiv für den bürgerlichen Staat sind als Klassenverhältnisse. Als Konsequenz möchte Fischer die Analyse des Zusammenspiels von Geschlecht, Klasse und Staat spezifizieren und den Begriff der gesellschaftlichen Arbeitsteilung mit den Begriffen der geschlechts- und klassenspezifischen Arbeitsteilung ersetzen. Um diese Annahme besser zu überprüfen und zu argumentieren, setzt sich Fischer in ihrem Beitrag näher mit dem Begriff der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der spezifischen Funktion des Staates in der Herstellung und Reproduktion jener auseinander (vgl. Fischer 2008: S. 54-56).

Mit Ursula Beer (1990) beschreibt Fischer Geschlecht als eine soziale Grundstruktur, welche durch eine kontinuierliche Ungleichheit zwischen Geschlechtern geprägt ist. Durch die Vergesellschaftung von Geschlecht kann demnach gesellschaftliche Arbeitsteilung nie geschlechtsneutral sein. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung selbst und die maskulinen Staatsapparate sind damit Ausdruck und Ergebnis von Geschlechterverhältnissen, und sie (re)produzieren gleichzeitig geschlechtsspezifische Subjekte und Rollen. Im Konkreten hat nach Beer demnach der Staat und haben seine Staatsapparate in patriarchal strukturierten Gesellschaften die Funktion, durch Rechtsbestimmungen und Politiken die Inklusion oder Exklusion von Frauen in den Arbeitsmarkt und demokratische Prozesse festzulegen und gleichsam eine Form von Familie, Arbeitsteilung und Eigentum zu privilegieren (vgl. Fischer 2008: S. 56-60). Fischer stellt jedoch bereits selbst fest, dass die unkritische Rezeption aus Beers Analyse von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und von Geschlecht als heteronormativer zweigeschlechtlicher Strukturkategorie einige Schwierigkeiten mit sich bringt. So wird zum einen die machtvolle Einteilung von Subjekten in zwei Geschlechter reproduziert und somit als eigener Herrschaftsmechanismus außer Acht gelassen. Zum anderen wird der Zusammenhang von Staat und Geschlecht auf das Arbeitsverhältnis reduziert und blendet in der Konsequenz andere Prozesse der Vergeschlechtlichung aus. Auch die Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischer Gewalt sowie mit widersprüchlichen Kämpfen im Staat bleibt damit aus. Zudem wird Reproduktionsarbeit als in der heterosexuellen Familie verrichtet gedacht und demnach eine intersektionale Analyse von Geschlechter- und Arbeitsverhältnissen verunmöglicht (vgl. ebd.: S. 61-66).

Ausgehend von partiell erfolgreichen staatlichen Gleichstellungspolitiken bei gleichzeitiger Kontinuität eines maskulinen Staates stellen sich Ludwig und Sauer 2009 die Frage, wie die ambivalente Transformation von Geschlechterverhältnissen staatstheoretisch analysiert

werden kann. Die beobachtete neoliberale Neustrukturierung von Familienökonomien und Märkten, die Prozesse der Internationalisierung, Privatisierung und De-Nationalisierung sowie die damit verbundene Verlagerung reproduktiver Arbeit bringen nach Ludwig und Sauer sowohl ökonomische als auch soziale Errungenschaften für Frauen mit sich. Gleichzeitig bestehen die Trennungen in produktive und reproduktive Arbeit sowie in öffentlich und privat fort. Zudem werden Geschlechterverhältnisse anhand von Ungleichheitsstrukturen wie Ethnie, Klasse und Sexualität neu strukturiert und institutionalisiert (vgl. Ludwig/Sauer 2009: S. 173f). Ziel einer kritischen feministisch-materialistischen Staatskonzeption soll es nach Sauer und Ludwig demnach sein, jene Ambivalenz staatlicher Geschlechterpolitiken und die damit verbundene staatliche (Re)strukturierung von Geschlechterverhältnissen zu fassen. Der Staat sollte folglich auch als Terrain angesehen werden, in welchem Geschlechterkonflikte ausgetragen, institutionalisiert und reproduziert werden. Mit dem Ziel, die wechselseitige Konstruktion und Reproduktion von Geschlecht, Subjekten und Staatlichkeit analysierbar zu machen. Sauer und Gundula Ludwig fragen sich anschließend an diese Zielsetzung, inwieweit die poulantzianische Staatstheorie bei einer Konzeptionalisierung einer solchen feministisch-materialistischen Staatstheorie helfen kann (vgl. ebd.: S. 174f). Um dieser Fragestellung nachzugehen, greifen sich die Autorinnen vier Aspekte von Poulantzas Staatstheorie heraus, um diese auf ihren Mehrwert für feministische Staatskonzeptionen zu überprüfen und zu erweitern.

Poulantzas versteht den Staat als gesellschaftliches Verhältnis und denkt diesen von sozialen Auseinandersetzungen ausgehend. Der Staat ist demnach keine einheitliche Struktur, kein Instrument einer gesellschaftlichen Klasse oder ein Spiegel der Gesellschaft, sondern ein relativ autonomes strategisches Feld, auf welchem sich gesellschaftliche Kämpfe verdichten und auf welchem Kompromisse geschlossen werden. Als feministische Ergänzung zu Poulantzas ist der Staat demnach auch das Ergebnis von Auseinandersetzungen um sowie eine Verdichtung von Geschlechterverhältnissen. Zudem stellt der Staat nicht ausschließlich ein männliches Instrument dar. Durch das Einschreiben von Männlichkeit in Staatsapparate und Staatlichkeit weist der Staat jedoch eine strukturelle geschlechtsspezifische Selektivität auf, die den Zugang für FLINTA* zu sozialen Rechten oder Entscheidungspositionen erschwert und spezifische Anliegen weniger priorisiert. Staat und Geschlechterverhältnis sind hierbei mit dem Prozess der Konstituierung von Subjekten eng verwoben und werden durch alltägliche Praxen und Subjektivierungsprozesse immer weiter hervorgebracht (vgl. Ludwig/Sauer 2009: S. 177-179).

Wie bereits Anita Fischer (2008) betrachten Ludwig und Sauer das poulantzianische Verständnis von Ökonomie und Staat und die damit verbundene Analyse von gesellschaftlichen (Re-)Produktionsverhältnissen. Staat und Ökonomie werden von Poulantzas relativ autonom charakterisiert und sind Ergebnis gesellschaftlicher Kräftekonstellationen. Feministisch erweitert bedeutet in dem Fall für Ludwig und Sauer, sich das Verhältnis von Staat, Geschlecht und Ökonomie anzuschauen und darauf hinzuweisen, dass die Ökonomie auch die nicht entlohnte Care-Arbeit umfasst. Diese wird laut den Autor*innen von patriarchal-kapitalistischen Staatsapparaten besonders durch Arbeits- und Familienrecht, vergeschlechtlichte Vorstellungen von Arbeitsteilung und die Zuweisung der Reproduktionsarbeit in die vergeschlechtlichte Sphäre des Privaten reguliert. Dabei ist die dichotome Trennung in Produktion und Reproduktion, in privat und öffentlich, in familiär und staatlich selbst eine historische Konstruktion und Ausdruck einer spezifischen Verschränkung von Geschlecht, Staat und Ökonomie (vgl. Ludwig/Sauer 2009: S. 179f). Die Analyse eines sich transformierenden (Re-)Produktionsverhältnisses hin zu einer Verlagerung von Care-Arbeit an prekär oder illegalisiert beschäftigte Migrant*innen oder soziale Klassen bleibt hierbei jedoch aus.

Als einen ebenfalls zentralen Aspekt in Poulantzas Denken beschreiben Ludwig und Sauer die Aufteilung gesellschaftlicher Arbeit in Hand- und Kopfarbeit als Grundlage zur Herausbildung von Staatlichkeit. Diese dichotome Aufteilung ermöglicht es, geistige Arbeit und damit verbundenes Wissen sowie politische und organisatorische Macht beziehungsweise Herrschaft einseitig den Staatsapparaten zuzuschreiben. In Poulantzas Sinne werden demnach bestimmte Wissens- und Organisationsformen in den Staat eingeschrieben und von den herrschenden Fraktionen als Wahrheit verbreitet und damit reproduziert. Neben einer der Staatlichkeit zugrundeliegenden vergeschlechtlichten Arbeitsweise ist demnach also auch das im Staat hegemonial verdichtete Wissen vergeschlechtlicht. Damit lässt sich laut Ludwig und Sauer die historische „Gleichsetzung von Männlichkeit mit Öffentlichkeit, Rationalität und Universalität einerseits und Weiblichkeit mit Privatheit, Emotionalität und Partikularität andererseits“ (Ludwig/Sauer 2009: S. 180f) erklären. Die Einschreibung von vergeschlechtlichtem Wissen zeigt sich besonders in einer spätestens seit den 2000er Jahren auftretenden neoliberal-autoritären Remaskulinisierung des Staates (vgl. Klatzer/Schlager 2019; vgl. Wöhl 2019).

Poulantzas beschäftigt sich ebenfalls mit der Disziplinierung von Körpern. Er argumentiert, dass Staatlichkeit durch Wissensformen und Disziplinierungstechniken Individuen formt. Poulantzas sieht in jener Individualisierungstechnik die staatlich hervorgebrachte und

reproduzierte materielle Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Produktionsverhältnisse. So werden Individuen erst durch Praxen der Abrichtung, Unterwerfung und Qualifizierung bestimmten Klassen zugeteilt. Subjektivität wird also von Poulantzas nicht vorstaatlich, sondern explizit staatlich hervorgebracht gedacht. Ludwig und Sauer veranlasst die poulantzianische Konstruktion von Subjektivität dazu, Geschlechter und Sexualität ebenfalls als staatlich hervorgebracht zu denken. Spezifisch werden durch Ideologien, Rechtsprechung, Wissenssysteme und repressive Maßnahmen heteronormative und binäre Geschlechterrollen und Subjekte (re-)produziert (vgl. Ludwig/Sauer 2009: S. 181f). Letztendlich ermöglicht die von Ludwig und Sauer erweiterte poulantzianische Analyse von Staatlichkeit also, das Verhältnis von Staat, Geschlecht und Ökonomie zueinander zu bestimmen.

Die dargestellten Arbeiten (vgl. Sauer 2001; vgl. ebd. 2003; vgl. Fischer 2008; vgl. Ludwig/Sauer 2009) zeigen sowohl eine produktive Anwendung feministischer Theorien auf poulantzianische Staatstheorie als auch eine Kontinuität auf. Die kontinuierliche Beschäftigung lässt vermuten, dass die feministische Weiterentwicklung von Poulantzas Staatstheorie ein Teilaspekt feministisch-materialistischer Staatstheorie darstellt. Gerade Sauer bezieht sich in ihren folgenden Arbeiten zu feministischer Staatstheorie weiterhin auf poulantzianische Staatskonzeptionen (vgl. Sauer 2011; 2018). Die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung, die staatlichen Regulierungsweisen und Subjektkonstituierungen, patriarchal-staatliche Gewaltstrukturen und die Verknüpfung unterschiedlicher Ungleichheitsstrukturen sind zentrale Themen in der feministischen Staatstheorie. Ebenso bleibt die Bestimmung des Staates als widersprüchliches, relativ autonomes, strategisches Kampffeld eine zentrale Grundvoraussetzung in der Auseinandersetzung mit Transformationen von Geschlecht, Staat, Gewalt und Ökonomie. Im Anschluss an die dargelegten Arbeiten feministisch-poulantzianischer Staatstheorie ziehe ich ein Zwischenfazit. Darin lte ich anhand des dargelegten Forschungsstandes aus, welche Leerstellen innerhalb der HMPA aus der Perspektive feministisch-intersektionaler Kritik existieren. Darüber hinaus gebe ich, aufbauend auf dem Forschungsstand, eine Einschätzung über mögliche Erweiterungen der HMPA.

3.7 Zwischenfazit: Leerstellen und die mögliche Erweiterung der HMPA

Vor dem Hintergrund einer feministisch-intersektionalen Herrschaftskritik zeigen sich innerhalb des Forschungsfeldes der HMPA mehrere Leerstellen, aber auch

Anknüpfungsmöglichkeiten. Die theoretischen und analytischen Ausgangspunkte der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa und des Wiener-Ansatzes sind zunächst vorrangig davon geprägt, die Internationalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse des Staates im Rahmen der Europäischen Integration aus historisch-materialistischer Perspektive zu fassen (vgl. Brand 2009; vgl. ebd. 2013; vgl. Buckel et al. 2012). Aufbauend darauf entstand erst der Anspruch, eine Methodologie zu entwickeln, welche die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Staat analysieren kann (vgl. Buckel et al. 2014; vgl. Keil/Wissel 2019; vgl. Brand et al. 2022). In der detaillierten theoretischen Auseinandersetzung mit materialistischer Staatstheorie greifen die Autor*innen auf feministische Theoretisierungen des Staates zurück (vgl. Sauer 2001; vgl. ebd. 2003; vgl. Prügl 2004; vgl. Ludwig 2009) und formulieren den Anspruch einer intersektionalen Analyse. Das breite Forschungsfeld zu Migrationsregimen, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, gesellschaftlichen Naturverhältnissen und Gender-Mainstreaming in der EU unterstreicht die vielfältige theoretische und analytische Auseinandersetzung der Autor*innen mit gesellschaftlichen (Herrschafts-)Verhältnissen.

Einigen theoretischen und analytischen Aspekten wird aus der Perspektive einer feministisch-intersektionalen Kritik jedoch wenig Beachtung geschenkt, oder sie bleiben gänzlich unbearbeitet: Herrschaftsverhältnisse und -strukturen werden zwar benannt, eine Theoretisierung davon, wie zum Beispiel Kolonialität, Heteronormativität und Dis/Abilität in Staat und Gesellschaft miteinander interagieren, findet jedoch nicht statt – eine Analyse multipler oder multidimensionaler Herrschaft oder ein Bezug auf Theorien der Intersektionalität bleiben aus. Ebenso werden entgegen den vereinzelt Verweisen auf die Rolle von sozialen Positionen und die Regulierungsweisen des Staates subjekttheoretische Erkenntnisse außer Acht gelassen. Geschlechtertheoretische und feministische Auseinandersetzungen mit dem Staat werden nur in Teilen rezipiert und mit zentralen Themen, wie der Beschäftigung mit patriarchaler Gewalt im Staat, Heteronormativität oder Subjektivierungsweisen, wird sich nicht beschäftigt. Eine intersektionale oder geschlechtertheoretische Konzeption von Staatlichkeit ist in der HMPA also nicht ausreichend vorhanden. Auch die Beschäftigung mit Möglichkeiten einer emanzipatorischen Transformation des Staates beziehungsweise das formulierte Ziel einer Abolition von Herrschaft und Staatlichkeit bleiben bis auf einzelne Arbeiten aus (vgl. Wöhl 2019). Aus der Perspektive einer feministisch-intersektionalen Kritik besteht also die Notwendigkeit, das Forschungsfeld und die theoretische Konzeption der HMPA zu erweitern.

Das Forschungsfeld der HMPA eröffnet, verbunden mit den dargelegten feministisch-poulantzianischen Ansätzen, aber auch einige Möglichkeiten, feministische und intersektionale Ansätze in die HMPA zu integrieren. Allein die vereinzelt intersektional und geschlechtertheoretisch arbeitenden Analysen (vgl. Ressel 2014, vgl. Klatzer/Schlager 2019, vgl. Wöhl 2019), der formulierte Wunsch einer intersektionalen Analyse der Autor*innen innerhalb der HMPA selbst (vgl. Buckel 2011, vgl. Buckel et al. 2012) und die bestehende Beschäftigung mit feministischer Staatstheorie (vgl. ebd. 2014) zeigen auf, dass es gemeinsame Forschungsinteressen und -zugänge gibt. Darüber hinaus schafft vor allem die Gemeinsamkeit eines feministisch-poulantzianischen Staatsverständnisses Möglichkeitsräume für eine weitere theoretische Integration feministischer Staatstheorie in die HMPA. Die subjekttheoretische Erweiterung poulantzianischer Staatstheorie (vgl. Ludwig/Sauer 2009) zeigt zudem auf, dass auch eine Theoretisierung von subjektbezogenen Regierungsweisen und Selbstpositionierungen innerhalb der HMPA möglich sein kann. Die geschlechtertheoretischen Arbeiten von Wöhl und Klatzer/Schlager (beide 2019) sowie Ressel (2014) verweisen auch darauf, wie produktiv und detailliert eine hegemonietheoretisch fundierte Geschlechteranalyse im Staat ist, und zugleich eröffnen sie den Rahmen, um mit der HMPA weiterhin die Frage nach einer möglichen Transformation patriarchaler Herrschaft zu bearbeiten.

Offen bleibt mit Blick auf den Forschungsstand jedoch, wie genau eine Integration von intersektionalen Ansätzen und Subjekttheorien aussehen kann. Mit Hinblick auf die Perspektiven feministisch-intersektionaler Herrschaftskritik ist die Frage nach einer möglichen Einbettung eines abolitionistischen Anspruchs für die HMPA ebenfalls schwer zu beantworten. Im folgenden Kapitel werde ich jeweils eine zentrale Konzeption des Wiener (vgl. Brand et al. 2022) und des Hessen-Ansatzes (vgl. Buckel et al. 2014) der HMPA darlegen. Beide theoretischen und methodologischen Konzeptionen untersuche ich anhand der Perspektiven feministisch-intersektionaler Kritik (*Kapitel 2.3*).

4. Historisch-materialistische Policy- und Politikanalyse

Den Forschungsansatz der Historisch-materialistische Politikanalyse, seinen Ursprung in der kritischen Europaforschung und der Analyse internationaler Ökonomie sowie etliche Themenschwerpunkte und Arbeiten, die in dessen Rahmen entstanden sind, konnte ich bereits in vorausgehenden Kapiteln diskutieren. So zum Beispiel die theoretischen Analysen eines sich internationalisierenden Staates von Brand (vgl. 2009; 2013) oder die unzähligen Arbeiten über das Europäische Grenzregime und autoritäre Finanz- und Wirtschaftspolitiken im Staatsprojekt Europa (vgl. Buckel et al. 2012; 2014) – jeweils mit einem besonderen Blick auf die Theoretisierung und Analyse von Geschlecht. Darauf aufbauend werde ich im Folgenden die theoretische Herleitung und die Operationalisierung der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (vgl. ebd. 2014) sowie deren kritische Kommentierung und Weiterentwicklung von Brand et al. (2022) darlegen. Dabei werde ich ebenfalls die in den Ansätzen der HMPA enthaltenen Konzeptualisierungen von Geschlecht herausarbeiten.

In Anlehnung an die analytischen Begriffe der HMPA erweist sich eine historisch-materialistische Analyse als zentral. Eine historische Analyse macht sichtbar, wie soziale Verhältnisse entstanden sind, und erlaubt es, Naturalisierungen kritisch zu hinterfragen – insbesondere mit Blick auf ihre emanzipatorische Veränderbarkeit. Die bestehenden sozialen Verhältnisse sehe ich in ihrer Materialität gleichzeitig als Ausgangspunkt unseres Handelns an. Gesellschaftliche Strukturen und Verhältnisse materialisieren sich sowohl im Staat als auch in alltäglichen Praxen und Lebensweisen. Die in dieser Arbeit zentrale These, dass Geschlecht Staatlichkeit strukturiert, verdeutlicht schließlich die Notwendigkeit, sowohl die Historizität als auch die Materialität von Herrschaft – und insbesondere von Geschlechterverhältnissen – analytisch zu erfassen.

4.1 Das Staatsverständnis der HMPA

Die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa und Brand et al. verorten sich sowohl in der kritischen Gesellschaftstheorie als auch in der materialistischen Staatstheorie. Beide Ansätze stellen zudem kritische oder solidarische Bezüge zu diversen staats-theoretischen Ansätzen her, derer sie sich für eine Entwicklung und Ausarbeitung der HMPA bedient haben. Beginnend bei der Abgrenzung von gegenwärtig dominierenden Governance- und Policy-Ansätzen werde ich das Staatsverständnis der HMPA nachzeichnen und jeweils um Perspektiven feministisch-intersektionaler Kritik ergänzen.

4.1.1 Policy- und Governance-Analyse als liberale und geschlechtslose Staatsanalyse

Die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa und der Wiener-Ansatz sehen aufgrund ihres Fokus auf Policy- und Politikanalyse eine Notwendigkeit darin, sich in ihrer staats-theoretischen Analyse zunächst von den zumeist dafür verwendeten Governance-Ansätzen abzugrenzen. Die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa sieht im Governance-Ansatz eine Art zeitgenössische neoliberale Regierungslehre, welche gesellschaftliche Konflikte als zu regierende Probleme wahrnimmt (vgl. Buckel et al. 2014: S. 21). Ein Grundproblem sehen die Autor*innen im Verständnis des Politischen innerhalb der Governance-Forschung. Demnach wird Politik mit staatlicher Problemlösung im Sinne eines vermeintlichen Gemeinwohls gleichgesetzt. Das weist auf eine grundsätzliche beziehungsweise relative Herrschaftsblindheit hin, denn wenn in der Governance-Forschung Herrschaft thematisiert wird, dann nur als staatliche Ausübung von Macht zur Durchsetzung politischer Entscheidungen in einem bestimmten Territorium. Staat wird in diesem Sinne sehr eng gefasst und teilweise nur als ausübendes Gewaltmonopol verstanden (vgl. ebd.: S. 23f). Eine historisch-materialistische Staatstheorie nehme im Vergleich zum Governance-Ansatz eine ganz andere Perspektive ein und stelle, ergänzt durch feministische und post-strukturalistische Debatten, die Kritik politischer Herrschaft in den Mittelpunkt der Analyse (vgl. ebd.: S. 21).

Besonders durch Internationalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse und die damit verbundene Privatisierung und Inwertsetzung von zuvor staatlichen Tätigkeiten konnte sich global ein Staatsverständnis durchsetzen, das dem Governance-Ansatz entspricht. Staaten werden als Koordinierungsorgane verstanden, welche idealerweise die mittlerweile ausgelagerten privatisierten Governance-Leistungen miteinander verbinden und aufeinander abstimmen. Das Politik- und Staatsverständnis von Policy- und Governance-Forschung und die darin enthaltene Blindheit für globale koloniale und patriarchale Machtasymmetrien trage – so die Kritik – stark zu einer Entdemokratisierung und zu einer Zuspitzung gesellschaftlicher Verhältnisse bei (vgl. Buckel et al. 2014: S. 24-26).

Der Wiener-Ansatz verortet sich zwar selbst in der Policy-Forschung, er spricht sich aber klar gegen die dominanten Ansätze davon aus. Brand et al. kritisieren die grundsätzliche Aufteilung von policy, politics und polity in drei voneinander getrennte ideelle Sphären, den Fokus auf staatliche Institutionen im engen Sinne, das positivistische Konzept des Policy-Cycle, das instrumentelle und naturalisierende Verständnis von Macht und die fehlende Analyse gesellschaftlicher Machtverhältnisse (vgl. Brand et al. 2022: S. 280-282). Die eigene Verortung in der Policy-Forschung bringt die Autor*innen dazu, sich aus einer affirmierenden

Perspektive mit anderen Ansätzen, wie zum Beispiel der Interpretativen Policy-Analyse, auseinanderzusetzen. Der weite Fokus auf Diskurse, Gesetzestexte, Problematisierungen und Regulierungen und deren kritische Einbettung in gesellschaftliche Verhältnisse ermöglicht es, Politiken beziehungsweise policies macht- und diskurstheoretisch zu analysieren. Die HMPA nimmt dazu ergänzend relativ autonome materielle Strukturen wie zum Beispiel gesellschaftliche Naturverhältnisse und (Re-)Produktionsverhältnisse in den Blick. Dem liegt vor allem ein komplexeres Staatsverständnis zugrunde, welches den Staat und seine Apparate als Ergebnis materialisierter sozialer Verhältnisse versteht (vgl. ebd.: S. 281-283).

Abseits des Verweises auf (Re-)Produktionsverhältnisse gibt es weder durch den Wiener-Ansatz noch durch die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa eine tieferliegende feministisch-intersektionale Auseinandersetzung mit beziehungsweise Kritik an der Policy-Forschung. Lediglich der Hessen-Ansatz bezieht sich mehrfach auf Sauer und betont die Wichtigkeit einer Kritik an Governance-Debatten aus feministisch-materialistischer Perspektive. Die steuerungsoptimistische und hierarchische Governance-Forschung trägt nach Sauer zu einer undemokratischen Privatisierung ehemals staatlicher Tätigkeiten bei. Dadurch entsteht ebenfalls eine gefährliche Neu-Definierung von Öffentlichkeit und Privatheit (vgl. Sauer 2011: S. 115, zitiert nach Buckel et al. 2014: S. 26). Eine fehlende Theoretisierung von Geschlecht und mehrdimensionalen Herrschaftsverhältnissen kann große Auswirkungen auf die Analyse in der HMPA haben. Gleichzeitig bieten die von Brand et al. angeführten dekonstruktivistischen und materialistischen Ansätze eine gute Möglichkeit sowohl die historisch-materialistische Policy-Analyse als auch das zugrunde liegende Staatsverständnis feministisch zu erweitern.

4.1.2 Widersprüche kapitalistisch-patriarchaler Staatlichkeit

Staatlichkeit und die Funktion von Staatsapparaten werden von Brand et al. als widersprüchlich, dynamisch sowie krisen- und konflikthaft beschrieben. Widersprüchlich an kapitalistischen Gesellschaften wird von diesen vor allem die Überakkumulation und Ausbeutung von Mensch und Natur bezeichnet, obwohl Staaten auf eine Reproduktion von Arbeitskraft und natürlichen Ressourcen angewiesen sind. Weitere beschriebene zentrale Widersprüche sind die Unvereinbarkeit verschiedener sozialer Klassen und Klassenfraktionen sowie die Abhängigkeit von unbezahlter Reproduktions- und Sorgearbeit. Die strukturellen Widersprüche legen einen krisenhaften Charakter des bürgerlichen Staates nahe. Staaten sind jedoch durch institutionalisierte Formen der Krisenerkennung und -bearbeitung in der Lage,

gesellschaftliche Verhältnisse zu stabilisieren, und bilden gemeinsam mit gesellschaftlichen Akteur*innen prozesshafte Regulationsregime (vgl. Brand et al. 2022: S. 282-285). Migrations- oder Geschlechterregime können durch eine detaillierte Analyse offengelegt werden und sind dadurch angreifbar für eine immanente Kritik oder radikale Analyse.

Mit Bezug auf die deutsche Staatsableitungsdebatte in den 1970er Jahren, Louis Althusser, Nicos Poulantzas, Antonio Gramsci und Joachim Hirsch geht die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa davon aus, dass der bürgerliche Staat die Funktion inne hat, kapitalistische Gesellschaften zu reproduzieren. Gleichzeitig gehen sie jedoch davon aus, dass der Staat aufgrund von strukturellen Widersprüchen permanent krisenhaft ist (vgl. Buckel et al. 2014: S. 26f). Mit Joachim Hirsch und Michel Foucault argumentiert der Hessen-Ansatz, dass der Staat beim Eingreifen in die oder dem Regulieren der gesellschaftliche(n) Reproduktion seine grundsätzliche Struktur beibehalte und gleichzeitig auf eine breitere Regulierungsapparatur von Mikropraktiken, Subjektivierungsweisen und zivilgesellschaftlichen Institutionen zurückgreife (vgl. ebd.: S. 26f). Im Gegensatz zu einzelnen oder gemeinschaftlichen Interessen entwickle sich der Staat als eine Instanz des vermeintlichen Gesamtinteresses, welches der Gesellschaft gegenüberstehe und als von ihr getrennt gelte. Nur aufgrund dieser „Verselbstständigung gegenüber den gesellschaftlichen Akteur_innen“ (ebd.: S. 28) und der damit verbundenen relativen Autonomie des Staates sei der Staat dazu in der Lage, zu einer Reproduktion widersprüchlicher Vergesellschaftung beizutragen.

Das in Governance-Ansätzen behauptete Gesamtinteresse hält die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa auch deshalb für eine Illusion, da ein solches in Staat und Gesellschaft materialisierte Herrschaftsverhältnisse negiere. Argumentativ beweisen sie das anhand von Geschlechterverhältnissen mit Rückgriff auf feministisch-materialistische Staatstheorie. So stellt die relative Autonomie beziehungsweise die Besonderung des Staates die vergeschlechtlichte Trennung zwischen auf der einen Seite öffentlicher, staatlicher, politischer und auf der anderen Seite privater, sorgender, reproduzierender familiärer Sphären her. Die dichotome Trennung in öffentlich/privat ist als strategische Selektivität in den Staat eingeschrieben und materialisiert sich zum Beispiel darin, welche gesellschaftlichen Themen als politisch relevant oder irrelevant gelten und wie politische und soziale Teilhabe ungleich ermöglicht oder verunmöglicht wird. Auf Basis dieser Selektivität prägt eine maskulinistische Rationalität jegliche staatliche Institutionen und Verfahren. Dieser Zustand und im Größeren auch die dichotome Trennung zwischen öffentlich und privat seien dabei jedoch keine natürliche Gegebenheit, sondern Ergebnis ewiger Auseinandersetzungen. Auf die

Erkenntnisse feministisch-materialistischer Staatstheorie aufbauend gehen Buckel et al. davon aus, dass der Staat nicht nur ein verdichtetes Klassenverhältnis darstellt, sondern ebenfalls ein Geschlechterverhältnis, welches er sowohl stabilisiert als auch hervorbringt (vgl. Buckel et al. 2014: S. 28f). Der eindeutige Bezug auf feministisch-materialistische Staatstheorie sowie die theoretische Beschäftigung mit Geschlechterverhältnissen ist keine Besonderheit in den Konzeptionen der HMPA, vielmehr wird immer wieder der Anspruch einer intersektionalen Analyse formuliert. Die hier dargelegte Argumentation der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa stellt dafür einen wichtigen Eckpunkt dar.

4.1.3 Der patriarchale Staat als Verdichtung gesellschaftlicher Herrschafts- und Kräfteverhältnisse?

Machtverhältnisse werden von der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa nicht in den Staatsapparaten verortet, sondern in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Demnach spiegeln sich die gesellschaftlich antagonistisch gegenüberstehenden Fraktionen und daraus ergebende Widersprüche auch in staatlichen Apparaten wider. Gesellschaftliche Fraktionen beziehen sich dabei wechselseitig auf spezifische Staatsapparate, welche sich wiederum auf die nahe stehenden gesellschaftlichen Akteur*innen beziehen. Dieses Zusammenspiel macht den Staat zu einem strategischen Feld, geformt durch komplexe Beziehungen (vgl. Buckel et al. 2014: S. 29f).

Die HMPA geht mit Bezug auf Poulantzas davon aus, dass der Staat weder neutral noch Werkzeug einer herrschenden Klasse ist, sondern relativ autonom von Ökonomie und (Re)Produktionsverhältnissen. (Brand et al. 2022: S. 284). Der Staat lässt sich als asymmetrisches Feld verstehen, auf welchem die gegensätzlichen Interessen der Akteur*innen organisiert, formuliert und in Kompromisse beziehungsweise Politiken übersetzt werden. Die Asymmetrie des Staates begründet der Wiener-Ansatz mit den materiellen Verdichtungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (vgl. ebd.: S. 284). Materielle Verdichtung bedeutet das Einschreiben von Kräfteverhältnissen vergangener Hegemoniekämpfe in die materielle Struktur des Staates (Gesetze, politische Einstellung der Beamt*innen, institutioneller Aufbau) und in seine Apparate (z. B. Ministerien, Zentralbank). Das Einschreiben gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse führt zu einer strukturellen Selektivität, also der ungleichen Möglichkeit, über den Staat Politiken zu formulieren (vgl. ebd.: S. 284).

Die Bezugnahmen auf den relativ autonomen Staat als asymmetrisches Feld sowie auf die strukturelle Selektivität des Staates bieten die Möglichkeit, eine feministisch-intersektionale Herrschaftsanalyse und Kritik zu betreiben. Durch die Vertreter*innen des Wiener-Ansatzes

wird jedoch nicht thematisiert, welche Herrschaftsverhältnisse in kapitalistischen Gesellschaften bestehen und bei einer Analyse zu beachten sind. Zudem bleiben die beispielhaft thematisierten geschlechtsspezifischen Asymmetrien und Selektivitäten durch den Wiener-Ansatz aus. Beide Ansätze weisen nicht auf die Notwendigkeit einer geschlechtsspezifischen Analyse des Staates hin.

Neben der Konzeption von Staatlichkeit nach Nicos Poulantzas bezieht sich die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa ebenfalls auf die Hegemonietheorie Antonio Gramscis (vgl. Buckel et al. 2014: S. 26). Die Autor*innen argumentieren, dass erst Gramscis Begriff der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse es ermöglichte, den Staat selbst zu theoretisieren und die Kontingenz des Staates zu erklären. Im bürgerlichen Staat wird Hegemonie durch Konsens hergestellt und gleichzeitig mit Zwang abgesichert. Hegemonie ist permanent umkämpft, wobei die Zivilgesellschaft den zentralen Ort der Austragung dafür darstellt. Die Zivilgesellschaft ist damit integraler Teil des Staates (vgl. ebd.: S. 31-33). Mit Bezug auf Terry Eagleton erklärt die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa, dass Hegemonie zu erlangen bedeutet, „eine moralische, politische und intellektuelle Führung im gesellschaftlichen Leben zu etablieren, indem man die persönliche ‚Weltanschauung‘ im ganzen Gewebe der Gesellschaft verbreitet“ (vgl. Eagleton 200: 137).

Der Wiener-Ansatz definiert eine hegemoniale Position als asymmetrischen Kompromiss zwischen Klassenfraktionen und Klassen sowie eine stabile Machtkonstellation, welche in der Lage ist, strukturelle Konflikte regelgeleitet zu lösen. Die Autor*innen gehen zudem davon aus, dass es zur Herstellung und Aufrechterhaltung von Hegemonie komplexe Formen der Wissensproduktion braucht. Weiter führen Brand et al. aus, dass der Staat über einen solchen Wissensapparat in Form von Forschungsabteilungen und think tanks verfügt und dadurch in der Lage ist, permanent Politiken innerhalb des staatlichen Terrains zu formulieren (vgl. Brand et al. 2022: S. 285). Die Autor*innen spezifizieren den Charakter hegemonialer Wissensproduktion allerdings nicht. Aus feministisch-intersektionaler Perspektive wohnt dominanter Produktion von Wissen ein patriarchaler und neokolonialer Bias inne, weshalb jene Forschungsansätze auch Erfahrungs- und Alltags-, aber auch theoretisches Wissen marginalisierter und nicht hegemonialer Akteur*innen für Analysen in Betracht ziehen (vgl. Ludwig/Sauer 2024: S. 25f).

Das Staatsverständnis der HMPA ist mit Gramsci und Poulantzas ein sehr breites, welches Staatlichkeit in gesellschaftliche Verhältnisse eingebettet sieht. Gleichzeitig ist die Struktur des Staates durch eine relative Autonomie charakterisiert. Sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch in den staatlichen Institutionen ist Geschlecht als zentrale Herrschaftskategorie

eingeschrieben. Ein hegemonietheoretischer Ansatz ermöglicht es, wie die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa argumentiert, vermeintliche Naturalisierungen von sozialen Verhältnissen wie zum Beispiel die Ideologie, Praxis und Privilegierung der Zweigeschlechtlichkeit zu erklären und damit auf strukturelle Machtverhältnisse und verfestigte Praxen hinzuweisen (vgl. Buckel et al. 2014: S. 33f). Buckel weist zudem in ihren rechts- und staatsrechtlichen Arbeiten darauf hin, dass sich Rechtsprechung analog zum Staat durch gesellschaftliche und juristische Auseinandersetzungen in Form von relativ autonomen Institutionen, Gesetzen und juristischen Intellektuellen festschreibt und somit ein eigenes Terrain formt, in dem um Hegemonie gerungen wird (vgl. Buckel 2007; 2011).

Das Staatsverständnis der HMPA und eine feministisch-intersektionale Perspektive auf dieses lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Das Staatsverständnis der HMPA baut auf kritischer Gesellschaftstheorie und materialistischer Staatstheorie auf und grenzt sich bewusst von liberalen Governance- und Policy-Ansätzen ab. Die Ansätze der HMPA verstehen den Staat als widersprüchliches, krisenhaftes und relativ autonomes Terrain. Der Staat stellt eine materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse dar und ist durch strukturelle Selektivitäten charakterisiert. Mit Bezug auf Poulantzas und Gramsci wird der Staat als umkämpftes Feld hegemonialer Auseinandersetzungen gefasst. Die HMPA betont zwar den Anspruch einer intersektionalen Analyse, doch bleibt eine konsequente Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen in vielen Arbeiten aus. Gerade feministisch-materialistische Ansätze zeigen jedoch, dass der Staat selbst durch geschlechtsspezifische Selektivitäten charakterisiert ist und deshalb nur durch eine feministisch-intersektionale Perspektive adäquat kritisiert werden kann.

4.2 Globaler Kontext: Transnationalisierung und Europäisches Staatsprojekt

Sowohl die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (2012; 2014; 2019) als auch weitere Autor*innen der HMPA (Brand et al. 2022; Syrovatka 2016; Wöhl 2019; Caterina 2018; Brand 2013) beschäftigen sich in ihrer Gegenwartsanalyse mit der Rolle des Nationalstaats in einem globalen Kontext. Neben dem Vorhaben einer Historisch-Materialistischen Policy- und Politikanalyse auf nationalem und transnationalem Terrain besteht also zusätzlich die Herausforderung, die Auswirkungen der Internationalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse staatsrechtlich zu fassen. Im Folgenden lege ich die Analysen zu Prozessen der Transnationalisierung und Internationalisierung innerhalb der HMPA dar und diskutiere sie aus einer feministisch-intersektionalen Perspektive.

4.2.1 Transnationalisierung

Unter Transnationalisierung versteht die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa den tiefgreifenden Wandel des Nationalstaates infolge globaler Umbrüche seit den 1970er Jahren. Der prozesshafte Wandel war geprägt durch die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, die Krise des fordistisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaates, die Etablierung einer „Neuen Internationalen Arbeitsteilung“ (Fröbel/Heinrichs/Kreye 1977) sowie durch die Durchsetzung neoliberaler Strategien (vgl. Kannankulam 2008: 107f). Mit dem Begriff der Transnationalisierung lassen sich aber auch über Grenzen hinweg stattfindende Streiks und internationale soziale Bewegungen beschreiben. Aus materialistisch-staatstheoretischer Perspektive wird ein dualistisches Verständnis von entweder internen nationalstaatlichen oder externen internationalen Prozessen abgelehnt, da sich im nationalen Staat auch internationale Kräftekonstellationen verdichten. Zudem bleibt der Nationalstaat für die Reproduktion kapitalistischer Herrschaft trotz Globalisierung weiterhin notwendig. Die Form, wie sich politische Kräftekonstellationen global institutionalisieren und gleichsam regulierend agieren, hat sich – wie unzählige Organisationen (IWF, WTO, ASEAN, EU) beweisen – jedoch stark verändert (vgl. Buckel et al. 2014: S. 34f). Die fehlende Demokratisierung internationaler Apparate und die starke Position transnationaler Kapitalfraktionen verfestigen bei einer gleichzeitig nicht in dieser Deutlichkeit existierenden internationalen Zivilgesellschaft bestehende Herrschaftsverhältnisse (vgl. ebd.: S. 35f).

4.2.2 Globale und transnationale Herrschaftsverhältnisse

Durch Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse hat sich ein Produktions- und Verteilungsmodell zugunsten Ober- und Mittelschicht im globalen Norden und zunehmend auch zugunsten und innerhalb von Schwellenländern des globalen Südens entwickelt. Ulrich Brand und Markus Wissen beschreiben diese Entwicklung als „imperiale Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017). Auch in Bezug auf Geschlechterverhältnisse beschreiben Buckel et al. die Tendenz der sich transnationalisierenden und kommerzialisierenden Reproduktionsarbeit, welche neue internationale Arbeitsteilungen wie zum Beispiel Care-Chains hervorgebracht haben (vgl. Buckel et al. 2014: S. 36f). Wie diffus sich diese Entwicklungen in Nationalstaaten und zuvor bestehende Geschlechterarrangements eingeschrieben hat, zeigt der oben diskutierte Beitrag von Ressel (2014). Die beschriebene flexible transnationale globale Arbeitsteilung schafft komplexe Formen von Ausbeutung und Ungleichverteilung, welche –

so meine These und Kritik – nur durch eine staatstheoretische intersektionale Analyse begriffen werden können.

4.2.3 Geschlechterverhältnisse im Europäischen Staatsprojekt

Im Bezug auf die Europäische Union identifiziert die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa einen Transnationalisierungs- und Integrationsprozess, den sie als ein europäisches Staatsapparate-Ensemble im Entstehen beschreibt. Die Autor*innen gehen davon aus, dass das Europäische Staatsprojekt keine Kohärenz aufweist, sondern vielmehr ein widersprüchliches Geflecht aus nationalen, transnationalen und europäischen Apparaten darstellt. Die dabei zentrale Funktion der unterschiedlichen Apparate⁵ ist es, durch Regulationen gesellschaftlicher Vielfachkrisen⁶ den europäischen Kapitalismus zu reproduzieren (vgl. Buckel et al. 2014: S. 37f). Das skizzierte Staatsapparate-Ensemble ist analog zum Nationalstaat durch eine strategische Selektivität und eine relative Autonomie geprägt und schafft dadurch ein neues strategisches Feld sowie die damit verbundenen Ausschlüsse und Gelegenheitsstrukturen. Aus geschlechtertheoretischer und intersektionaler Perspektive ergeben sich durch die Transnationalisierungs- und Integrationsprozesse neue Ambivalenzen, wie oben in den Beiträgen von Wöhl und Klatzer/Schlager (beide 2019) beschrieben. Gerade der Fokus auf die Ambivalenzen von zum Beispiel der Einführung von Gender Mainstreaming auf europäischer Ebene bei gleichzeitiger struktureller Sorglosigkeit⁷ (Lichtenberger/Wöhl 2020; Brand 2024) und Care Chains auf transnationaler Ebene könnte dabei helfen, eine intersektionale und feministische HMPA zu entwickeln.

Im Anschluss an das theoretische Staatsverständnis der HMPA und die Analyse des transnationalisierten Kontextes werde ich in den folgenden Unterkapiteln die Konzeption der HMPA als Forschungsansatz darlegen. Die spezifische Analyse gesellschaftlicher

5 Diese setzen sich aus nationalen Gerichten, Bürokratien, Zentralbanken und Gremien, aber auch aus europäischen Institutionen wie der Europäischen Kommission, der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex), der Europäischen Zentralbank oder dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zusammen.

6 Demirović et al. (2011) werben in ihrem Sammelband für die Verwendung des Begriffes der Vielfachkrise, um unterschiedliche Krisendynamiken in ihrem Zusammenhang zu analysieren. Als Ausgangspunkt machen sie den neoliberalen Finanzkapitalismus und die daraus resultierenden ökonomischen Krisen wie die sogenannte Finanz- und Wirtschaftskrise aus. Die Autor*innen erkennen aber, dass Krisenerscheinungen nicht nur auf einen ökonomischen Ursprung oder eine staatliche Krise reduzierbar sind und demnach jegliche gesellschaftliche Bereiche durchdringen. In einer späteren Publikation führt Demirović (2020) den Begriff der Denormalisierungskrisen ein und beschreibt damit die Konjunktur vier identifizierter Krisen (Finanzkrise, Flucht- und Migrationsbewegungen, Klimakrise, Corona-Krise). Die Care-Krise und die strukturelle Sorglosigkeit in kapitalistischen Gesellschaften werden bei der Beschreibung von Denormalisierungskrisen jedoch ausgelassen.

7 Aufbauend auf dem Begriff der „Sorglosigkeit“ des Kapitalismus (Aulenbacher/Dammayr 2014) wird die Nicht-Bearbeitung der kapitalistischen Reproduktionskrise auch als staatliche oder gesellschaftliche Sorglosigkeit beschrieben (Lichtenberger/Wöhl 2020; Brand 2024).

Kräfteverhältnisse sowie die Operationalisierung in Form von Kontext-, Akteurs- und Prozessanalyse betrachte ich dabei im Kontext feministisch-intersektionaler Kritik.

4.3 Analyse gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse

Die HMPA geht zentral der Frage nach, wie sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, also „die tendenziell unendlichen Akteurs- und Kräftekonstellationen mit ihren Myriaden von Handlungen, Taktiken und Strategien“ (Buckel et al. 2014: 43) analytisch fassen lassen. Um dieser Fragestellung nachzugehen und um herauszuarbeiten, wie sich sexistische, rassistische und kapitalistische Strukturprinzipien zeitlich und räumlich unterschiedlich in Institutionen einschreiben, hat die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa den Begriff der Hegemonieprojekte entwickelt (vgl. ebd.: S. 44). Für die Konzeptualisierung der Hegemonieprojekte greifen die Autor*innen auf bestehende Ansätze materialistischer Staats- und Europaforschung (u. a. Jessop 1990; Appeldoorn/Overbeek/Ryner 2003; Georgi/Kannankulam 2012) zurück. Bob Jessop hat auf Basis von Gramscis Hegemonietheorie, poulantzianischer Staatstheorie und Foucaults Diskurstheorie eine jeweils miteinander verbundene ökonomische, juristische und politische Sphäre ausgemacht, in welcher „Akteur_innen darum kämpfen, ihre Partikularinteressen zu verallgemeinern“ (Buckel et al. 2014: S. 44).

4.3.1 Hegemonieprojekte, Strategien und politische Projekte

Die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa beschreibt Hegemonieprojekte als „Bündel von Strategien, die ähnliche Ziele verfolgen“ (Buckel et al. 2014: S. 46). In Abgrenzung zu anderen politischen Projekten sind Hegemonieprojekte jene Projekte, die anstreben hegemoniale Projekte zu werden, aber noch keine Hegemonie erlangt haben. In Referenz zu Jessop geht die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa davon aus, dass Hegemonieprojekte Akkumulationsstrategien⁸ und ein Konzept zur Anordnung politischer Institutionen benötigen, um hegemonial zu werden, beides sei jedoch keine Voraussetzung dafür, ein Hegemonieprojekt zu bilden. Gesellschaftliche hegemonial zu werden setzt voraus, an bereits im Staat verdichtete Kämpfe und die damit verbundenen strukturellen Selektivitäten anzuknüpfen. Zugleich sind Strategien für die Einbindung gesellschaftlicher Fraktionen wichtig, um eine hegemoniale Position zu erlangen (vgl. ebd.: S. 45). Das Anknüpfen an

8 Die Autor*innen verweisen darauf, dass Akkumulationsstrategien jeweiliger Akteure vor dem Hintergrund der Aneignung und Abhängigkeit von unbezahlter vergeschlechtlichter Arbeit sowie rassistischer Arbeitsteilung analysiert werden sollten (vgl. Buckel et al. 2014: S. 45)

hegemoniale Vorstellungen und Handlungen in der Zivilgesellschaft sowie die Bündelung und Verallgemeinerung von Strategien sind für eine hegemoniale Position ebenfalls zentral (vgl. ebd.: S. 46f).

Die Hegemonieprojekte stellen eine analytische Konstruktion der HMPA dar. Um die jeweiligen Hegemonieprojekte analytisch voneinander unterscheiden zu können, müssen deren Strategien identifiziert werden, die diese vor dem Hintergrund des untersuchten Konflikts herausbilden. Das Ansetzen bei Strategien ist dabei bewusst gewählt, um zu vermeiden, dass jeweiliges Handeln von Akteur*innen aus deren gesellschaftlicher Position abgeleitet wird. Ausgebeutete Personen setzten sich nicht automatisch für ihre Arbeitsrechte ein, von Rassismus betroffene Personen kämpfen nicht gleichsam für die Abschaffung von eben jenem und FLINTA* streben nicht unmittelbar nach Gleichberechtigung. Strategien seien, so argumentiert die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa, empirisch nachweisbar und formen in ihrer Überschneidung analytisch abstrahierte Netzwerke von Akteur*innen, die sich positiv aufeinander beziehen oder sich voneinander abgrenzen. Hegemonieprojekte sind demnach eine materielle Aggregation von Akteurshandeln und unzähligen Strategien (vgl. Buckel et al. 2014: S. 46f). Hegemonieprojekte sind aber nicht zwingend homogen, sondern intern in einzelne Fraktionen gespalten. So könnte zum Beispiel ein liberal-feministisches Hegemonieprojekt anhand des Umgangs mit neokolonialen und rassistischen Care-Chains gespalten sein, während eine Einigkeit über Geschlechterquoten herrscht. Um als einigermaßen zusammenhängendes Hegemonieprojekt gelten zu können, wäre es jedoch wichtig, eine Kompromissbildung und eine gemeinsame Erzählung analytisch beobachten zu können.

Der Wiener-Ansatz kritisiert den Fokus auf Hegemonieprojekte der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Georgi/Kannankulam 2014; Buckel et al. 2017) und geht stattdessen davon aus, dass Konflikte und Politikfelder so spezifisch sind, dass Akteurskonstellationen und übergelagerte Hegemonieprojekte nicht notwendigerweise übereinstimmen können. Zudem könne bei den meist sehr technischen und kleinteiligen politischen und juristischen Prozessen nicht von einer Durchsetzung der eigenen Weltanschauung gesprochen werden. Der daraus resultierende Vorschlag des Wiener-Ansatzes ist es, die Akteur*innen zunächst in politische Projekte zu fassen und erst im weiteren Vorgehen deren Relation zu hegemonialen Konstellationen zu analysieren (vgl. Brand et al. 2022: S. 290f). Welche Auswirkungen ein Fokus auf politische Projekte anstatt auf Hegemonieprojekte für eine feministisch-materialistische Politikanalyse haben könnte, lässt sich an dieser Stelle nur vermuten. Die kleinteilige Analyse von Konflikten und Politiken könnte eine offenere Analyse zulassen, die

eine intersektionale Perspektive ermöglicht. Wenn jedoch Konflikte und Widersprüche ausschließlich in ihrer gegenwärtigen Erscheinung betrachtet werden, besteht die Gefahr, historische Ungleichheitsstrukturen aus dem Blick zu verlieren. Im Folgenden werden die durch den Hessen-Ansatz vorgeschlagenen Ressourcenkategorien dargelegt und aus einer feministische-intersektionalen Perspektive kontextualisiert.

4.3.2 Ressourcen als zentrale Bestimmungskategorie im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis

Um herauszufinden, welche Position die jeweiligen Hegemonieprojekte in einem spezifischen Konflikt einnehmen, ist es laut der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa notwendig, die Hegemonieprojekte in ihrem Kräfteverhältnis, also in Relation zu anderen Hegemonieprojekten, zu analysieren. Herrschaftsverhältnisse, Hegemonie und Kräfteverhältnisse sind nicht ausschließlich von Klassenkämpfen geprägt, sondern werden multidimensional hergestellt, reproduziert oder finden multidimensional statt. Die postulierte Multidimensionalität zu fassen sieht die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa als große Herausforderung an und formuliert als Lösungsvorschlag verschiedene Ressourcenkategorien, anhand welcher die politischen Projekte charakterisiert und verglichen werden können (vgl. Buckel et al. 2014: S. 49):

Organisatorische Ressourcen (Bükratien, Finanzen, Taktiken, Erfindungsreichtum und Militär) stellen die direkten Charakteristika, Fähigkeiten und Attribute der Akteur*innen dar, welche mobilisiert werden können (vgl. Buckel et al. 2014: S. 49). Vor dem Hintergrund einer feministisch-intersektionalen Kritik fällt auf, dass bis auf das Entwickeln von Taktiken und ein Besitzen von Erfindungsreichtum organisatorische Ressourcen besonders jene Aspekte von Staatsapparaten oder anderen Institutionen beschreiben, welche bereits stark von Herrschaftsverhältnissen geprägt sind und eine starke Selektivität aufweisen. Die Möglichkeit, organisatorische Ressourcen zu besitzen oder zu entwickeln, ist für feministisch-intersektionale Akteur*innen demnach stark begrenzt, da Militär, Kapitalfraktionen, Bürokratien, Medienlandschaft und Kultur einen patriarchalen Bias haben.

Die Kategorie *Systemische Ressourcen* beschreibt die Konfliktfähigkeit von Akteur*innen. Mit Bezug auf Offe ist damit die Fähigkeit gemeint, „eine systemrelevante Leistungsverweigerung glaubhaft anzudrohen“ (vgl. Buckel et al. 2014: S. 50). Als Beispiele führt die Forschungsgruppe Staatsprojekt die Möglichkeiten von Kapitalfraktionen an, durch Personalkürzungen, Standortverlegungen oder De-Investment Druck aufzubauen, oder die Möglichkeit von Arbeiter*innen, durch betriebliche Streiks und Straßenblockaden

Produktions- und Logistikketten zu durchbrechen. Der Hessen-Ansatz erwähnt ebenfalls die Möglichkeit eines Bestreikens unbezahlter Sorge- und Reproduktionsarbeit sowie des Bestreikens prekärer Beschäftigungen, in welche zumeist Migrant*innen und FLINTA* gedrängt werden (vgl. ebd.: S. 50). Aus der Perspektive einer feministisch-intersektionalen Kritik ist der Analysevorschlag systemischer Ressourcen zu begrüßen. Das Beispiel eines verbindenden Streiks von prekärer und unbezahlter Sorgearbeit ermutigt zu einer intersektionalen Herrschaftsanalyse, die sich solidarisch mit globalen feministischen Bewegungen erklärt, und ermöglicht es gleichzeitig, die Bestrebungen eines feministischen Streiks als Ressource in einem gesellschaftlichen Kräfteverhältniss zu fassen.

Diskursive, ideologische und symbolische Ressourcen beschreiben die Fähigkeit, Anliegen, Vorschläge und Strategien der Akteur*innen mit gesellschaftlichen Symbolen und Diskursen zu verbinden. Als Beispiel formuliert die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa das Verknüpfen von eigenen Forderungen eines politischen Projekts mit bereits bestehenden Menschenrechtsdiskursen. Der Erfolg eines Projektes ist wiederum davon abhängig, welche Diskurse und Narrative bereits von großen Bevölkerungsteilen getragen werden (vgl. Buckel et al. 2014: S. 50). Die diskursiven, ideologischen und symbolischen Ressourcen bringen mehrere Schwierigkeiten für emanzipatorische Politik mit sich. Bestehende gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse führen zum einen dazu, dass rassistische, sozialchauvinistische oder antifeministische Vorhaben besser umsetzbar sind. Zweitens erlaubt der Bezug auf liberale Menschenrechtsdiskurse zwar eine immanente Kritik an bestehenden Ungleichheiten; Ohne eine intersektionale Analyse besteht aber die Gefahr, dass zum Beispiel die feministische Forderung nach Gewaltschutz nur selektiv auf Staatsbürger*innen angewendet wird.

Institutionelle beziehungsweise strategische-strukturelle Selektivitäten beschreiben die materiellen Verdichtungen früherer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, die sich bereits in sozialen, ökonomischen und politischen Institutionen, Gesetzen und Alltagspraxen manifestiert haben. Die Machtressourcen von Hegemonieprojekten hängen deshalb stark davon ab, inwiefern deren Strategien mit institutionellen Selektivitäten übereinstimmen (vgl. Buckel et al. 2014: S. 50). Anhand der Selektivitäten zeigt sich die Schwierigkeit einer gesellschaftlichen Transformation innerhalb eines Staates, in welchen maskulinistische und rassistische Strukturen eingeschrieben sind. Gleichzeitig wird deutlich, dass eine Transformation strategisch-struktureller Selektivitäten ebenfalls möglich ist. Gerade der Aspekt, dass alltägliche Subjektivierungsprozesse laut der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa auch zu einer institutionellen Selektivität wechselwirkend beitragen (vgl. ebd.: S. 51), schafft die Möglichkeit, auch auf dieser Ebene emanzipatorische Kämpfe zu führen.

Feministisch-intersektionale Perspektiven zeigen auf, dass Subjektivierungsprozesse sowohl repressiv als Selbstregierung als auch emanzipatorisch als Selbstpositionierung existieren. Beispielhaft bewegt sich die Analyse von politischen Projekten innerhalb gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse also in einem Spannungsfeld, hegemoniale Heterosexualität als Selektivität anzuerkennen, diese gleichzeitig aber auch radikal in Frage stellen zu können, ohne dabei das Potential transformativer Alltagspraxen überzubewerten.

4.3.3 Nicht-hegemonieorientierte Strategien und die relative »Autonomie der Sorge«

Für die weitere Analyse von Kräfteverhältnissen unterscheidet die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa hegemonieorientierte von nicht-hegemonieorientierten Strategien. Die Autor*innen zeigen auf, dass Handlungen und Strategien nicht ausschließlich intendiert sind, sondern auch unbewusst vollzogen werden und dadurch indirekt in gesellschaftliche Kräfteverhältnisse eingehen (vgl. Buckel et al. 2014: S. 51). Neben den hegemonieorientierten Strategien sind transformative *gegenhegemoniale Strategien*⁹ und Herrschaft ablehnende *antihegemoniale Strategien* meist intendiert und zielgerichtet. *Escape-Strategien* und *Resignation*¹⁰ werden von der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa hingegen als Alltagspraktiken klassifiziert, die kein Interesse an Kämpfen um/gegen Hegemonie haben, jedoch zu diesen beitragen. Unter dem Begriff der *Escape-Strategien* werden jene vielfältigen Praxen zusammengefasst, die sich hegemonialer Ordnung entziehen, diese untergraben oder erst offenlegen. Deutlich macht das die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa anhand der relativen »Autonomie der Migration«, welche in ihrer Eigensinnigkeit Kontrollregime entlarvt und diese zum Reagieren zwingt (vgl. ebd.: S. 52). Analog dazu könnte aus einer feministisch-intersektionalen Perspektive von einer relativen »Autonomie der Sorge« gesprochen werden. Die alltäglichen Praxen der Sorge weisen – wenn auch oft im Negativen – auf ein vergeschlechtlichtes und rassifiziertes Care-Regime hin und legen die strukturelle Sorglosigkeit des Staates offen. Für eine Vergleichbarkeit mit der »Autonomie der Migration« müssten jedoch mehrere Fragen geklärt werden, die ich hier über eine oberflächliche Beschäftigung hinaus nicht beantworten könnte. So müsste zum Beispiel gefragt werden, inwieweit Care-Praktiken die Geschichte vorantreiben und auf welche Weise sich staatliche Gesetzgebungen an Praktiken der Sorge anpassen.

9 Gegenhegemoniale Strategien sind nicht grundsätzlich progressiv. Auch Strategien für eine Etablierung einer konservativen oder reaktionären Hegemonie werden dabei umfasst.

10 Als Resignation versteht die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa verschiedene Formen passiver Haltung gegenüber einer hegemonialen Ordnung. Die Praxis des ‚sich heraus Ziehens‘ wirkt dabei herrschaftsstabilisierend, lässt sich aber nicht als Teil einer hegemonialen Strategie begreifen (vgl. Buckel et al. 2014: S. 52).

4.3.4 Feministisch-intersektionale Analyse multidimensionaler Herrschaftsverhältnisse

Die theoriegeleitete Bestimmung von politischen Projekten anhand von Strategien und Praxen sowie die Analyse des Kräfteverhältnisses anhand von gesellschaftlichen Ressourcen bringen sowohl einige Möglichkeiten als auch einige Schwierigkeiten und Fragen für die Konzeption einer intersektionalen und feministisch-materialistischen Politikanalyse mit sich. Die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa thematisiert in ihrem vorgeschlagenen Konzept immer wieder die Gegebenheit mehrdimensionaler Herrschaftsverhältnisse und verweist damit auf ein intersektionales Analysevermögen. Geschlechtertheoretische Ansätze könnten ergänzen, wie zum Beispiel ungleiche soziale Zugangsmöglichkeiten und Ausbeutungsverhältnisse den meisten Akkumulationsstrategien und Konzepten von Staatlichkeit inhärent sind und mit welchen Widersprüchen das Erkämpfen sozialer Rechte verbunden ist.

Einige Aspekte der konzeptionellen Analyse von Kräfteverhältnissen sind für eine feministisch-intersektionale Herangehensweise positiv zu bewerten: Herrschaftsverhältnisse und damit auch Kräfteverhältnisse sind in der HMPA multidimensional konzipiert, während politisches Handeln nicht funktional aus der gesellschaftlichen Position heraus abgeleitet wird, sondern unter anderem auf Basis von materiellen Bedingungen, Ideologie, Diskursen und Affekten. Zudem zeichnen die Ressourcenbestimmungen und das Miteinbeziehen von nicht-hegemonieorientierten politischen Projekten und Praxen ein detailliertes – sowie ernüchterndes – Abbild davon, wie widersprüchlich eine progressive Transformation im oder gegen den Staat ist und welche Gelegenheitsstrukturen dafür existieren. Im folgenden Unterkapitel betrachte ich die von der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa vorgeschlagenen Operationalisierungsschritte der Kontext-, Akteurs- und Prozessanalyse. Die Analyseschritte werde ich zudem aus der Perspektive einer feministisch-intersektionalen Kritik ergänzen.

4.4 Die Operationalisierung der HMPA

Die theoretischen Überlegungen historisch-materialistischer Staatstheorie sowie die Konzeption der Hegemonieprojekte in eine empirische Forschung zu überführen, werden durch den Hessen-Ansatz als große Herausforderung angesehen. Die Autor*innen gehen davon aus, dass kritische Gesellschaftstheorie in ihrer Empirie zu einer starken Überkomplexität neigt, und wirken der Komplexität mit ihrem Analysevorschlag entgegen.

Für eine Operationalisierung schlägt die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa die drei Schritte der Kontext-, Akteurs- und Prozessanalyse vor. Das Zusammenspiel und die Abfolge der drei Analyseschritte können je nach Analysefokus und untersuchtem gesellschaftlichen Bereich spezifisch angepasst werden (vgl. Buckel et al. 2014: S. 53). Ergänzend zu der von der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa entworfenen Analyse schlagen Brand et al. den methodologischen Ansatz der Retroduktion (Belfrage/Hauf 2017) vor, welcher abstrakte Theorie und konkrete Empirie stärker zueinander in ein Verhältnis setzt und gleichzeitig die subjektive und soziale Position der analysierenden Person reflektiert. Brand et al. sehen die dreistufige Analyse nicht als lineares Forschungsprogramm an, sondern bezeichnen die jeweiligen Schritte als mögliche Eintritte in einen Forschungsprozess (vgl. Brand et al. 2022: S. 286f). Im Folgenden werde ich die Operationalisierung der HMPA anhand der durch die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (2014) vorgeschlagenen drei Analyseschritte näher beschreiben. Die Analyseschritte habe ich jeweils durch die Erweiterungen durch den Wiener-Ansatz (Brand et al. 2022) ergänzt. Für eine Ausdifferenzierung meiner vorangestellten These werde ich Kontextanalyse, Akteursanalyse und Prozessanalyse zudem einer intersektionalen und feministischen Kritik unterziehen.

4.4.1 Feministisch-intersektionale Perspektiven auf die Operationalisierung der HMPA

Sowohl Brand et al. als auch die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa machen den Vorschlag, die Analyse je nach Forschungsfeld und -interesse spezifisch anzupassen, und formulieren die Notwendigkeit einer Komplexität reduzierenden Analyse (vgl. Buckel et al. 2014: S. 53; vgl. Brand et al. 2022: S. 286f). Den Versuch, die Überkomplexität gesellschaftstheoretischer Ansätze für die empirische Untersuchung von gesellschaftlichen Konflikten und deren Interaktion mit Staatlichkeit und Herrschaftsverhältnissen zu reduzieren, halte ich aus einer forschungspragmatischen Perspektive für nachvollziehbar. Was das konkret für die intersektionale Analyse multidimensionaler Herrschaftsverhältnisse bedeutet, wirkt sich auf die Ansätze der HMPA jeweils unterschiedlich aus. Während zum Beispiel Buckel bereits 2012 anhand von Klasse, Geschlecht, Nord-Süd-Verhältnis und Ethnizität eine intersektionale Kapitalismusanalyse vollzieht (vgl. Buckel 2012), geht der Wiener-Ansatz kaum auf intersektionale Herrschaftsverhältnisse ein.

Zu Beginn meiner Arbeit bin ich davon ausgegangen, dass die Argumentation der Autor*innen, Komplexität zu reduzieren und nur bestimmte Herrschaftsverhältnisse zu fokussieren, vor dem Hintergrund intersektionaler und feministischer Kritik kritisch zu sehen ist. Eine solche Vorgehensweise könnte die Multidimensionalität und die Wechselwirkungen

von Herrschaftsverhältnissen außer Acht lassen und so den Erkenntnisgewinn reduzieren. Im Gegensatz zum theoretischen Anspruch der beiden Ansätze der HMPA, so meine These, besteht also die Gefahr einer Analyse, die eben nicht jegliche gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne einer intersektionalen und feministisch-materialistischen Staatstheorie fassen will und kann. In den anschliessenden Abschnitten werde ich diese Thesen anhand der Operationalisierung der HMPA überprüfen.

4.4.2 Die Kontextanalyse der HMPA als Ort feministischer Theoretisierung

Die Kontextanalyse untersucht nach der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa den historischen, strukturellen und materiellen Charakter eines spezifischen gesellschaftlichen Konflikts. Entgegen einer positivistischen und von anderen Verhältnissen isolierenden Betrachtung geht es den Autor*innen um eine vielschichtige Herrschaftskritik, bei gleichzeitigem Aufzeigen, dass diese Herrschaft „Ergebnis von kontingenten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist“ (Buckel et al. 2014: S. 54). Herausgearbeitet wird, welche gesellschaftlichen Bedingungen zu einem Konflikt geführt haben, wie diese Bedingungen historisch entstanden sind und welche Konjunkturen die soziale Auseinandersetzung bereits durchlaufen hat. Zuletzt werden laut den Autor*innen die identifizierten gesellschaftlichen Strukturen und Konjunkturen auf das bestehende Kräfteverhältnis angewendet (vgl. ebd.: S. 54f). Der Wiener-Ansatz greift die Konzeption der Kontextanalyse in ihrem Grundsatz auf. Er ergänzt jedoch, dass es die Aufgabe der Kontextanalyse sei, sowohl Krisentendenzen und Widersprüche eines Politikfeldes herauszuarbeiten, als auch die Prozesse von Problematisierungen durch soziale Akteure im Kontext struktureller Selektivitäten und relativer Autonomie zu identifizieren. Zudem betonen Brand et al. die Notwendigkeit gesellschaftliche Naturverhältnisse in die Analyse mit einzubinden, sowie die Konjunkturen eines Konfliktes mit periodenartigen Entwicklungen kapitalistischer Strukturen zusammen zu denken (Brand et al. 2022: S. 289).

Das von der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa in der Kontextanalyse verwendete prozesshafte und multidimensionale Verständnis von Herrschaft ist aus der Perspektive einer feministisch-intersektionalen Herrschaftskritik zu begrüßen. Der Fokus auf die Materialität und Historizität gesellschaftlicher Konflikte ermöglicht es, Herrschaftsverhältnisse zu dekonstruieren und ihre materielle Basis und Wirkweise zu bestimmen. Die Kontextanalyse ist folglich der Ort, an welchem eine feministische Theoretisierungen des Staates und eine intersektionale Herrschaftskritik ihren Platz in der HMPA haben beziehungsweise haben

können. Eine für die feministische Staatstheorie sehr wichtige Auseinandersetzung damit, wie Subjekte mit Staatlichkeit interagieren, bleibt in der Kontextanalyse jedoch aus.

Die oben angeführte These, dass eine Untersuchung eines spezifischen Konflikts im Sinne der HMPA Gefahr läuft, Herrschaftsverhältnisse selektiv in den Blick zu nehmen, bestätigt sich in der Kontextanalyse somit nicht oder nur in Teilen. Den Analysierenden wird zwar eine große analytische Freiheit darin eingeräumt, anhand von Sekundärliteratur den Kontext eines Konfliktes zu bestimmen, gleichzeitig wird aber deutlich gemacht, dass Herrschaftsverhältnisse in ihrer Kontingenz und Vielschichtigkeit zu bestimmen sind. Eine intersektionale Analyse wird durch den Fokus auf eine historisch-materialistische Herrschaftskritik und -analyse sowie die Dekonstruktion gesellschaftlicher Konflikte begünstigt. Gleichzeitig wird die Vorgehensweise in der Kontextanalyse – primär aufgrund der Offenheit des Forschungsansatzes – sehr abstrakt beschrieben, wodurch eine klare Benennung von Herrschaftsverhältnissen ausbleibt. Lediglich gesellschaftliche Naturverhältnisse und die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Strukturen werden bei Brand et al. gezielt benannt.

4.4.3 Die Akteursanalyse und das Ausbleiben feministischer Subjekttheorien

Bei der Akteursanalyse geht es laut der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa vor allem um die Frage, welche gesellschaftlichen Akteur*innen mit welchen Strategien auf einen spezifischen sozialen Konflikt reagieren. Es geht hier darum, die Komplexität der abstrakten theoretischen Analyse zu reduzieren sowie die Vielzahl der konfligierenden Strategien bis hin zur inneren Heterogenität der Akteur*innen¹¹ thesenhaft darzustellen. Im Rahmen der Akteursanalyse werden also Thesen über die zentralen konfligierenden Strategien von Akteur*innen innerhalb eines Zeitraums und in Bezug auf einen Konflikt aufgestellt. Dazu gehört auch zu analysieren, welche Strategien in ihrer Aggregation ein Hegemonieprojekt darstellen, welche Charakteristika die Hegemonieprojekte aufweisen und welche Stellung die Hegemonieprojekte im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis haben. Die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa empfiehlt für die Akteursanalyse im Gegensatz zur Kontextanalyse, nicht ausschließlich Sekundärliteratur zu verwenden, sondern sich zudem auf Primärquellen und Feldforschung zu fokussieren (vgl. Buckel et al. 2014: S. 55-58).

11 Buckel et al. weisen darauf hin, dass Akteur*innen anhand einzelner Positionen innerhalb einer Organisation unterschiedlichen Projekten zugeordnet werden können. Zu einer ausführlichen Analyse dieser Spaltungslinien, zum Beispiel innerhalb von Gewerkschaften, verweisen diese auf die Analyse Saida Ressels (2014).

Aus der Perspektive feministisch-intersektionaler Kritik stellt sich die Frage nach einer möglichen emanzipatorischen Herrschaftskritik innerhalb der Akteursanalyse. Die Bündelung von zentralen Strategien als Hegemonieprojekte und die Strukturierung der Analyse begünstigen eine Komplexitätsreduktion. Gleichzeitig ermöglicht die genaue Identifikation von Strategien eine Abkehr davon, Handlungen und politische Positionen von der gesellschaftlichen Position jeweiliger Subjekte abzuleiten. Beide Aspekte können einen Beitrag dazu leisten, abstrakte Theorie zu operationalisieren und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse herauszuarbeiten. Eine Herausforderung erscheint es hierbei, nicht nur deskriptiv zu arbeiten, sondern innerhalb der thesenhaften Analyse auch auf jene Dynamiken zu achten, wie Subjekte und deren Handeln durch materielle Bedingungen, Staatlichkeit und Regierungsweisen geformt werden beziehungsweise dadurch bedingt sind.

Wie sich die identifizierten Strategien mit den theoretisch analysierten Herrschaftsverhältnissen verbinden lassen, ist auch für die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa eine wichtige Frage: Die Autor*innen gehen davon aus, dass Herrschaftsverhältnisse unter anderem in den Ressourcen und in der Stellung der Akteur*innen im Kräfteverhältnis sichtbar werden. Sie stellen zudem fest, dass Dynamiken herauszuarbeiten sind, welche bereits zu einer Marginalisierung von Akteur*innen geführt haben (vgl. Buckel et al. 2014: S. 58). Die Akteursanalyse lässt jedoch eine klare Positionierung an der Seite von Marginalisierten aus. Zudem werden die zuvor theoretisch herausgearbeiteten nicht-hegemonieorientierten Strategien nicht strukturell in die Akteursanalyse mit eingebunden. Gegenhegemoniale Strategien, Escape-Strategien und Resignation sind zwar schwer Hegemonieprojekten zuordenbar und bilden auch keine eigenen, sie spielen aber dennoch eine Rolle im Kräfteverhältnis, die es zu bestimmen gilt.

Brand et al. ergänzen den Operationalisierungsvorschlag der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa um die Frage, auf welche Weise und warum Situationen überhaupt problematisiert werden (vgl. Brand et al. 2022: S. 289). Dieser Ansatz ermöglicht es, nach Machttechniken zu fragen und diese zu dekonstruieren. Um das Verhältnis zwischen ausgemachten Akteur*innen und bestehenden Herrschaftsverhältnissen zu analysieren schlägt der Wiedner-Ansatz mit Biellers (2014) Kritik vor, die zugrundeliegenden Interessen sozialer Klassen und anderer sozialer Kräfte mit einzubeziehen. Weiter argumentieren die Autor*innen, dass Konflikte als von Klassenkämpfen durchdrungen verstanden werden müssen um Kämpfe über soziale Reproduktion oder Naturverhältnisse analysieren zu können (vgl. Brand et al. 2022: S. 289f). Brand et al. argumentieren weiter, dass soziale Kämpfe im Staat selten in Klassenauseinandersetzungen vorkommen sondern eher in Form von spezifischen

Kompromissen zwischen Interessensgruppen und Apparaten. Mit Bezug auf Stuart Hall (1977) formulieren soziale Klassen, wenn sie als solche auftreten, bereits eine Lösung für jeweilige Konflikte, die nicht in Kompromisse eingeeht werden können (vgl. Brand et al. 2022: S. 290f). Diese Perspektive führt die Autor*innen zu dem Schluss, dass es sich die Akteursanalyse zur Aufgabe machen sollte, den Zusammenhang zwischen sozialen Kräften, materiellen Kräften und politischen Akteuren zu identifizieren.

Der Vorschlag, soziale Positionen mit einzubinden, ist aus der Perspektive feministisch-intersektionaler Kritik eine sinnvolle Ergänzung. Um zu erfassen, wie sich multidimensionale Herrschaftsverhältnisse und materielle Bedingungen in Subjekte, deren Handeln und deren Strategien einschreiben, ist es aber unerlässlich, sich von dem reinen Fokus auf Klassenverhältnisse zu lösen. Wie von Brand et al. vorgeschlagen müssen Akteur*innen in ihrem Verhältnis zu Klassenverhältnissen, sozialer Reproduktion und gesellschaftlichen Naturverhältnissen gemeinsam analysiert werden. Hier wäre es jedoch notwendig, über eine ökonomistische Analyse von Geschlecht hinauszugehen, die sich lediglich auf soziale Reproduktion beschränkt. Mit Bezug auf den Vorschlag des Hessen-Ansatzes bleibt es gleichzeitig wichtig, auch jene Konstellationen im Blick zu behalten, in welchen soziale und politische Positionen nicht übereinstimmen.

Die oben aufgestellte These, dass die Analyse eines bestimmten Konflikts und spezifischer Akteur*innen Gefahr läuft, Herrschaftsverhältnisse selektiv in den Blick zu nehmen, lässt sich in Bezug auf die vorgeschlagene Akteursanalyse nur in Teilen bestätigen. Die ausführliche Identifikation von Strategien, Positionen, Handlungen und Akteur*innen ermöglicht eine umfassende Auseinandersetzung mit Ungleichheitsstrukturen. Gleichzeitig erlaubt die Akteursanalyse ein Ausbleiben radikaler Analyse und Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse und ignoriert Subjektivierungsprozesse und Regierungstechniken. Das zentrale Problem der analytischen Verknüpfung von Strategien und Herrschaftsverhältnissen ist den Autor*innen der HMPA bekannt – Feministische Staatstheorie und intersektionale Kritik könnten helfen, die Akteursanalyse um eine staatstheoretische Beschäftigung mit Subjektwerdung und Subjekthandeln zu ergänzen.

4.4.4 Die Prozessanalyse als offenes Ende

Als letzten Schritt verbindet die Prozessanalyse nach dem Vorschlag der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa beide vorangegangenen Analysen und zeichnet die komplexen Prozesse eines untersuchten Konfliktes phasenhaft nach. Der Fokus liegt dabei zum einen darauf,

welche identifizierten Projekte mit welchen Handlungen und Strategien um Hegemonie kämpfen, und zum anderen zeigt die Prozessanalyse auf, wie sich strukturelle Bedingungen auf die Fähigkeit der Akteur*innen auswirken, Hegemonie zu erlangen (vgl. Buckel et al. 2014: S. 58). Die Prozessanalyse wird meist historisch durchgeführt – angefangen bei den verschiedenen formulierten Problemdefinitionen hin zu einer materiellen Verdichtung der Kräfteverhältnisse in den Staatsapparaten.

Die vorgeschlagene Prozessanalyse der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa ist sehr knapp gehalten und schlägt primär eine Zusammenführung der beiden vorangegangenen Analyseschritte und eine historische Darstellung eines Konfliktes anhand der theoretischen Konzepte der HMPA vor. Brand et al. kritisieren, dass die Prozessanalyse zu ungenau beschrieben ist und schlagen vor, den beobachteten Prozess stärker mit Kontext und Akteur*innen zu verweben. Beispielsweise könne im Einzelnen analysiert werden, wie sich strukturelle Selektivitäten auf gesellschaftliche Strukturen, auf technische Prozesse, auf Diskurse und auf Akteur*innen auswirken (vgl. Brand et al. 2022: S. 291f).

Im Bezug auf die vorgeschlagene Prozessanalyse lässt sich die zu Beginn formulierte These, dass die Untersuchung eines bestimmten Konfliktes und der darin agierenden Akteur*innen das Risiko birgt, Herrschaftsverhältnisse nur selektiv zu betrachten, erneut nur in Teilen oder nicht bestätigen. Vielmehr erscheint mir die durch den Wiener-Ansatz angebrachte Kritik, dass die Prozessanalyse allgemein zu unpräzise formuliert ist, weiterhin als treffend. Die Frage, welche Aspekte eines historischen Prozesses untersucht werden bleibt weiterhin unklar. Geht es hauptsächlich um ein akkurates historisches Nachzeichnen des Konflikts? Geht es darum einen Diskurs zu dekonstruieren und die darin zugrundeliegenden Herrschaftsverhältnisse offen zu legen? Kann es auch darum gehen, die strukturelle und physische Gewalt von prozesshaften Regierungsweisen und Techniken innerhalb eines Konfliktes aufzuzeigen? Auf welche Weise und mit welcher Kritik sich Forschende zum Beispiel Geschlechterpolitiken in europäischen Institutionen, die alltägliche Herstellung von Geschlecht, Reproduktionsregime und hegemoniale Männlichkeitsstrukturen anschauen macht einen großen Unterschied. Die analytische Herangehensweise hat eine Auswirkung darauf, ob eine Herrschaftskritik und -analyse mehrdimensional, intersektional und materialistisch ist. Die Offenheit der vorgeschlagenen Prozessanalyse bringt entgegen der Kritik auch viele Chancen mit sich – feministisch-intersektionale Herrschaftskritik könnte die Lücken schließen, welche hier von der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa, aber auch

durch den Wiener-Ansatz offen gelassen wurden.¹² Im kommenden Kapitel stelle ich zentrale Ansätze feministisch-materialistischer und intersektionaler Staatstheorie vor und gehe zudem auf Konzepte queerfeministischer Kapitalismusanalyse ein.

12 Die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa ist sich dessen bewusst, dass die Konzeptualisierung der HMPA nicht in der von ihr gewünschten Tiefe durchgeführt werden konnte. Dementsprechend wünscht sich das Autor*innenkollektiv explizit ein weiterarbeiten an ihren Vorschlägen (vgl. Buckel et al. 2014: S. 59).

5. Feministisch-materialistische Staatstheorie

Die Beschäftigung mit Staatlichkeit beziehungsweise mit der Rolle und dem politischen Charakter des Staates hat in feministischer Theoriebildung spätestens seit den 1990ern an Bedeutung gewonnen. Während in Theoretisierungen der ersten und zweiten feministischen Welle der Staat jedoch vor allem als patriarchal an sich und eine genauere Beschäftigung mit Staatlichkeit als nicht notwendig galt, kritisierten Feminist*innen wie Catherine MacKinnon (1989) das Ausbleiben einer feministischen Theoretisierung des Staates. Einige im deutschsprachigen Raum zentrale Ansätze, welche feministische Theorie mit einem poulantzianischen Staatsverständnis verweben, habe ich bereits in der Ausgangslage und der Literaturübersicht ausführlich dargelegt und diskutiert (siehe *Kapitel 3.7*). In jenen von mir diskutierten Ansätzen wird versucht, staats-theoretisch-materialistische Analysen um eine feministische Theoretisierung zu erweitern oder poulantzianische Ansätze für feministische Theorien brauchbar zu machen. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit Erkenntnissen und Debatten feministisch materialistischer Staatstheorie findet jedoch nicht statt. Um herauszuarbeiten, welche Erkenntnisse feministisch-materialistischer und intersektionaler Staatstheorie in eine HMPA integriert werden können, werde ich im Folgenden zentrale Debatten und Begriffe nachzeichnen. Dabei beziehe ich mich nicht ausschließlich, aber zu einem großen Teil auf die Arbeiten und Analysen Sauers. Sauer interveniert auf der einen Seite gleichsam in die Felder der materialistischen Staatstheorie und der feministischen Theorie und auf der anderen Seite führt sie verschiedene strukturalistische und post-strukturalistische Theoriestränge zusammen – mit dem Ziel einer intersektionalen Staatsanalyse.

5.1 Staat und Staatlichkeit in feministisch-materialistischer Theorie

Laut Sauer hatten es sich die seit den 1990ern entstandenen feministischen staats-theoretischen Debatten zum Ziel gemacht, „die Ambivalenzen staatlicher Interventionen in Geschlechterarrangements analytisch zu fassen“ (vgl. Sauer 2018b: S. 178) und damit zu erarbeiten, wie Identitäten, staatliche Institutionen, Geschlechterverhältnisse und Diskurse hervorgebracht werden (vgl. ebd. 2018a: S. 117f). Nach langen und konflikthaften Debatten über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit einer feministischen Beschäftigung mit dem Staat war nach Sauer vor allem das Aufkommen von Gleichstellungspolitiken der Anlass sich zu fragen: „Welchen Beitrag leistet staatliche Macht zur Reproduktion, aber auch zur Überwindung ungleicher Geschlechterverhältnisse?“ (ebd. 2018b: S. 187). Bei der Analyse

staatlicher Macht spielt aber nicht nur die Frage nach Geschlechterverhältnissen eine Rolle, sondern auch die spezifischeren Fragen nach patriarchalen Strukturen, Maskulinität und patriarchaler sowie staatlicher Gewalt. Um sich den jeweiligen Ansätzen und Debatten anzunähern beziehungsweise diese nachzuzeichnen differenziert Sauer zum einen zwischen feministischer Staatskritik und feministischer Staatstheorie (2018b) und zum Anderen zwischen marxistischen, neo-marxistischen, dekonstruktivistischen und letztlich intersektionalen Perspektiven auf Staat, Gewalt und Geschlecht (2018a). Die folgenden Unterkapitel orientieren sich an dieser Struktur.

5.1.1 Feministische Staatskritik

Feministische Staatskritik basiert vor allem darauf, die Vergeschlechtlichung des Staates nachzuzeichnen sowie zu kritisieren, dass sich Geschlechterdifferenz als Ungleichheit staatlich institutionalisieren konnte. Die auf dieser Erkenntnis aufbauende Debatte findet nach Sauer auf sieben unterschiedlichen Ebenen statt: *Erstens* argumentierte Carole Pateman (1988), dass der bürgerliche Gesellschaftsvertrag beziehungsweise Vertragstheorien an sich gleichzeitig einen sexuellen Unterwerfungsvertrag beinhalten würde(n), welcher „den (Ehe-)Männern die Verfügungsmacht über die Frauen in ihrem Haushalt“ (Sauer 2018b: S. 179) übertrug. Daran schloss sich *zweitens* eine feministische Kritik des staatlichen Gewaltmonopols an, denn entgegen der Erzählung einer staatlich monopolisierten Gewalt bestand im modernen Staat auch eine private Gewaltsphäre in Form von männlichen „Gewalt-Oligopolen“ fort (vgl. ebd.: S. 179). *Drittens* kritisierten Feminist*innen die vertraglich abgesicherte Trennung in Öffentlichkeit und Privatheit im modernen Staat. Zentrales Argument war hierbei die Naturalisierung und Festigung einer historisch gewachsenen patriarchalen Herrschaftsstruktur, welche FLINTA* aus der Öffentlichkeit verbannt und in die Privatheit zwingt. Als vergeschlechtlichte Herrschaft stabilisierend und gewaltausübend wurde *viertens* das staatliche Rechtssystem kritisiert, welches auf androzentristischen Prinzipien beruht. Denn während formale Rechte zunächst durch das Konzept der Staatsbürgerschaft exklusiv anhand nationaler und patriarchaler Logiken an Männer vergeben wurden, hat eine ungleiche Teilhabemöglichkeit von FLINTA* auch trotz einer rechtlichen Gleichsetzung Kontinuität. Gleichzeitig wurde Recht auch als Gelegenheitsstruktur für Kämpfe um Gleichberechtigung angesehen (vgl. ebd.: S. 179f). *Fünftens* beschäftigt sich feministische Kritik, inspiriert von poulantzianischen Ansätzen (u. a. Jessop 1990; 2001), mit den Auswirkungen vergeschlechtlichter Politiken, beziehungsweise mit „der geschlechtsspezifischen strategischen Selektivität des Staates“ (Sauer 2018b: S. 180). Die

Kritik richtete sich hierbei vor allem gegen die ökonomischen Politiken in westlichen Wohlfahrtsstaaten, die mit ihrem male-breadwinner Modell auf ungleiche vergeschlechtlichte Arbeitsbedingungen angewiesen waren und diese gleichsam (re)produzierten. Demnach wurden vermehrt männlich-ökonomische Interessen in staatlichen Politiken adressiert, während meist von FLINTA* unbezahlt oder prekär verrichtete Sorgearbeit privatisiert, dethematisiert oder erst geschaffen wurde. Daran anschließend kritisierten Feminist*innen *sechstens* die in Staatsapparaten und Bürokratien eingeschriebene Männlichkeit. Damit werden insbesondere die überproportional hohe Männerquote, Netzwerke und Bünde von Männern, die Eingeschriebenheit von Erfahrungen und Lebensweisen derer sowie vergeschlechtlichte Arbeitsteilung in den Apparaten und Bürokratien in den Blick genommen (vgl. ebd.: S. 180f). Zuletzt widmet sich feministische Staatskritik *siebtens* der androzentristisch verfassten internationalen Politik, welche allein in ihrem Fokus auf Sicherheitspolitik und nationalstaatlicher Souveränität einen männlichen Idealtypus konstruiert und produziert. Mit internationaler Politik verwobene Prozesse der Globalisierung und Governancepolitiken wurden aus feministischer Perspektive aufgrund ihres Gleichstellungspotentials eher kontrovers diskutiert (vgl. ebd.: S. 181). Wie bereits in den *Kapiteln 3 und 4* nachgezeichnet existiert aber besonders aus einer feministisch-materialistischen Perspektive eine starke bis ambivalente Kritik an Governance, neoliberalen Globalisierungsprozessen und Gender-Mainstreaming, da diese keine universelle und auch selten eine materielle geschlechtsspezifische Gleichstellung erwirken, sondern meist nur eine Verschiebung oder Zuspitzung von Herrschaftsverhältnissen zur Auswirkung haben.

5.1.2 Feministische Theoretisierung des Staates

Feministische Kritik an der Verfasstheit westlicher Staatlichkeit hat sich auch in der feministischen Theoriebildung widerspiegelt. Beeinflusst von einer marxistischen Tradition wurde in den ersten feministischen staatstheoretischen Debatten von einem Staat als „ideellem Gesamtpatriarchen“ und einem „Agent der Männer“ (MacKinnon 1989) gesprochen. Staatlichkeit wurde als rein männliche Sphäre konzipiert, weshalb eine ausführliche Beschäftigung mit dem Staat kaum stattfand. Die in *Kapitel 3.7* beschriebenen Verknüpfungen feministischer Theorie mit poulantzianischen Ansätzen stellten die ersten Theoretisierungen des Staates dar, welche die Staatlichkeit ambivalenter und autonomer fassten, als dies in der marxistisch-feministischen Schule passiert ist (vgl. Sauer 2018b: S. 181f). Sauer argumentiert hierbei, dass das Verknüpfen verschiedener theoretischer Zugänge und insbesondere von neo-marxistischen und post-strukturalistischen Ansätzen produktiv ist, um sowohl die Ambivalenz

staatlicher Interventionen in Geschlechterverhältnisse, als auch die Nichtbeachtung geschlechtsspezifischer Gewalt herauszuarbeiten (vgl. ebd. 2018a: S. 119).

Mit Verweis auf Joachim Hirschs Erkenntnis, dass der Staat eben keine dem Allgemeinwohl dienende Institution ist, argumentiert Sauer, dass Staatlichkeit vielmehr die Rolle einnimmt, gesellschaftliche Widersprüche gewaltvoll zu befrieden und bestehende Herrschaftsverhältnisse zu (re)produzieren (vgl. Sauer 2018a: S. 119). Poulantzas versteht den Staat als Verdichtung gesellschaftlicher Verhältnisse und als Terrain, auf dem um gesellschaftliche Konflikte gerungen wird – und feministisch ergänzt auch um Geschlechterverhältnisse und -ungleichheiten. Im modernen Staat gründen Geschlechterverhältnisse darauf, dass Staatlichkeit hierarchische Zweigeschlechtlichkeit permanent und auf unterschiedlichen Ebenen herstellt, reproduziert, aufrecht erhält und begünstigt. Sauer folgert, dass die dichotome geschlechtsspezifische Trennung „zwischen öffentlich und privat, zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit, zwischen inner und außerstaatlich“ (vgl. ebd. 2018b: S. 182) in der Familie, Arbeitsverträgen und Staatsangehörigkeit institutionalisiert ist. Dazu kommen Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität als zentrale hegemoniale Techniken bei staatlichen Kompromissbildungen (vgl. ebd. 2018a: S. 123). Jegliche modernen Staatsprojekte sind demnach als Ergebnis „ungleicher Kräfteverhältnisse zwischen Männern und Frauen“ (ebd. 2018b: S. 182) zu verstehen, intersektional verwoben mit anderen Herrschaftsverhältnissen.

Hegemoniale Verhältnisse und Techniken führen dazu, dass bestimmte Zugänge zu Staatsbereichen für FLINTA* verwehrt bleiben, als weiblich konnotierte Themen werden kaum institutionell verhandelt und das staatlich-physische Gewaltmonopol macht vor Ehe, Familie und Intimität halt – trotzdem ist der Staat nicht ausschließlich aus hierarchischen Geschlechterverhältnissen ableitbar. Staatliche Institutionen werden mit Poulantzas als relativ autonom beschrieben, was eine widersprüchliche Bestimmung des Staates ermöglicht. Der Staat ist demnach weder ein einheitliches Gebilde, Agent der Männer oder reines Instrument zur Unterdrückung, sondern Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen, ein strategisches, widersprüchliches Feld, und hat, wie die oben erwähnte feministische Staatskritik aufzeigt, einen patriarchalen Charakter (vgl. Sauer 2018a: S. 123f). Sauer sieht darin die Chance, dass sich neue Kräftekonstellationen entwickeln können und sich dadurch ausbeuterische und gewaltförmige Geschlechterverhältnisse verändern. Historisch wurde immer wieder versucht, die Trennung in Öffentlichkeit und Privatheit oder die vornehmlich Männern vorenthaltene Sphäre der Erwerbsarbeit zu transformieren (vgl. ebd. 2018b: S. 182). Die erwirkten Gleichstellungspolitiken und Arbeitsmarkoliberalisierungen können jedoch nur teilweise als

erfolgreiche Transformation von ungleichen Geschlechterverhältnissen betrachtet werden, da die Herrschaftsverhältnisse zumeist zu Lasten von Migrant*innen, prekär Beschäftigten FLINTA*, sans-papiers und queeren Personen verschoben wurden. Sauer beschreibt deshalb Gleichstellungspolitiken als eine ambivalente partielle Integration von FLINTA*, welche die Hegemonie männlich-physischer Gewalt und die damit verbundene vergeschlechtlichte Arbeitsteilung nicht angreift (vgl. ebd. 2018a: S. 124f).

Der in marxistisch-feministischen Analysen meist verwendeten Argumentation, der Staat hätte vor allem die Funktion, die patriarchal-kapitalistische Produktionsweise und Ausbeutung gewaltsam durchzusetzen, setzt Sauer die Staats- und Hegemonietheorie Antonio Gramscis entgegen. Demnach wird Staatlichkeit wie bereits in der Konzeption der HMPA ausgeführt (*Kapitel 4*) nicht nur durch unmittelbaren Zwang und Gewalt hergestellt und stabilisiert, sondern auch durch Ideologie, Überzeugungsarbeit, Bildung, Diskurse und Kultur. Herrschende Akteur*innen haben demnach das Interesse, ihre Vorstellung von Geschlechterarrangements in der Gesellschaft zu verallgemeinern. Hegemoniale Vorstellungen von Geschlecht müssen jedoch auf materiellen Bedingungen fußen, um wirksam zu sein. Naturalistische Argumentationen über Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit hängen beispielsweise stark mit dem Familienernährermodell in europäischen Wohlfahrtsstaaten zusammen, welches für viele Frauen und Männer ein funktionierendes Lebensmodell darstellt (vgl. Sauer 2018a: S. 119f; ebd. 2018b: S. 183). Davon abweichende Lebensmodelle werden weiterhin von einer institutionalisierten Zweigeschlechtlichkeit und vergeschlechtlichten Arbeitsteilung erschwert oder verhindert.

Das Aufkommen poststrukturalistischer Theorien – allen voran die Staatsanalyse von Michel Foucault und die Konzepte von Judith Butler – rückte auch in der feministischen Staatstheorie die Beschäftigung mit vergeschlechtlichten Subjektwerdungen durch Staatlichkeit in den Fokus. Sauer betont hier wiederum, dass Geschlecht und soziale Position nicht einfach staatlich verordnet werden können. Vielmehr müssen diese „aktiv angeeignet und dabei von den Individuen entworfen und gelebt werden“ (ebd. 2018b: S. 183). Die von Institutionen und Normen als selbstverständlich angesehene geschlechtsspezifische Ausbeutung, Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit verdichten sich schlussendlich im Staat und werden von diesem produziert und reproduziert. Folglich ist es Teil staatlicher Praxis, bestimmte Subjekte anhand von geschlechtsspezifischen Merkmalen zu bevorzugen oder zu benachteiligen, sie hervorzubringen oder deren Existenz zu verneinen. Repression und Regieren finden dabei nicht nur durch direkte Staatsgewalt, sondern eben auch durch

Selbstregierung¹³ statt. Aus queerfeministischer Perspektive begünstigt der männlich konzipierte Staat dabei nicht nur die Abwertung, Ausgrenzung und Ausbeutung von FLINTA*, sondern schreibt unter anderem durch Personenstandfeststellungen oder durch Bildungsinhalte ebenfalls eine heterosexuelle und binäre Geschlechtlichkeit fest. Mit Bezug auf Poulantzas beschreibt Sauer hier eine Wechselwirkung zwischen staatlicher Reproduktion von Geschlechterverhältnissen und individuellen Praxen als Voraussetzung für die Aufrechterhaltung staatlicher Herrschaft (vgl. ebd. 2018a: S. 126).

Feministisch-postkoloniale Staatstheorie hat schließlich eine Möglichkeit eröffnet, staatliche Ausschlüsse aufgrund von Geschlecht und Sexualität sowie aufgrund von kultureller oder geografischer Herkunft zusammen zu analysieren. Ungleichheitsstrukturen werden in westlichen Staaten oft gegeneinander ausgespielt. So sind prekäre und migrantische FLINTA* nicht nur einem stärkeren Ausschluss und einer stärkeren Ausbeutung ausgesetzt – in kolonialer Manier nutzen westliche Staaten ebenfalls das Argument der eigenen progressiven Geschlechterpolitik, um eine Vormacht gegenüber Staaten des globalen Südens mit vermeintlich konservativeren Geschlechterbildern zu behaupten (vgl. Sauer 2018b: S. 184). Diese Praxis der staatlichen Externalisierung von vergeschlechtlicher und sexualisierter Gewalt zeigt sich auch besonders in rassistischen Narrativen wie zum Beispiel dem seit der Silvesternacht 2015/2016 dominierenden Stereotyp des sexuell-gewalttätigen muslimischen jungen Mannes.¹⁴ Letzteres hatte nach Sauer zu einer „Legitimierung exklusiv-rassistischer Politiken“ (ebd. 2018a: S. 116) und einer beschleunigten Reform des deutschen Sexualstrafrechts geführt, während die sonst alltägliche sexualisierte Gewalt der sogenannten heimischen Gesellschaft verharmlost, geleugnet, normalisiert und ignoriert wurde (vgl. ebd.: S. 115-117).

Als großen Gewinn feministischer Staatstheorie hebt Sauer hervor, dass diese sich – auch angetrieben von den sich ständig transformierenden Geschlechterverhältnissen – immer weiter angepasst und weiterentwickelt hat sowie sich zwangsweise zu einer intersektionalen Herrschaftsanalyse entwickeln konnte. Hierfür sind besonders auch die Überlegungen zu einer

13 Michel Foucault begann in den 1970ern eine fragmentarische und genealogische Beschäftigung mit den Regierungs- und Machttechniken des modernen Staates und bestimmte diese mit dem Begriff der Gouvernementalität. Darin führt Foucault aus, dass es neben einer disziplinierenden und repressiven auch eine selbstdisziplinierende Machttechnik gibt, welche notwendig geworden ist, um den bürgerlich-kapitalistischen Staat zu reproduzieren (vgl. Foucault 2004a; 2004b). Für feministische Arbeiten ist neben dem Effekt der Selbst-Disziplinierung und -Regierung besonders auch die Fokussierung auf Körper, Biopolitik und Subjektivierungsweisen relevant. Die theoretischen Ansätze Foucaults mussten jedoch erst um die Dimension der Geschlechterverhältnisse erweitert werden (vgl. Ludwig 2011).

14 Im Zuge der Silvesternacht 2015/2016 kam es in der Stadt Köln an öffentlichen Plätzen zu sexuellen Übergriffen. Während sexuelle Übergriffe zu diesem Zeitpunkt in Deutschland noch kein Straftatbestand darstellten, ging es in der medialen Debatte vor allem darum, muslimische Junge Männer als „Sexmob“ zu stilisieren (vgl. Sauer 2018a: S. 115f).

queerfeministischen Kapitalismusanalyse (Sauer/Pühl 2018), eines queerfeministischen Materialismus (Beier 2024) und einer intersektionalen Staatstheorie (Sauer/Ludwig 2024) zentral. Feministisch-materialistische Staatstheorie trägt aufgrund ihrer spezifischen Analysen darüber, wie Geschlecht, Klasse und Rassismus gesellschaftlich und staatlich (re)produziert werden, dazu bei, Staatlichkeit und deren Transformation ausführlicher zu analysieren. Das Zusammenwirken von verschiedenen staatlich begünstigten oder erzeugten Herrschafts- und Abhängigkeitsstrukturen zeigt sich insbesondere bei der Analyse von geschlechtsspezifischer Gewalt (vgl. Sauer 2018a; vgl. ebd. 2009; vgl. Löffler 2012). Im folgenden Unterkapitel werde ich verschiedene feministisch-materialistische Analysen über das wechselseitige Verhältnis von geschlechtsspezifischer Gewalt und Staatlichkeit darlegen.

5.2 Geschlechtsspezifische Gewalt in feministisch-materialistischer Theorie

Die Analyse geschlechtsspezifischer Gewalt und die Analyse des Staates als geschlechtsspezifisches Gewaltverhältnis stellen einen zentralen Baustein feministisch-materialistischer Staatstheorie dar (vgl. Sauer 2009; vgl. Löffler 2012). In weiteren Ansätzen materialistischer Staatstheorie und so auch im Forschungsfeld der HMPA wird sich hingegen nicht mit dem Staat als spezifisch patriarchales Gewaltverhältnis auseinandergesetzt. Feministische Analysen über das Verhältniss von Staat und geschlechtsspezifischer Gewalt beziehen sowohl die wechselseitige Regierung und Selbstregierung, die geschlechtsspezifische Selektivität und Autonomie des Staates als auch die Ebene physischer Gewalt mit ein. In der feministischen Theorie wird über die Bedeutung von Gewalt und geschlechtsspezifischer Gewalt jedoch kontrovers diskutiert. Sauer beschreibt dabei Gewalt nicht nur als eine individuelle physische oder psychische Verletzung, sondern als „eine soziale Praxis und ein Diskurs, eine Symbol- sowie eine politische Ordnungsstruktur“ (Sauer 2009: S. 62f) und verwendet demnach einen breiten Gewaltbegriff. Die unmittelbare physische und psychische Gewalt gegen FLINTA* stellt also nur eine Ebene dar. Strukturelle Gewaltdimensionen wie Abhängigkeiten, ökonomische und sexuelle Ausbeutung, Abwertung und Ausschluss von sozialer und politischer Teilhabe bilden dabei eine weitere Ebene geschlechtsspezifischer Gewalt.

Bei der Analyse des Zusammenspiels von geschlechtsspezifischer Gewalt und Staatlichkeit werden diese oft aus den ökonomischen Verhältnissen – also der Zuschreibung von Reproduktion und Privatheit an Frauen – abgeleitet. Diese Ableitung greift mit dem Verweis auf eine intersektionale feministische Staatsanalyse und die Dimensionen

geschlechtsspezifischer Gewalt zu kurz. Zum einen, da der Staat widersprüchlicher agiert, als ausschließlich die Aufgabe zu haben, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufrechtzuerhalten. Zum anderen, da die staatlich (re)produzierten patriarchalen (Gewalt-)Verhältnisse bei der Theoretisierung in ihrer Komplexität ausbleiben (vgl. Sauer 2018a: S. 119f).

Bei einer historischen Betrachtung geschlechtsspezifischer Gewalt in ihrem Verhältnis zum Staat wird besonders mit Verweis auf deren Transformation deutlich, dass zwischen mehreren Ebenen der Gewalt unterschieden werden muss. Bereits frühe materialistisch-feministische Staatskritik zeigt auf, dass der Staat entgegen der Behauptung liberaler Staatstheorien sein Machtmonopol nicht verwendet hat, um individuelle Gewalt gegen FLINTA* zu verhindern. Mit dem Ignorieren des vermeintlich Privaten durch staatliche Apparate ist aber nicht nur die fehlende juristische oder polizeiliche Konsequenz bei physischer Gewalt in Familie und Beziehungen gemeint, sondern auch die Begünstigung von patriarchalen Abhängigkeitsverhältnissen (vgl. Sauer 2009: S. 64f). Während vergeschlechtlichte Gewalt gegen Frauen zunächst als patriarchal-familiäre Gewalt in den Staat eingeschrieben wurde, wurde diese mit dem Aufkommen des Sozialstaats von einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der damit verbundenen ökonomischen Abhängigkeit von Frauen abgelöst (vgl. ebd.: S. 65f). Der staatlich hegemoniale Neoliberalismus ab Beginn der 1990er Jahre änderte schlussendlich aufgrund seines (selbst-)disziplinierenden und individualisierenden Charakters die gewaltförmigen Abhängigkeitsverhältnisse vieler Frauen nicht grundlegend, sondern schuf diese auf individueller Ebene teilweise neu (vgl. ebd.: S. 66f): Während feministische Kämpfe für soziale Teilhabe zu Anerkennungspolitiken und ökonomischen Gelegenheitsstrukturen für Frauen und Queers geführt haben, entstehen neue Abhängigkeiten durch eine Re-Familiarisierung und -Feminisierung von Sorge, bei gleichzeitiger Verschiebung von Ungleichheitsstrukturen anhand von Klasse, Geschlecht, Sexualität und Nationalität sowie Rassismusbetroffenheit. Und während repressive Ehegesetze erfolgreich bekämpft und Gewaltschutz erkämpft werden konnte, wird patriarchale Gewalt auf eine im privat-häuslichen stattfindende physische Gewalt reduziert und als vornehmlich migrantisches Problem externalisiert (vgl. ebd.: S. 67-72). In öffentlichen Diskursen sind victim blaming, Relativierung und Einzelfallthesen weiterhin stark verbreitet – begünstigt von einer strukturellen Straflosigkeit bei patriarchaler Gewalt (vgl. ebd. 2018a: S. 15-17).

Um die Transformation geschlechtsspezifischer Gewalt in ihrem wechselseitigen Verhältnis zum Staat zu analysieren, haben feministische Theoretiker*innen verschiedene Begriffe eingeführt. Marion Löffler spricht so zum Beispiel von der physischen oder symbolischen

Gewalt des Staates: Demnach übt der Staat neben dem physischen Gewaltmonopol auch eine symbolische Gewalt aus, welche erstere legitimiert, unterstützt beziehungsweise festigt. Die symbolische Gewalt des Staates beschreibt Löffler als gesellschaftliche Diskurse und Normen, aber auch Selbstdisziplinierung und Erziehungsmaßnahmen, die eine Akzeptanz von vergeschlechtlichter Gewalt zur Folge haben – jedoch auch zu einer Ablehnung dieser führen können (vgl. Löffler 2012: S. 214f). Sauer geht ebenfalls von verschiedenen Dimensionen der vergeschlechtlichten Gewalt aus und verwendet dafür den Begriff des doppelten Gewaltverhältnisses. Sie spricht davon, dass das Geschlechterverhältnis sowohl durch ein direktes als auch durch ein strukturelles Gewaltverhältnis charakterisiert ist. Während zum Beispiel Arbeiter*innen in der Regel nicht mehr durch körperliche Gewalt, sondern durch einen strukturellen Zwang dazu gedrängt werden, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, so sind FLINTA* durchaus noch körperlicher Gewalt bis hin zum Femi(ni)zid ausgesetzt, um diese gewaltvoll in ihre verschiedenen Rollenzuweisungen zu drängen (vgl. Sauer 2018a: S. 124f). In den von Sauer und Löffler beschriebenen Dimensionen vergeschlechtlichter Gewalt zeichnet sich eine Art Trennungsdispositiv ab, welches Gewalt in staatlich-öffentlich und privat-familiär beziehungsweise in direkt-physisch und symbolisch-strukturell einteilt. Die jeweiligen Erscheinungsformen geschlechtsspezifischer Gewalt sind jedoch nicht klar voneinander trennbar, sie bedingen sich vielmehr gegenseitig. Zudem sind sowohl das Geschlechterverhältnis als auch das doppelte Gewaltverhältnis geprägt durch die teilweise widersprüchlichen Machtnetzwerke, welche sich auf Basis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen bilden (vgl. ebd.: S. 125). Davon abhängig verankern sich innerhalb von Rechtsprechung, Bildung, Familie und Bürokratien diverse Vorstellungen darüber, welche Formen geschlechtsspezifischer Gewalt als legitim gelten und welche es zu verhindern gilt. Ergänzend zum Begriff der doppelten Gewalt führt Sauer den Begriff der Institutionalisierung von Gewaltverhältnissen ein, für welchen sie die Beispiele der repressiven geschlechtlichen Klassifizierung von Individuen wie auch die staatlich begünstigte Unterwerfung zur Zweigeschlechtlichkeit anführt (vgl. Sauer 2018a: S. 127). Darüber hinaus lässt sich dieser Begriff für jegliche strukturelle Gewalt verwenden, welche sich auf verschiedene Art und Weise rechtlich oder staatlich abgesichert hat. Die Institutionalisierung von Gewaltverhältnissen befindet sich zudem in einem wechselseitigen Verhältnis zur personalisierten vergeschlechtlichten Gewalt, mit welcher sowohl die hegemoniale Zweigeschlechtlichkeit als auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung abgesichert werden. Zusammenfassend muss also, um das Zusammenspiel von Staatlichkeit und geschlechtsspezifischer Gewalt ausreichend analysieren zu können, zum einen das doppelte

Gewaltverhältnis mit einbezogen werden, mit welchem FLINTA* konfrontiert sind. Zum anderen kommt die Analyse nicht ohne ein betrachten der Institutionalisierung geschlechtsspezifischer Gewalt aus. Patriarchale Gewaltverhältnisse sind nicht nur historisch wandelbar, sondern sind auch durch Recht, Bürokrationen und gesellschaftliche Normen dauerhaft abgesichert. Darüber hinaus ist eine intersektionale Betrachtung der Zusammenhänge von Staat, Gewalt, und Geschlecht notwendig um die Transformation und Wirkweisen geschlechtsspezifischer Gewalt analysieren zu können. Im folgenden Abschnitt werde ich unterschiedliche Konzeptionen einer Transformation des Staates aus der Perspektive feministisch-materialistischer Staatstheorie darlegen.

5.3 Widersprüche in der Transformation patriarchaler Herrschaft

Bei der Betrachtung von geschlechtsspezifischer Gewalt, aber auch anderen Formen sexistischer Ungleichheitsstrukturen lässt sich historisch eine Transformation patriarchaler Herrschaft erkennen. Die Rolle des Staates ist dabei zentraler Gegenstand vieler feministischer Analysen. In den Analysen ist es stets eine zentrale Erkenntnis, dass sich nur die jeweiligen Formen und Techniken zur (Re)produktion geschlechtsspezifischer Ungleichheit verändert haben, die patriarchale Herrschaft als solche aber bestehen bleibt. Die (Un)Möglichkeiten einer emanzipatorischen Transformation im Staat durch feministische Kämpfe haben unter anderem Löffler (2017) und Sauer (2018a; 2018b) herausgearbeitet; sowohl theoretisch als auch für den deutschsprachigen Raum historisch.

Mit Bezug auf die Trennung zwischen physischer und symbolischer Gewalt beschreibt Löffler patriarchale Herrschaft auch als „überzeitliche[s] Paradigma symbolischer Gewalt“ (Löffler 2017: S. 158). Sie ergänzt darüber hinaus die Analyse eines überzeitlichen Paradigmas mit einem poulantzianischen Verständnis des Staates. Folglich geht Löffler davon aus, dass der Staat und damit auch die auf verschiedene Akteur*innen aufgeteilte symbolische Gewalt permanent durch Auseinandersetzungen geprägt sind. Staatlichkeit und Apparate, in welchen sich symbolische und physische Gewalt institutionalisiert, stellen folglich keinen einheitlichen Machtblock dar (vgl. ebd.: S. 154f). Durch die teilweise widersprüchlich charakterisierten Apparate wird eine Veränderbarkeit patriarchaler Herrschaft denkbar. Die Unmöglichkeit einer emanzipatorischen Transformation begründet Löffler mit der „relativen Autonomie der symbolischen Ordnung“ (ebd.: S. 157). Damit verweist sie auf die Kontinuität vergeschlechtlichter Gewaltverhältnisse in gesellschaftlichen Institutionen wie der Familie –

trotz Gleichstellungs- und Anerkennungspolitiken sowie institutionellem Wandel, die zumeist ein kompromisshaftes Ergebnis feministischer Kämpfe waren.

Sauer geht in der Bearbeitung der Frage nach der (Un)Möglichkeit einer emanzipatorischen Transformation zunächst historisch vor. Dabei zeigt sie die Ambivalenz von feministischen Kämpfen im Staat auf. Ein zentrales Beispiel hierfür ist die Transformation patriarchaler Herrschaft durch die erkämpften Errungenschaften im Sozialstaat. Auf der einen Seite konnte eine partiell eigenständige Lebensführung von FLINTA* abseits des (ehe-)männlichen Gewaltraums ermöglicht und damit gleichzeitig Abhängigkeiten geschmälert werden (vgl. Sauer 2018a: S. 130). Auf der anderen Seite führen der neoliberale Sozialabbau und die Prekarisierung bestimmter Lebens- und Arbeitsbereiche zu einer Re-Familiarisierung und zu erneuten gewaltvollen Abhängigkeiten, während gleichzeitig große Teile der Sorge- und Reproduktionsarbeit auf Migrant*innen ausgelagert werden. Die von der zweiten Frauenbewegung erkämpften Gewaltschutzgesetze stellen nach Sauer ebenfalls eine ambivalente Transformation patriarchaler Herrschaft dar. Die besagten Gewaltschutzgesetze ermöglichen es, gegen Gewalttäter auch in intimisierten Räumen vorzugehen. Die Gesetze sind nach Sauer eine direkte Antwort auf die Forderung nach „Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols in der Intim- und Privatsphäre“ (ebd.: S. 130) und haben besonders für Frauen eine materielle Verbesserung mit sich gebracht. Gleichzeitig haben die kompromisshaft eingeschriebenen Forderungen aber auch zu einer Versicherheitlichung von Privatheit und Geschlechterverhältnissen sowie zu rassistischen Diskursen bezüglich patriarchaler Gewalt beigetragen. Letztere Debatten bedienen sich einer Externalisierung von vergeschlechtlichter Gewalt (vgl. ebd.: S. 15-17) und sind ein gutes Beispiel dafür, wie wichtig eine intersektionale Analyse von Gewaltverhältnissen ist.

Neben der ambivalenten Verschiebung von Herrschaftsverhältnissen stellt Sauer zusätzlich fest, dass die Möglichkeit einer emanzipatorischen Transformation im Staat unter anderem deshalb so stark begrenzt ist, da der Staat auf einer strukturellen Selektivität basiert, welche sowohl hegemonial-patriarchale Verhältnisse begünstigt als auch gleichzeitig feministische Forderungen unsichtbar macht oder verhindert (vgl. Sauer 2018a: S. 123f). Letztendlich besteht der moderne maskuline Staat fort und lässt sich durch feministische Forderungen an den Staat oder durch feministische Kämpfe im Staat nur partiell verändern (vgl. ebd.: S. 125). Die durchaus ernüchternde Erkenntnis über die (Un)Möglichkeit einer emanzipatorischen Überwindung patriarchaler Herrschaft zeigt erst auf, wie notwendig eine intersektionale feministische Staatskritik weiterhin ist. Denn – so Sauers Argument – eine Transformation von Geschlechterverhältnissen im Nationalstaat wird patriarchale Gewalt nicht gänzlich

abschaffen oder verhindern, sondern vielmehr ihre konkrete Wirkweise ändern und welche Subjekte davon betroffen sind. Ein Ansatzpunkt könnte es sein, sowohl die direkte als auch die besondere Gewalt in einem zu bekämpfen, da beide gleichsam zu einer Aufrechterhaltung einer patriarchalen und kapitalistischen Produktionsweise beitragen (vgl. ebd.: S. 125). Die Verschränkung von struktureller und physischer Gewalt im Staat, zeigt sich unter anderem in der spezifischen Ausgestaltung von vergeschlechtlicher Arbeitsteilung, neoliberaler Individualisierung und Heteronormativität. Eine materialistische und intersektionale feministische Staatskritik ist demnach für eine emanzipatorische Transformation unerlässlich. Eine Möglichkeit, Geschlechterverhältnisse radikal zu transformieren, sieht Löffler darin, „bei den Produktions- und Reproduktionsbedingungen des geschlechterspezifischen Habitus an[zu]setzen“ (Löffler 2017: S. 158). Notwendig wäre dafür eine De-Naturalisierung männlicher Herrschaft auf einer symbolischen Ebene (vgl. ebd.: S. 158). Eine erfolgreiche symbolische Revolution könnte allerdings nur entgegen oder abseits nationalstaatlicher Spielregeln stattfinden, um nicht kompromisshaft in deren Terrain eingebunden zu werden. Revolutionär-feministische Kämpfe, welche auf eine Gesellschaft ohne Geschlechterdifferenzen hinausweisen, sind jedoch dann mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass sie grundsätzlich von Formen staatlich-institutioneller Politik ausgeschlossen sind (vgl. ebd.: S. 163). Die Möglichkeit einer emanzipatorischen Transformation hängt also von zwei Umständen ab: Zum Einen, inwieweit feministische Kämpfe bereits auf eine geschlechtergerechte Gesellschaft jenseits staatlicher Strukturen ausgerichtet sind. Zum Anderen, ob sie darauf abzielen, vergeschlechtlichte Gewalt sowie Reproduktions- und Produktionsverhältnisse sowohl auf privater/direkter als auch auf struktureller/staatlicher Ebene abzuschaffen. Um zu verhindern, dass sich die Betroffenheit von patriarchaler Gewalt lediglich auf andere marginalisierte Subjekte verschiebt, ist es zudem notwendig, sowohl eine intersektionale feministisch-materialistische Staatskritik zu üben als auch feministische Kämpfe intersektional zu denken und zu führen. Anschliessend an die Beschäftigung mit der (Un)Möglichkeit einer emanzipatorischen Transformation des patriarchalen Staates werde ich zwei Arbeiten zu queerfeministischer Kapitalismusanalyse (Pühl/Sauer 2018) und intersektionaler Staatstheorie (Ludwig/Sauer 2024) vorstellen und diskutieren.

5.4 Queerfeministische Kapitalismusanalyse und intersektionale Staatstheorie

Als Konsequenz aus der Beschäftigung mit den Zusammenhängen von patriarchaler Gewalt, Geschlechterverhältnissen und Staatlichkeit schlägt Sauer eine Erweiterung um

queerfeministische und intersektionale Ansätze und eine Verwebung dieser mit feministisch-materialistischer Staatstheorie vor (vgl. Sauer 2018a: S. 122f; vgl. ebd. 2018b: S. 184). An dieser Verwebung arbeitet Sauer jeweils gemeinsam sowohl in dem Sammelband *„Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse: queer-feministische Positionen“* herausgegeben von Katharina Pühl und Birgit Sauer (2018), als auch in dem Sammelband *„Das kälteste aller kalten Ungeheuer? Annäherungen an intersektionale Staatstheorie“* herausgegeben von Gundula Ludwig und Birgit Sauer (2024). Für eine theoretische Einbettung liefern die Autor*innen jeweils ein einleitendes Kapitel, welches den Rahmen für eine queerfeministische und intersektionale Staats- und Kapitalismusanalyse liefert.

Von dem Vorhaben angetrieben, die sonst in wissenschaftlichen und aktivistischen Diskussionen oft als unvereinbar geltenden queerfeministischen und marxistisch-feministischen sowie poststrukturalistischen und materialistischen Ansätze zu verbinden (vgl. Pühl/Sauer 2018: S.16f), entwickeln Pühl und Sauer sowohl eine schlaglichtartige Gegenwartsanalyse eines zunehmend krisenhaften und autoritären Neoliberalismus im globalen Norden als auch ein theoretisches Fragment, welches versucht, die Zusammenhänge von verschiedenen Herrschafts- und Unterdrückungsstrukturen auf Basis ihrer Materialität und subjektivem beziehungsweise kollektivem Handeln zu fassen. Der zeitliche Einstieg in die Analyse ist dabei der aufkommende kulturelle, politische und soziale Angriff auf Gleichstellungspolitiken und Geschlechterforschung, feministische Bewegungen und Selbstbestimmungsrechte von Seiten rechtsextremer bis rechtspopulistischer Akteure. Laut Pühl und Sauer sehen sich diese Akteure als Verteidiger*innen des fordistischen Alleinernährermodells, welches aufgrund von Veränderungen in der kapitalistischen Akkumulation nicht mehr existenzsichernd ist. Konservative bis Rechte machen dafür jedoch nicht den neoliberalen Kapitalismus, sondern die Gleichstellungspolitik als Ganzes verantwortlich. Eine feministisch-materialistische Kritik zeigt hingegen auf, dass das Problem dieser Politiken nicht deren Existenz an sich, sondern die Orientierung dieser an gut ausgebildeten und besserverdienenden Frauen in Hetero-Beziehungen und in Kleinfamilien ist (vgl. ebd.: S. 7f). Um diesem ambivalenten Verhältnis feministisch-materialistischer Analyse zu Gleichstellungspolitik Rechnung zu tragen, plädieren Pühl und Sauer dafür, „die Dialektik des Einschlusses in und des gleichzeitigen Ausschlusses aus gleichstellungspolitischen Errungenschaften ins Zentrum der Analyse zu stellen“ (ebd.: S. 9). Denn gerade durch den weitreichenden neoliberalen Um- und Abbau gesellschaftlicher Sozialsysteme seit den 2000er Jahren und die damit einhergehende Care-Krise – so die These – schreiten sowohl die Prekarisierung bestimmter Sorgegemeinschaften als auch die Spaltung zwischen FLINTA*

anhand von Klasse, Sexualität, Ethnizität, Bildung, (Dis-)Abilität und Cis-Geschlechtlichkeit voran (vgl. ebd.: S. 9).

Pühl und Sauer ziehen aus ihrer Gegenwartsanalyse letztlich den Schluss, dass zum *Einen* die Notwendigkeit besteht, rechte bis rechtspopulistische Antworten auf kapitalistische Krisen und damit verbunden auch antifeministische Debatten und Politiken näher zu untersuchen und zu verstehen. Vor allem da diese sich dadurch auszeichnen, die materielle Grundlage sozialer und ökonomischer Verschlechterung zu de-thematisieren und gleichzeitig Feinbilder gegen Migration, Gleichstellung und queere Lebensweisen zu schaffen (vgl. Pühl/Sauer 2018: S. 10f). Zum *Zweiten* gilt es, entgegen dem Reflex die gleichstellungspolitischen Errungenschaften zu verteidigen, Sorge und die dazugehörigen Sphären von Gesundheit, Erziehung, Bildung und solidarischen Beziehungen aus antikapitalistischer und feministischer Perspektive neu zu organisieren (vgl. ebd.: S. 11f). Gerade auch queerfeministische Analysen können dabei aufzeigen, wie soziale Reproduktion und Sorgearbeit abseits kapitalistischer Akkumulationsstrategien, aber auch abseits der heteronormativen Kleinfamilie gedacht und organisiert werden können. *Drittens* besteht der Anspruch, sowohl Verschiebungen, Erschließungen und Intensivierungen kapitalistischer Akkumulation als auch die damit verwobenen gesellschaftlichen Ausschlüsse zu fassen. Insbesondere geht es also darum, Kämpfe um Teilhabe und Gleichstellung nicht exklusiv zu führen, sondern auf Grundlage der Erfahrungen marginalisierter Personen. Pühl und Sauer verweisen hierbei vor allem auf verwertungsorientierte und extraktivistische Praktiken gegenüber Körpern, die mit Reproduktionsarbeit zusammenhängen – sowohl im Bezug auf reproduktive Medizin (Leihmutterschaft, Zellspenden) als auch im Bezug auf die Auslagerung von Care-Arbeit auf Migrant*innen (vgl. ebd.: S. 11f).

Auf einer theoretischen Ebene plädieren Pühl und Sauer dafür, identitätsbezogene Regierungs- und Regulierungsweisen insofern zu dekonstruieren, dass diese sowohl auf ihre materielle Basis rückführbar sind als auch „um Subjektivierungsweisen, Diskurse, Praxen und soziale Infrastrukturen verstehbar zu machen“ (Pühl/Sauer 2018: S.13). Damit verweisen die Autor*innen zum einen auf ihr Verständnis von Geschlechterverhältnissen als vielfältige und veränderbare soziale Praktiken und zeigen zum anderen auf, wie eine Analysepraxis aussehen könnte, die queerfeministische mit materialistischen Ansätzen verbindet. Als Regulierungsfelder zählen Pühl und Sauer folgende Bereiche auf: „der politischen Partizipation und Repräsentation; der (Lohn-)Arbeitsteilung; der individuellen wie gesellschaftlichen Reproduktion und der Care-Ökonomie; des (Sozial-)Staats; rassistischer Ausschlüsse sowie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und ihrer vergeschlechtlichten

Bearbeitung“ (ebd.: S. 13). Gerade mit Bezug auf die letzte Dimension besteht aufgrund einer sich zuspitzenden kolonialen Ausbeutung von Natur und Körper die Notwendigkeit eines sozial-ökologischen, antirassistischen und antikapitalistischen Queerfeminismus. Ein solcher Ansatz sollte dabei auch eine Sensibilität für die Subjektivierungen haben, welche durch eine extraktivistische Produktionsweise entstehen, an diese geknüpft sind und die weiterhin vergeschlechtlichte Arbeitsteilungen produzieren (vgl. ebd.: S. 15f).

Im Bereich der politischen Repräsentation und Partizipation konnte in den letzten Jahrzehnten von einer ambivalenten Liberalisierung queerer Lebensweisen gesprochen werden, die sich beispielhaft an der viel diskutierten Ehe für alle zeigte. Während jene Politiken eine Absicherung und Entdiskriminierung für LGBTIQ* bieten, schaffen sie auch neue Ausgrenzungen, da sie – so Pühl und Sauer – tief in eine weiterhin heterosexuelle, rassistische und klassistische Matrix eingewoben sind (vgl. Pühl/Sauer 2018: S. 14). Um diese Ambivalenz zu ergründen, ist es ebenfalls notwendig, queerfeministische Analysen um eine Ergründung der materiellen Basis und eine intersektionale Kritik zu erweitern. Gerade in den letzten Jahren ist durch die Angriffe von Rechts auf liberale Politiken die Frage drängend, inwieweit repräsentative Politiken verteidigt oder gänzlich neu gedacht werden müssen. Eine verbindende Klammer der fragmentarischen Theoretisierung stellt die Beschäftigung mit Subjektivierungsweisen dar. Pühl und Sauer verorten Subjektivierungsweisen in Regulierungs- und Regierungsweisen, in kollektivem Handeln, in Diskursen und Ideologien und in Affekten. Sie sehen in der Subjektivierung sowohl ein repressives, als auch ein emanzipatorisches Potential, aber vor allem die Notwendigkeit der Betrachtung von Subjektwerdung und deren Auswirkungen für eine queerfeministische Kapitalismusanalyse (vgl. rbd.: S. 13-16).

Sowohl in der Gegenwartsanalyse als auch in dem theoretischen Vorhaben einer queerfeministischen Kapitalismusanalyse arbeiten Pühl und Sauer verschiedene wertvolle Grundsätze und Schlaglichter einer solchen heraus. Gerade das konsequente Einfordern einer Zusammenführung feministisch-marxistischer und materialistischer Theorie mit queerfeministischen und dekonstruktivistischen Ansätzen ist dabei eine Stärke. Eine staatstheoretische Einbettung und eine vollumfängliche queerfeministische und antikapitalistische Theoretisierung des neoliberalen Kapitalismus bleiben – sofern es diese überhaupt geben kann – jedoch aus.

Im Nachgang eines Symposiums zu Perspektiven einer intersektionalen Staatstheorie haben sich Gundula Ludwig und Birgit Sauer einer Frage gewidmet, die für den theoretischen

Rahmen dieser Arbeit ebenfalls von großer Relevanz ist: Inwieweit ist es möglich, ausgehend von einer zunehmend intersektional denkenden feministischen Staatstheorie auch eine intersektionale Staatstheorie zu erarbeiten, die einerseits die staatstheoretische Analyse verschiedener verschränkter Herrschaftsverhältnisse ermöglicht und andererseits einen intersektionalen Anspruch als Maßstab für staatstheoretische Arbeiten formulieren kann? Diesem Vorhaben gehen Ludwig und Sauer nach, indem sie die Vorhaben und Errungenschaften feministischer Staatstheorie eindrucksvoll gebündelt und umfangreich darlegen.

Als Ausgangspunkt feministischer Staatstheorie machen Ludwig und Sauer die Kritik an der vermeintlichen Neutralität der (politik)wissenschaftlichen Disziplin wie auch des Staates selbst aus. Es galt also zunächst, die vermeintliche Neutralität aufzubrechen und eine Vergeschlechtlichung dieser zu beweisen und zu kritisieren. Der Blick feministischer Staatstheorie liegt daher stets darauf, „wie der Staat in komplexen und widersprüchlichen Prozessen aus Geschlechterverhältnissen entsteht und wie er Geschlechterverhältnisse als Ungleichheits-, Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse reproduziert und legitimiert“ (Ludwig/Sauer 2024: S. 9). Ebendieser Prämisse folgend, widmet sich feministische Staatskritik und -theorie grundlegenden Begriffen liberaler Staatstheorie und dekonstruiert dabei die Vertragstheorien als „maskulinistisches Phantasma“ (Ludwig 2023: S. 54), das staatliche Gewaltmonopol als eine einseitige vergeschlechtlichte Annahme, die ohne die privatisierte (Verfügungs-)Gewalt in der patriarchalen und heteronormativen Kleinfamilie nicht auskommen würde, und das Konzept der Staatsbürgerschaft als eine androzentristische Konzeption, die genauso wie das bürgerliche Recht entgegen dem behaupteten Universalismus auf dem Ausschluss oder der Marginalisierung von Lebensweisen beruht, die nicht heterosexuell, männlich, weiß, bürgerlich und ability-zentriert sind (vgl. Ludwig/Sauer 2014: S. 10f). Aber auch das Schaffen neuer Begriffe und eine damit verbundene Erweiterung gehören zu einem zentralen Anliegen feministischer Staatstheorie. Darin beweisen verschiedenste Arbeiten, dass der Staat im Besonderen durch das Trennungsdispositiv öffentlich/privat auf eine vergeschlechtlichte Reproduktion und Ausbeutung, auf die unzähligen Praxen von Sorge und sozialen Beziehungen, auf Sexualität, Körper und Affekte sowohl angewiesen ist als auch diese gleichzeitig reguliert und diszipliniert. Dabei sind Affekte und Emotionen ebenfalls Handlungsgrundlage der männlich strukturierten und besetzten Bürokratien und Staatsapparate (vgl. ebd.: S. 11f; Bargetz 2018). Zuletzt war es – über die Kritik an geschlechtsspezifischer Herrschaft hinaus – ein Anliegen feministischer

Staatstheorie, eine politische und emanzipatorische Perspektive jenseits des Bestehenden als möglich zu erachten und zu formulieren (vgl. Löffler 2011: S. 193).

Ludwig und Sauer zeigen zudem erneut auf, wie feministische Beschäftigungen mit dem Staat sowohl eine Erweiterung und Ausdifferenzierung für kritische Staatstheorie leisten, als auch gleichzeitig die Produktivität letzterer beweisen. Von den ersten feministisch-marxistischen Arbeiten bis hin zur Formanalyse Evi Genettis kann dadurch aufgezeigt werden, dass der bürgerlich-patriarchale Staat zentraler Ort der (Re-)Produktion einer vergeschlechtlichten kapitalistischen Produktionsweise ist und gleichzeitig die „vergeschlechtlichte kapitalistische Ökonomie die politische Form des Staates hervorbringt“ (Ludwig/Sauer 2024: S. 13). Für eine feministisch-staatstheoretische Beschäftigung mit der Rolle von Gewalt sowie der (Selbst-)Regierung und Disziplinierung von Körpern und Subjekten war eine Verknüpfung mit den diskurs- und gouvernementalitätstheoretischen Arbeiten Foucaults eine große Bereicherung. Dadurch war es möglich, moderner Staatlichkeit eine heteronormative, patriarchale und cis-zweigeschlechtliche Subjektivierungsweise nachzuweisen (vgl. ebd.: S. 13f).

Zum einen besteht die Möglichkeit den vermeintlich neutralen Konzeptionen liberaler Staatlichkeit auf unterschiedlichen Ebenen eine vergeschlechtlichte Bias nachweisen. Zum anderen können bestehende Staatstheorien um eine Analyse von Geschlechterverhältnissen erweitert werden. Gleichzeitig stößt die sensible Analyse von Geschlechterverhältnissen im Staat regelmäßig darauf, dass diese nur durch eine intersektionale Perspektive leistbar ist. Ausgehend von dem umfangreichen Repertoire feministischer Staatskritik und Staatstheorie seit den 1990er Jahren ziehen Ludwig und Sauer deshalb das selbstkritische Fazit, dass es einer Analyse dazu bedarf, wie sich die mehrdimensionalen Herrschaftsverhältnisse in den Staat einschreiben (vgl. Ludwig/Sauer 2024: S. 14f). Um eine solche Analyse zu leisten, führen Ludwig und Sauer folgend verschiedene Aspekte mehrdimensionaler Herrschaft an, welche bereits Gegenstand kritisch-materialistischer, queerfeministischer und intersektionaler Forschung sind.

Aus antirassistischer Perspektive sind sowohl der in den bürgerlich-westlichen Staaten festgeschriebene koloniale Bias als auch der in den liberalen Staatstheorien verankerte „racial contract“ (Pateman/Mills 2007) zentral. Das damit eng verwobene Konzept der Staatsbürger*innenschaft stellte historisch einen Mechanismus dar, um Rassismus, Ausbeutung und koloniale Gewalt gegenüber Schwarzen Menschen und indigenen Menschen sowie People of Color zu rechtfertigen und legitimiert heute noch rassistische Ausgrenzungen bis hin zur Aberkennung, ein (freies und selbstbestimmtes) Subjekt zu sein (vgl.

Ludwig/Sauer 2024: S. 15). Neben der damit einhergehenden Verwehrung von politischen und sozialen Rechten ist ebenfalls der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Nahrungsmittel stark limitiert oder verwehrt. Beides stellt eine Materialisierung rassistischer Diskurse und Praxen dar. Rassistische Gewalt ist zudem in juristische und polizeiliche Staatsapparate eingeschrieben und mündet in der Praxis, rassifizierte Subjekte nicht als schutzbedürftig, sondern als Bedrohung zu charakterisieren (vgl. ebd.: S. 15f).

Entgegen der behaupteten liberalen Einbindung von queeren Lebensweisen in den bürgerlich-kapitalistischen Staat stellen queerfeministische und trans-feministische Arbeiten fest, dass sowohl die physische Gewalt gegen trans*, inter* und nichtbinäre Personen als auch die systematische Pathologisierung und Diskriminierung eben jener von staatlichen Strukturen stabilisiert oder hervorgebracht wird. Zentral hierfür sind rechtliche Privilegien und Normen, die mit einer Cis-Zweigeschlechtlichkeit und heteronormativen Beziehungs- und Familienvorstellungen einhergehen. Die sonst gewaltvoll regierten Körper von queeren Personen gelten dann aber plötzlich als schützenswert, wenn sie – so die rassistische Erzählung – von den vermeintlich queerfeindlichen Migrant*innen bedroht würden (vgl. Ludwig/Sauer 2024: S. 16f). Gerade hier zeigt sich die Notwendigkeit einer gemeinsamen Analyse mehrdimensionaler Herrschaftsverhältnisse.

Bei Personen, die nicht in das Bild einer ability-zentrierten Gesellschaft passen, verknüpft sich das Absprechen eines Subjektstatus mit der staatlich behaupteten Schutzbedürftigkeit. Abweichungen von den in liberalen Vertragstheorien benannten weißen, besitzenden und nicht be_hinderten Männern wird demnach eine Selbstbestimmung in vielen Bereichen ihres Lebens abgesprochen und gleichzeitig sind diese verschiedenen staatlichen Zwängen und Regulierungen ausgesetzt. So wird zum Beispiel Menschen mit Behinderung sowohl eine selbstbestimmte Sexualität als auch eine Entscheidung im Bereich der Elternschaft abgesprochen (vgl. Ludwig/Sauer 2024: S. 17f).

Eine Regierungsweise, in welcher verschiedene Herrschaftsdimensionen miteinander interagieren, stellt laut Ludwig und Sauer die staatliche Biopolitik dar. Während bereits die Kolonien imperialer Staaten ein Versuchslabor für Reproduktions-Politiken waren, so stellen auch die unzähligen biopolitischen Regierungsweisen des modernen kapitalistischen Staates eine ableistische, rassistische, queerfeindliche, klassistische und sexistische Praxis dar (vgl. Ludwig/Sauer 2024: S. 16-18). Die Analyse dieser staatlichen Praxis steht jedoch nur exemplarisch für die vielseitigen, sich teilweise widersprechenden Apparate und spiegelt nur partiell die Herrschaftsverhältnisse wider, die sich im bürgerlich-patriarchalen Staat materialisiert haben. In den angeführten Arbeiten zu jeweils spezifischen oder auch

verwobenen Dimensionen von Herrschaft und ihrem Verhältnis zu Staatlichkeit sehen Ludwig und Sauer aber eine gute Ausgangslage, um einen weiteren Beitrag zur Erweiterung von Staatstheorien um eine intersektionale Perspektive zu leisten – mit dem Ziel, eine intersektionale Staatstheorie zu erarbeiten.

Für deren Verständnis von Intersektionalität beziehen sich Ludwig und Sauer auf die Arbeiten von Kimberlé Crenshaw (1989;1991) und auf das Debattenpapier des Combahee River Collective (1977) zu Mehrfachdiskriminierung und Identitätspolitik als schwarze und lesbische Feminist*innen. Intersektionalität stellt demnach die Theoretisierung von miteinander verwobenen Gewalt- oder Diskriminierungserfahrungen dar, die meist in einer Gleichzeitigkeit auftreten und sich weder einseitig auflösen noch addieren lassen. Von den Erfahrungen aus lässt sich zudem auf die Verwobenheit der unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse und die dazugehörigen legitimierenden Diskurse schließen sowie auf jeweilige Subjektivierungsweisen (vgl. Ludwig/Sauer 2024: S. 19f). Die Entstehung des Konzeptes der Intersektionalität aus einer marginalisierten Perspektive verweist bereits darauf, dass es dabei nicht nur um eine reine Analyse von verwobenen Herrschafts-, Gewalt- und Machtstrukturen geht, sondern auch um eine Kritik an eben jenen gesellschaftlichen Verhältnissen und an dem Staat, welcher Ungleichheit reproduziert und organisiert. Intersektionalität lässt sich ebenso als politische und transformative Perspektive begreifen. Darin zeigen sich Gemeinsamkeiten zwischen einer intersektionalen und einer feministischen Theorie und Kritik (vgl. ebd.: S. 20f).

Für das Erarbeiten einer intersektionalen Staatstheorie stellt sich jedoch weiterhin die Frage nach der Theoretisierung des Staates, staatlicher Techniken, der Staatsapparate und von Transformationsprozessen. Mit dem Versuch einer Erweiterung feministischer und materialistischer Staatstheorie präzisieren Ludwig und Sauer:

„Wie können wir Staatlichkeit als intersektionale Verdichtung von Ungleichheiten konzipieren, die sich in herrschaftliche Institutionen und Normen ebenso einschreiben wie in Körper, die in diesem Prozess kategorisiert werden?“
(Ludwig/Sauer 2024: S. 21)

Um die aufgeworfene Frage zu beantworten, formulieren Ludwig und Sauer fünf Dimensionen. *Erstens* lässt sich der Staat als historische Genese von kolonialen, patriarchalen und kapitalistischen Prozessen verstehen, wie zum Beispiel einer ursprünglichen Akkumulation oder einer vergeschlechtlichten Kolonialität. Erst die kapitalistische Staatlichkeit hat dabei bestehende Unterdrückungsverhältnisse in Machttechniken umgewandelt. *Zweitens* ist der Staat entgegen seiner Behauptung kein Garant für das

Wohlergehen aller, sondern vielmehr für eine selektive Privilegierung. Die damit verbundenen Ein- und Ausschlüsse sind Ergebnis gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, die sich im Staat verdichtet haben. Ein- und Ausschlüsse sind jedoch auch veränderbar, ob durch eine kollektive Verweigerung von Machttechniken und Disziplinierung oder durch die Etablierung von autonomen Strukturen der Sorge. *Drittens* schreiben sich mehrdimensionale Herrschaftsverhältnisse in die Bürokratien und Instrumente des Staates ein und verdichten sich unter anderem in der Rechtsprechung sowie der personellen Ausgestaltung der Apparate. Dabei zeigt sich die Besonderheit einer intersektionalen Analyse darin, dass eine gleichzeitige Diskriminierung und Privilegierung durch unterschiedliche Staatsapparate möglich ist. *Viertens* zeigt sich, dass staatliche Regierungsweisen verschiedene Herrschaftsverhältnisse nicht nur miteinander verschränken, sondern auch neu strukturieren. So können etwa durch Zugeständnisse an gesellschaftliche Akteure bestehende Herrschaftslogiken verschoben und neue Spaltungen erzeugt werden. Geschlechterpolitiken können beispielsweise für rassistische Ausschlüsse instrumentalisiert werden. *Fünftens* kann der Staat ein Ort sein, innerhalb dessen auch emanzipatorische Politiken möglich sind und in dem durch das Erkämpfen oder Verteidigen von Rechten auch die partielle Stärkung von marginalisierten Gruppen möglich ist. Die herrschaftssichernde und gewaltausübende Struktur des Staates verweist aber auch darauf, dass nur die Überwindung oder Abschaffung des Staates durch abolitionistische Kämpfe und Politiken eine Emanzipation ermöglichen kann. Viele Subjekte sind zudem durch Ausgrenzung und Pathologisierung nicht in der Lage, innerhalb des Staates für ihre Interessen einzustehen (vgl. Ludwig/Sauer 2024: S. 21-24).

Die Frage nach einer intersektionalen Staatstheorie und der Versuch, eine eben solche zu entwerfen, führen für Ludwig und Sauer zu der Schlussfolgerung, dass es ähnlich wie bei feministischer Staatstheorie nur eine fragmentierte Theoretisierung und „nicht die eine intersektionale Staatstheorie geben kann und sollte“ (Ludwig/Sauer 2024: S. 24). Es sei daher notwendig und ein Gewinn zugleich, im Rahmen spezifischer Forschungsvorhaben intersektionale Ansätze mit Konzepten materialistischer und feministischer Staatskritik zu verknüpfen sowie um (queer-)feministische Begriffe zu erweitern (vgl. ebd.: S. 24f). Das Vorhaben einer intersektionalen Staatstheorie ist jedoch unter schwersten Bedingungen zu meistern, da die bestehenden Orte der Wissensproduktion selbst von Ausschlüssen, technischen Prozessen und Individualisierung geprägt sind. Die Rahmenbedingungen bürgerlich-kapitalistischer Wissenschaft stehen einer kollektiven, kritischen und auf Erfahrungen basierenden Forschung grundsätzlich entgegen (vgl. ebd.: S. 25f). Im folgenden Kapitel werde ich anhand von Perspektiven feministisch-intersektionaler Kritik und der

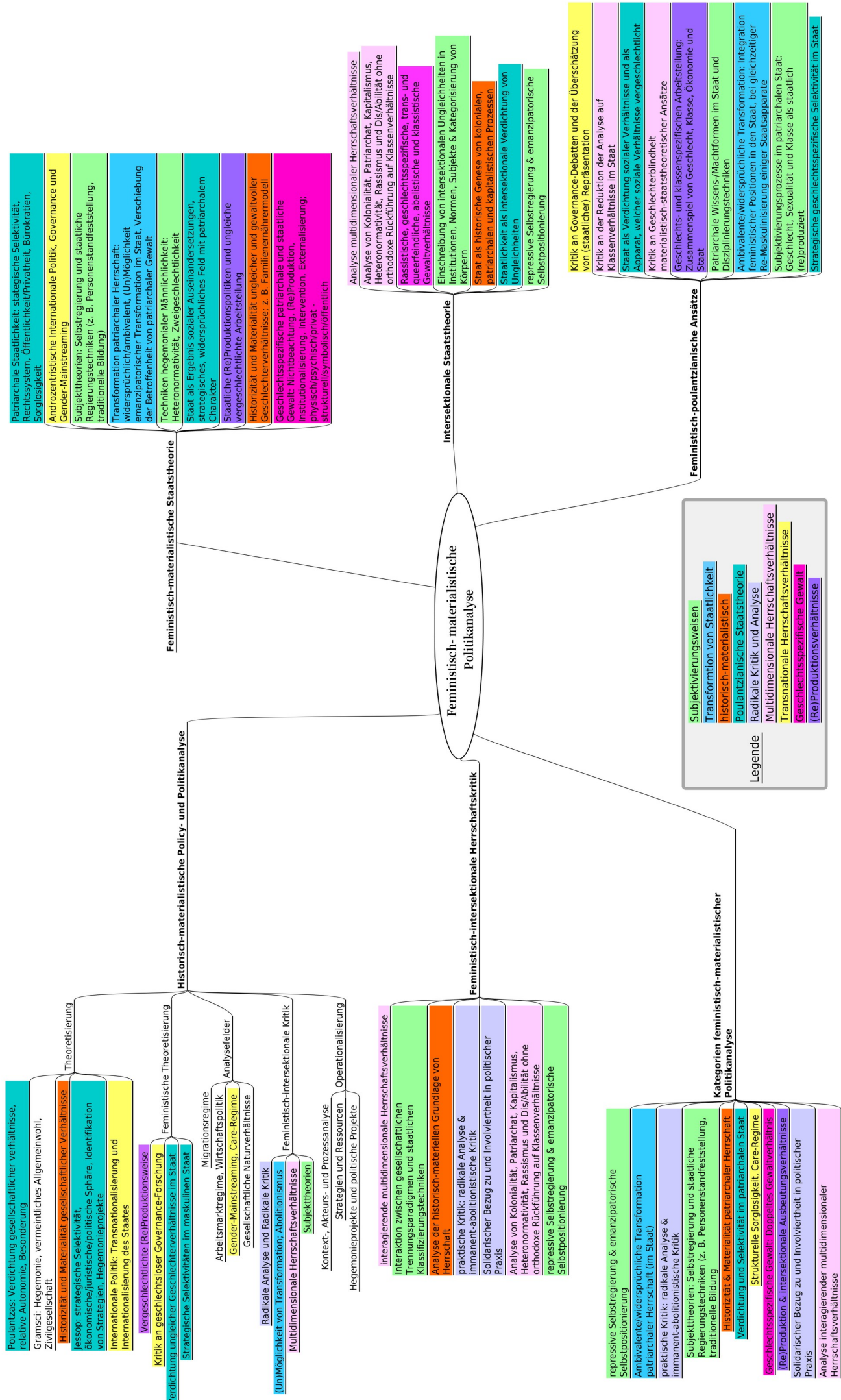
Ansätze feministisch-materialistischer und intersektionaler Staatstheorie eine feministisch-materialistische Kritik an der HMPA formulieren. Im Anschluss daran werde ich aufbauend auf den herausgearbeiteten Integrationsmöglichkeiten in die HMPA den Ansatz einer feministisch-materialistischen Politikanalyse skizzieren. Zuletzt werde ich die Möglichkeit einer Intersektionalen Politikanalyse diskutieren.

6. Ansatz einer feministisch-materialistischen Politikanalyse

Eines der zu Beginn formulierten Forschungsinteressen und -vorhaben war es, die HMPA mit Hilfe von feministisch-intersektionalen Perspektiven zu kritisieren sowie theoretische und analytische Forschungslücken aufzuzeigen. Um eine strukturierte Kritik an der HMPA zu ermöglichen, habe ich in *Kapitel 2* Kategorien radikaler Herrschaftskritik und Analyse mit intersektionalen Ansätzen verbunden und darauf aufbauend mehrere Leitfragen formuliert. Sowohl die im Forschungsstand nachgezeichneten Debatten innerhalb der HMPA (*Kapitel 3*) als auch die ausgewählten theoretischen Konzeptionen der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa und von Brand et al. (*Kapitel 4*) konnte ich, unterstützt durch die Leitfragen feministisch-intersektionaler Herrschaftskritik, strukturiert untersuchen. Die in den Kapiteln abschnittsweise formulierten Kritiken beziehen sich auf die verschiedenen Formen von Herrschaftskritik und -analyse der HMPA, auf die Theoretisierung und Analyse von Geschlecht, auf den Anspruch emanzipatorischer Transformation oder Abolition und schließlich auf die Umsetzung einer intersektionalen Analyse multidimensionaler Herrschaft. Die formulierte Kritik ermöglicht es mir, Forschungslücken sichtbar zu machen und damit auch die Potentiale aufzuzeigen, feministische und intersektionale Staatstheorie in die HMPA zu integrieren.

Ausgehend vom Forschungsstand habe ich darauf hingewiesen, dass eine Integration feministisch-materialistischer Staatstheorie in die HMPA aufgrund der gemeinsamen feministisch-poulantzianischen Ansätze, mehrerer Bezugnahmen auf feministische Staatstheorie durch die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa sowie einiger produktiver geschlechtertheoretischer Analysen im Rahmen der HMPA möglich erscheint. Was für eine Integration feministisch-materialistischer Staatstheorie in die HMPA jedoch noch ausbleibt, ist eine strukturierte Kritik an der HMPA aus der Perspektive feministisch-materialistischer Staatstheorie. Dafür werden im folgenden Abschnitt Kategorien feministisch-materialistischer Kritik auf Basis meiner Ausarbeitungen in *Kapitel 5* formuliert. Im Anschluss daran werde ich, aufbauend auf den Kategorien feministisch-materialistischer Kritik und feministisch-intersektionaler Herrschaftskritik, den Ansatz einer feministisch-materialistischen Politikanalyse skizzieren. Zuletzt werde ich die Möglichkeit und das Potential einer intersektionalen Politikanalyse diskutieren. Für die jeweilige Ausarbeitung der Kategorien hilft mir eine selbst angefertigte MindMap, welche die Gemeinsamkeiten der verschiedenen diskutierten Forschungsansätze, sowie deren Kritiken aneinander aufzeigt. Die MindMap habe ich angelehnt an die Concept-Mapping-Methode (McLean/Link 2022) erstellt. Der

Hauptpfad stellt die Zielsetzung einer Feministisch-materialistischen Politikanalyse dar. Die Unterpfade stellen die einzelnen theoretischen Konzepte dar, die ich jeweils durch weitere Unterpfade charakterisiert habe. Über die Charakterisierungen konnte ich schließlich Kritiken, Forschungslücken, Bezüge und Gemeinsamkeiten herausarbeiten und diese zu Kategorien bündeln. Die MindMap wird im Folgenden abgebildet und befindet sich in besserer Auflösung im digitalen Anhang.



6.1 Kategorien *feministisch-materialistischer Kritik*

Die in diesem Kapitel dargelegten Kategorien feministisch-materialistischer Kritik speisen sich aus zwei unterschiedlichen Vorgehensweisen. Einerseits habe ich die von mir nachgezeichneten feministisch-poulantzianischen Ansätze (*Kapitel 3.6*) sowie die herausgearbeiteten zentralen Debatten feministisch-materialistischer Staatstheorie (*Kapitel 5*) nach zentralen Themen, Wiederholungen, Konzepten und besonderen Nennungen untersucht. Andererseits war es mir möglich, mit Hilfe einer strukturierenden MindMap zentrale Verbindungen und Übereinstimmungen zwischen der HMPA, feministisch-materialistischer Staatstheorie, feministisch-poulantzianischen Ansätzen und feministisch-intersektionaler Herrschaftskritik zu identifizieren. Aus zahlreichen sich überschneidenden Theorien, Konzepten und Themenschwerpunkten konnte ich anhand der MindMap vier zentrale Forschungslücken innerhalb und Kritikpunkte an der HMPA identifizieren. Diese stellen jeweils eine Kategorie dar: der *patriarchale Charakter des Staates*, *geschlechtsspezifische Gewalt*, die *Transformation des Staates* und *Subjektivierungsweisen*. Die ausgemachten Kategorien fassen jeweils mehrere miteinander verknüpfte theoretische Debatten, Konzepte und Themenkomplexe. Um die Verknüpfungen sichtbar zu machen, tauchen innerhalb der Charakterisierung der Kategorien mehrfach Bezugnahmen und Überschneidungen auf.

6.1.1 Patriarchaler Charakter des Staates

Durch die Verwendung eines poulantzianischen Staatsbegriffs und den Rückgriff auf feministisch-poulantzianische Ansätze geht die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (2012; 2014) bereits davon aus, dass der Staat als Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen und als Verdichtung sozialer Verhältnisse zu betrachten ist. Folgerichtig argumentieren sie, dass der Staat zwar ein widersprüchliches Feld ist, auf welchem sich Strategien verdichten, dem Staat jedoch ein patriarchaler Charakter innewohnt, der sich historisch eingeschrieben und materialisiert hat. An dieser Stelle versäumen es die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa und der Wiener Ansatz (Brand 2013, Brand et al. 2022), auszuformulieren, was den patriarchalen Charakter des Staates ausmacht und welche Auswirkungen ein solcher auf gesellschaftliche Prozesse hat.¹⁵ Die identifizierte Leerstelle in der Bestimmung des Staates wird besonders mit Bezug auf feministisch-materialistische Staatstheorie deutlich: Feministische Staatskritik argumentiert, dass der patriarchale Staat trotz Liberalisierung in

15 Lediglich einzelne Arbeiten machen seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 ein hegemonial-männliches Genderregime (Wöhl 2019) oder ein maskulin-autoritäres Herrschaftsprojekt im europäischen Staatsprojekt aus.

seiner historischen Kontinuität als sexueller Unterwerfungsvertrag angesehen werden kann. Feministische Bewegungen waren zwar in der Lage, partiell Rechte, Freiheiten und Zugänge zu erkämpfen, aber vermochten es nicht, hegemoniale Vorstellungen und Gegebenheiten zu transformieren. Die ideologische Trennung in Öffentlichkeit und Privatheit, heteronormative (Familien-)Vorstellungen, Zweigeschlechtlichkeit, Sexualnormen, vergeschlechtlichte Arbeits-, Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnisse sowie männliche Bükratien und Apparate sind tief in den Staat eingeschrieben. Ein Forschungsfeld, welches sich wie die HMPA mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen im Staat beschäftigt, ist sowohl mit dem patriarchalen Charakter des Staates als auch mit seinem überzeitlichen Paradigma konfrontiert. Beide strukturellen Eigenschaften des Staates gilt es auch in einer Herrschaftsanalyse mitzudenken, die sich nicht zentral mit Geschlechterverhältnissen beschäftigt.

Feministische Staatstheorie weist darüber hinaus auf die Wechselwirkung des Staates hin, nicht nur strategisches Feld und eine Verdichtung gesellschaftlicher Verhältnisse zu sein, sondern ebenfalls soziale Verhältnisse zu vergeschlechtlichen. Sie verweist auch auf die strategische Selektivität des Staates, welche dazu führt, dass FLINTA* einen erschwerten Zugang zu staatlichen Apparaten und Entscheidungsräumen haben. Gleichzeitig werden die Interessen von FLINTA* ignoriert (non-policies) oder dethematisiert. Der Staat hat also auch die Funktion inne, ungleiche Geschlechterverhältnisse zu (re)produzieren, und kann als strukturell sorglos charakterisiert werden.

6.1.2 Geschlechtsspezifische Gewalt

Die Autor*innen der HMPA benennen den Begriff der Gewalt ausschließlich in ihrer Abgrenzung von orthodox-marxistischen Staatstheorien. Gleichzeitig impliziert die Analyse von Herrschaftsverhältnissen auch die Beschäftigung mit verschiedenen Formen von Gewalt. In der feministischen Staatstheorie gibt es hingegen eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Interaktionen zwischen Staat, Gewalt und Geschlecht, die eine Leerstelle bei der Bestimmung des Staates innerhalb der HMPA offenbart.

Die feministisch-materialistische Analyse von geschlechtsspezifischer Gewalt verweist darauf, dass sich der ideologische Ursprung von physischer und struktureller vergeschlechtlichter Gewalt unter anderem in der patriarchalen Familienordnung sowie der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit finden lässt. Beide haben sich entgegen der staatlichen Behauptung einer Gewaltfreiheit in die staatlichen Strukturen eingeschrieben.

Neben der daraus resultierenden Erkenntnis, dass sich ökonomische Abhängigkeitsstrukturen, ungleiche Arbeitsverhältnisse und das Verwehren von Rechten und Zugängen als geschlechtsspezifisches Gewaltverhältnis institutionalisiert haben, spielt aber vor allem auch die physische/privatisierte Gewalt eine zentrale Rolle für den Charakter des patriarchalen Staates. In der feministisch-materialistischen Staatstheorie wird hier von einem spezifischen vergeschlechtlichten doppelten Gewaltverhältnis (physisch/privat/direkt und strukturell/symbolisch/öffentlich) gesprochen. Denn während viele soziale Konflikte durch Kompromisse über den Staat geregelt werden, sind FLINTA* weiterhin körperlicher Gewalt bis hin zum Femi(ni)zid ausgesetzt und erfahren dafür von Seiten des Staates Nichtbeachtung (vgl. Sauer 2018a: S. 115-117). Für eine Analyse gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um Hegemonie lohnt es sich, die Rolle von geschlechtsspezifischer und direkt-physischer Gewalt mitzudenken. Die Überwindung patriarchaler Herrschaftsverhältnisse kann nur mit einer gleichzeitigen Überwindung von physischer/direkter/privater und struktureller/öffentlicher/symbolischer Gewalt gelingen.

6.1.3 Transformation des Staates

Transformationsprozesse sind zentrale Untersuchungsgegenstände der Historisch-materialistischen Policy- und Politikanalyse, sowohl auf lokaler und nationaler Ebene als auch auf transnationalem Terrain. Vordergründiges Ziel ist es hierbei, die jeweiligen historischen Prozesse und die darin enthaltenen Kräftekonstellationen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nachzuzeichnen. Feministisch-materialistische Analysen gehen oft ähnlich vor und zeichnen die Transformationsprozesse patriarchaler Herrschaft anhand verschiedener gesellschaftlicher Fraktionen und deren Strategien und Lebensweisen nach (unter anderem Löffler 2017, Sauer 2018a, Pühl/Sauer 2018, Wöhl 2019). Zentrale Erkenntnis aus der Analyse von Transformationsprozessen patriarchaler Herrschaft war es, dass Kämpfe für Rechte, Teilhabe und Gleichstellung von FLINTA* meist zu einer kompromisshaften Integration feministischer Positionen in den Staat geführt haben, allerdings bei einer gleichzeitigen Re-Maskulinisierung von Teilen der Staatsapparate und einer Verschiebung von Marginalisierung, anstatt deren Abschaffung. Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes führte so zum Beispiel zu prekär entlohnerten Sorgeberufen, die auf Migrant*innen ausgelagert wurden. Debatten über Gewaltschutz führten zu einer rassistischen Externalisierung von Gewalt. Aufgrund dieser Beobachtung wird einerseits von einer Dauerhaftigkeit des modernen maskulinen Staates und andererseits von einer ambivalenten und widersprüchlichen

Transformation des Staates ausgegangen. Eine theoretische Beschäftigung mit der (Un)Möglichkeit der Transformation des patriarchalen Staates wäre für die HMPA durchaus gewinnbringend. Darüber hinaus würde es sich anbieten, Schlüsse aus intersektionalen, feministischen und abolitionistischen Kämpfen sowie theoretischen Ansätzen zu ziehen, welche versuchen, Reproduktion jenseits von kapitalistischer Akkumulation und heteronormativer Kleinfamilie zu organisieren und gleichzeitig die Überwindung von direkter/privater und struktureller/staatlicher Gewalt anstreben.

6.1.4 Subjektivierungsweisen

Mit Bezug auf feministisch-materialistische Staatstheorie argumentiert die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa, dass der Staat sowohl ein materialisiertes Klassen- und Geschlechterverhältnis ist als auch, dass er Subjekte entlang von Herrschaftsverhältnissen hervorbringt (vgl. Buckel et al. 2014: S. 28f). Der Wiener Ansatz verweist zudem auf die Rolle von Machttechniken und hegemonialem Wissen sowie auf die Notwendigkeit, diese zu dekonstruieren (vgl. Brand et al. 2022: S. 289). Die Auseinandersetzung mit Subjektivierungsweisen findet in der HMPA jedoch nur beiläufig statt und stellt aus der Perspektive feministischer Staatstheorie eine Leerstelle dar. Feministisch-materialistische Staatstheorie verbindet hingegen materialistische Staatstheorie mit dekonstruktivistischen und queerfeministischen Ansätzen, die sich zentral mit Prozessen der Subjektivierung beschäftigen. Eine zentrale Beobachtung ist die Wechselwirkung von Einschreiben patriarchaler Verhältnisse in den Staat, staatlicher subjektbezogener Regierungstechniken und einer Selbstregierung. Beispiele für staatliche Regierungstechniken sind die zweigeschlechtliche Personenstandfeststellung, traditionelle heteronormative Bildung und ökonomische Modelle, welche auf patriarchalen Familienmodellen aufbauen. Jene Regierungs- und Disziplinierungstechniken können auf sexistische Wissens- und Machtformen im maskulinen Staat zurückgreifen. Selbstdisziplinierung fußt meist auf einer materiellen Grundlage, so lässt sich eine Re-Familiarisierung unter anderem durch die schiere Unmöglichkeit erklären, Sorgestrukturen abseits der Kleinfamilie zu etablieren. Schlussendlich erscheint es vonnöten, die Analyse von Subjektivierungsweisen im patriarchalen Staat in die HMPA zu integrieren sowie Geschlecht, Sexualität und Klasse als staatlich (re)produziert anzunehmen.

6.2 Kategorien *feministisch-materialistischer Politikanalyse*

Der von mir im Folgenden skizzierte Ansatz einer feministisch-materialistischen Politikanalyse stellt einen Versuch dar, die verschiedenen Konzepte, Begriffe, Kritiken und Inhalte feministisch-materialistischer Staatstheorie und feministisch-intersektionaler Herrschaftskritik in die HMPA zu integrieren. Das Vorhaben einer Integration und Erweiterung um wissenschaftliche und aktivistische Debatten habe ich teilweise als überkomplex wahrgenommen. Für eine Reduktion der Komplexität erscheint es mir sinnvoll, die Integrationsmöglichkeiten in Form von Kategorien abzubilden. Die Kategorien einer feministisch-materialistischen Politikanalyse speisen sich aus drei verschiedenen Vorgehensweisen. *Erstens* habe ich die in *Kapitel 2* entworfenen Leitfragen feministisch-intersektionaler Kritik auf die HMPA angewendet und dadurch Leerstellen herausgearbeitet. *Zweitens* diente mir das umfangreiche Repertoire feministisch-materialistischer Staatstheorie und -kritik als Werkzeug, um Konzepte herauszuarbeiten, welche in der HMPA keine Verwendung finden, aber an diese anschließen. *Drittens* half mir die zuvor erstellte MindMap dabei, sowohl Überschneidungen zwischen Kritiken an der HMPA als auch Zusammenhänge innerhalb der theoretischen Konzeptionen der HMPA, feministisch-materialistischer Staatstheorie und intersektionaler Ansätze zu identifizieren. Anhand der beschriebenen Arbeitsweise habe ich drei Kategorien ausgemacht, die eine Überschneidung zu den Kategorien feministisch-materialistischer Kritik aufweisen: die Rolle von *Subjektivierungsweisen*, die *geschlechtsspezifische Gewalt* und die *Transformation des Staates*. Ergänzt durch die Perspektiven feministisch-intersektionaler Kritik konnte ich zwei weitere Kategorien ausmachen: eine verbindende *radikale Kritik und Analyse* und eine *multidimensionale Herrschaftsanalyse*.

6.2.1 Subjektivierungsweisen

Ausgehend von den Erkenntnissen aus den *Kapiteln 3.7 (Zwischenfazit)* und *4.4 (Operationalisierung der HMPA)* sowie dem vorangegangenen *Kapitel 6.1 (Kategorien feministisch-materialistischer Kritik)* komme ich zu dem Schluss, dass Subjekttheorien in der HMPA kaum Beachtung finden und dass eine Integration von subjekttheoretischen Konzepten zwar möglich, aber schwer zu bewerkstelligen ist. Dennoch erlaubt mir die HMPA eine Erweiterung um die Rolle von Subjektivierungsweisen im Staat. Die Offenheit der Operationalisierung der HMPA und die poulantzianische Theoretisierung sehe ich als produktiv für die theoretische und analytische Integration an.

Die HMPA hat einen starken analytischen Fokus auf die materiellen Bedingungen von Subjekten. Das Handeln und die politischen Positionen von Akteur*innen leitet die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa in ihrer Operationalisierung jedoch nicht aus der sozialen Position ab, sondern aus den von Akteur*innen formulierten Strategien (vgl. Buckel et al. 2014: S. 46). Der Wiener Ansatz setzt zudem auf die Dekonstruktion von staatlichen Agenden und interessiert sich für den Zusammenhang von sozialen Positionen (etwa sozialen Klassen) mit formulierten Interessen oder Strategien (vgl. Brand et al. 2022: S. 289f). Feministische Staatstheorie und intersektionale Ansätze zeigen auf, dass es keinen Widerspruch darstellt, die materiellen Bedingungen von Subjektivität und die verschiedenen Prozesse staatlicher und gesellschaftlicher Subjektivierungsweisen gemeinsam zu analysieren. Geschlecht wird unter anderem sowohl durch staatlich reproduzierte Binarität und Heterosexualität hergestellt als auch durch materielle Bedingungen, welche ein traditionelles Familienmodell ökonomisch attraktiver machen (vgl. Sauer 2018a: S. 119f; Sauer 2018b: S. 183). Die materiellen Bedingungen sind dabei ebenfalls durch staatliche Regulierungen beeinflusst. Staatliche und gesellschaftliche Subjektivierungsweisen interagieren nicht nur mit der gegebenen Materialität – materielle Bedingungen, Affekte, Diskurse, kollektives Handeln, Ideologien, (Selbst-)Regierungstechniken und Regulierungsweisen tragen gemeinsam zu einer Subjektkonstituierung bei (vgl. Pühl/Sauer 2018: S. 13-16). Die wechselseitige Interaktion von Subjekthandeln und Subjektivierungsweisen muss jedoch in ihrem Zusammenspiel mit Bürokratien, Institutionen und politischen Projekten analysiert werden, um die Rolle des Staates nicht zu vernachlässigen.

Wie Ludwig und Sauer herausarbeiten, beschäftigt sich bereits Nicos Poulantzas mit dem Zusammenhang von Staatlichkeit und Subjektivierung. Er nimmt Subjektivität als explizit staatlich hervorgebracht an, was auf die Vielzahl von repressiven Regierungstechniken und die damit verbundene Selbstregierung verweist, die erst – so die Annahme – mit dem bürgerlich-kapitalistischen Staat entstanden sind (vgl. Ludwig/Sauer 2009: S. 181f). Der Staat wird in der HMPA mit Poulantzas als Ort angesehen, in welchem Konflikte ausgetragen, institutionalisiert und reproduziert werden. Ergänzt um Subjekttheorien würde das bedeuten, eine feministisch-materialistische Politikanalyse hat das Ziel, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in ihrem Zusammenspiel mit der wechselseitigen Konstruktion und Reproduktion von Geschlecht, Subjekten und Staatlichkeit zu analysieren. In der Operationalisierung der HMPA geschieht dies bereits mit der Analyse von institutionellen beziehungsweise strategisch-strukturellen Selektivitäten, welche in einem wechselseitigen Verhältnis zu Subjektivierungsprozessen stehen (vgl. Buckel et al. 2014: S. 51). Für den

Ansatz einer feministisch-materialistischen Politikanalyse halte ich es für hilfreich, die in der HMPA untersuchten Konflikte, formulierten Strategien und die darin enthaltenen Regulierungsweisen sowie die agierenden Subjekte auf ihre materielle Basis zurückzuführen. In einem zweiten Schritt könnte eine Dekonstruktion der in den Strategien enthaltenen Subjektivierungsweisen helfen, um zu identifizieren, mit welcher Repression, Marginalisierung oder Entrechtung welche Subjekte angesprochen werden.

6.2.2 Geschlechtsspezifische Gewalt

Die Auseinandersetzung mit der Besonderheit geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewaltverhältnissen im Allgemeinen stellt in der HMPA, wie oben identifiziert (*Kapitel 6.1*), eine Leerstelle dar. Es stellt sich also die Frage, wie Erkenntnisse und Konzepte feministisch-materialistischer Staatstheorie bezüglich (patriarchaler) Gewaltverhältnisse in die HMPA integriert werden können. Mögliche Räume für dieses Vorhaben sehe ich in der Theoretisierung wie auch in der Operationalisierung der HMPA.

Die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa grenzt sich auf einer theoretischen Ebene sowohl von einer Governance-Forschung ab, welche den Staat nur als ausübendes Gewaltmonopol versteht, als auch von orthodox-marxistischen Theorien, welche den Staat auf seine Funktion reduzieren, Klassenverhältnisse gewaltvoll aufrechtzuerhalten (vgl. Buckel et al. 2014: S. 23f). Das vielschichtige Staatsverständnis der HMPA ermöglicht es mir, den Staat als Terrain zu begreifen, auf welchem sich Gewalt- und ungleiche Geschlechterverhältnisse verdichten. Jene Verhältnisse werden wiederum durch staatliche Apparate und Techniken reproduziert. Eine feministisch-materialistische Politikanalyse müsste aber den alleinigen Fokus auf strukturelle/öffentliche/symbolische Gewalt der HMPA aufbrechen und sich ebenfalls mit den Formen physischer/direkter/privater Gewalt beschäftigen. Die von der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa angenommene Widersprüchlichkeit innerhalb des Staates ermöglicht es auch, von einer privatisierten maskulinen Gewalt auszugehen, während der liberale Staat gleichzeitig behauptet, keine Gewaltoligopole innerhalb des Staates zuzulassen. Die Behauptung der Gewaltfreiheit gilt es, aus einer feministisch-intersektionalen Perspektive zu dekonstruieren.

Für die Operationalisierung gäbe es verschiedene Möglichkeiten, die Analyse von geschlechtsspezifischer Gewalt in die HMPA zu integrieren. In einer feministisch-materialistischen Politikanalyse würden so zum Beispiel in der Kontextanalyse die Auswirkungen analysiert werden, welche die unterschiedlichen Ebenen von

physischer/struktureller Gewalt, das doppelte Gewaltverhältnis des patriarchalen Staates und die dichotome Trennung in Öffentlichkeit und Privatheit auf einen untersuchten Konflikt haben. In der Akteursanalyse würde unter anderem der Effekt von männlichen Gewaltoligopolen auf die Strategien und die Zusammensetzung von politischen Projekten herausgearbeitet werden und in der Prozessanalyse könnte es darum gehen, die im Konflikt ausgemachten Regierungsweisen und Techniken dahingehend zu überprüfen, ob diese sich einer strukturellen und/oder physischen Gewalt bedienen.

6.2.3 Transformation des Staates

Die theoretische Ausarbeitung und die verschiedenen Arbeiten der HMPA fokussiert sich primär auf die Analyse von Transformationsprozessen innerhalb von Staaten und Staatsprojekten sowie auf die zugrundeliegenden sozialen Kämpfe und gesellschaftlichen Verhältnisse. In der Operationalisierung der HMPA werden die Transformationsprozesse anhand von Hegemonieprojekten oder politischen Projekten und deren Strategien analysiert. Die Strategien der Akteur*innen schreiben sich kompromisshaft und geprägt durch bestehende Herrschaftsverhältnisse widersprüchlich in das Terrain des Staates ein. Das erlaubt zum Beispiel eine gleichzeitige Integration von feministischen Forderungen nach Gewaltschutz in staatliche Aufgabenbereiche bei einer gleichzeitigen Kontinuität patriarchaler Gewalt innerhalb staatlicher Apparate und familiärer Gewaltoligopole.

Eine feministisch-materialistische Politikanalyse hätte die Aufgabe, herauszuarbeiten, wie die untersuchten gesellschaftlichen Konflikte mit der Widersprüchlichkeit des patriarchalen Staates interagieren. Die Fragen danach, inwieweit sich Forderungen und Auseinandersetzungen exklusiv in die Staatsapparate einschreiben, oder wie sich patriarchale Verhältnisse verschieben, könnten hier bearbeitet werden. Feministische Projekte haben bereits vielfältige Erfahrungen damit gemacht, wie (un)möglich die Transformation des patriarchalen Staates ist und dass Kämpfe für Teilhabe und Rechte innerhalb des Staates starke Ambivalenzen aufweisen. Jene Erfahrungen werden in einer feministisch-materialistischen Politikanalyse auf verschiedenen Ebenen in die Analyse von gesellschaftlichen und staatlichen Transformationsprozessen integriert. So würde zum Beispiel gefragt werden, welche Akteur*innen keine Forderungen in einem patriarchalen Staat stellen, da sie davon ausgehen, dass es kein staatliches Interesse an ihren Lebensrealitäten gibt. Somit verstehe ich die Praxis von selbstorganisierten Sorgegemeinschaften bereits als eine Kritik an der Sorglosigkeit des Staates. Eine solche Praxis könnte als Strategie eines gegenhegemonialen oder antihegemonialen Projektes verstanden werden.

Letztendlich halte ich es entgegen dem analytischen Fokus der HMPA für wichtig, in einer feministisch-materialistischen Politikanalyse ein normatives Grundinteresse an einer emanzipatorischen Transformation des patriarchalen Staates zu formulieren. Dieses Interesse sehe ich dabei nicht in einem Widerspruch zu einer detaillierten Analyse von Transformationsprozessen, wie sie in der HMPA geschieht. Vielmehr gehe ich davon aus, dass dadurch sonst unsichtbare Strategien und unverständliche Widersprüche innerhalb des Staates identifiziert und erklärt werden können.

6.2.4 Radikale Kritik und Analyse

Die Ansätze der Historisch-materialistischen Policy- und Politikanalyse verstehe ich, wie in *Kapitel 3* und *Kapitel 4* herausgearbeitet, als vielschichtige Analyse von gesellschaftlichen (Herrschafts-)Verhältnissen und Staatlichkeit. Im Vordergrund steht dabei das Interesse, gesellschaftliche Auseinandersetzung in ihrer Interaktion mit dem Staat sowie dessen Transformation zu analysieren. Die zentralen Grundlagen der Analyse sind dabei die Historizität und Materialität gesellschaftlicher Verhältnisse. Der bürgerlich-kapitalistische Nationalstaat ist demnach Produkt eines historischen Prozesses – er ist also veränderbar. Gleichzeitig sind Herrschaftsverhältnisse, alltägliche Lebensweisen und Regierungstechniken durch materielle Bedingungen bestimmt. Die in der HMPA untersuchten gesellschaftlichen Konflikte werden ebenfalls auf ihre materielle Grundlage zurückgeführt.

Das Herausarbeiten von politischen, ökonomischen und sozialen Prozessen sowie der Fokus auf soziale Kräfte und Kämpfe bezeichne ich in *Kapitel 2.3* als radikale Analyse. Die HMPA interessiert sich für eben jene Prozesse und fragt nach dem Ursprung gesellschaftlicher Verhältnisse, weshalb ich die HMPA als radikale Analyse ansehe. Für eine feministisch-materialistische Politikanalyse halte ich die ebenfalls in *Kapitel 2.3* formulierte praktische Kritik für gewinnbringend. Eine praktische Kritik verbindet radikale historisch-materialistische Analysen sowohl mit abolitionistisch-immanenter Kritik als auch mit einem solidarischen Bezug auf oder einer eigenen Verortung in emanzipatorischen Bewegungen. Die Form einer radikalen Analyse gesellschaftlicher Herrschafts- und Geschlechterverhältnisse bei gleichzeitiger normativer Kritik an patriarchalen Verhältnissen und einer Verortung in feministischen Kämpfen sehe ich demnach als Ausgangspunkt einer feministisch-materialistischen Politikanalyse. Immanente Kritik am Staat steht für mich dabei nicht im Widerspruch zu der Frage nach dem Ursprung patriarchaler Staatlichkeit, wenn sie letztendlich das Ziel hat, sämtliche vergeschlechtlichte Ungleichheiten abzuschaffen. Eine

feministisch-materialistische Politikanalyse würde demnach nicht nur fragen, wie der patriarchale Staat historisch gewachsen ist und auf welchen materiellen Grundlagen dieser aufbaut. Sie würde auch fragen: Durch welche sozialen Kräfte und staatliche Techniken werden die bestehenden Geschlechterverhältnisse aufrechterhalten? Welche Strategien feministischer Akteur*innen wurden durch die kompromisshafte Einbettung in Staatsapparate um ihr emanzipatorisches Potential beraubt? Wie können feministische Praxen zu einer Abolition des patriarchalen Staates beitragen? Auf welche Art und Weise kann die Analyse eines gesellschaftlichen Konfliktes für feministische Akteur*innen hilfreich sein?

6.2.5 Multidimensionale Herrschaftsanalyse

Wie die Analyse von Herrschaftsverhältnissen innerhalb der HMPA ausgestaltet ist, habe ich bereits in *Kapitel 3.7* resümiert und in *Kapitel 4* weiter herausgearbeitet. Die Autor*innen der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (vgl. Buckel et al. 2014; vgl. Keil/Wissel 2019) und der Wiener Schule (vgl. Brand et al. 2022) benennen auf einer theoretischen Ebene, dass sich ungleiche Geschlechterverhältnisse, Klassenverhältnisse und Rassismus historisch in den Staat eingeschrieben haben und durch diesen reproduziert werden. Gleichzeitig beschäftigen sich die Autor*innen detailliert mit der Entstehung und Transformation von rassistischen Grenzregimen und Arbeitskraftregimen sowie mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Die HMPA ist also ein Forschungsansatz, welcher Herrschaftsverhältnisse benennt und diese in ihrem Zusammenhang mit gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen analysiert. Eine umfängliche Auseinandersetzung mit multiplen Herrschaftsverhältnissen und den damit verbundenen Fragen, wie gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse sowohl miteinander als auch mit Subjekten und Institutionen interagieren, bleibt in der HMPA allerdings aus.

Feministisch-materialistische Staatstheorie hat sich von einer primären Beschäftigung mit Geschlechterverhältnissen und patriarchaler Staatlichkeit hin zu einer mehrdimensionalen Herrschaftsanalyse entwickelt. Interventionen aus intersektionaler Perspektive sowie der Wunsch, die eigenen Ansätze zu öffnen und zu erweitern, haben so auch zu Ansätzen einer queerfeministischen Kapitalismusanalyse (vgl. Pühl/Sauer 2018) oder einer intersektionalen Staatstheorie (vgl. Ludwig/Sauer 2024) geführt. Feministisch-materialistische Staatstheorie in die HMPA zu integrieren, bedeutet für mich folglich auch, die spezifische Analyse hin zu einer mehrdimensionalen Herrschaftsanalyse zu öffnen. Eine feministisch-materialistische Politikanalyse hätte damit unter anderem die Aufgabe, Kolonialität, Patriarchat, Kapitalismus, Heteronormativität, Rassismus und Dis/Abilität in ihrer Verschränkung und ohne eine

orthodoxe Rückführung auf Klassen- oder Geschlechterverhältnisse zu analysieren. Herrschaftsverhältnisse sind aus feministisch-intersektionaler Perspektive immer mehrdimensional in ihrer spezifischen Wirkweise auf Subjekte zu bestimmen. Staatstheoretisch erweitert bedeutet das nach Sauer, die Interaktionen der Herrschaftsstrukturen und deren Abhängigkeiten voneinander zu bestimmen sowie deren Verdichtung in den Staatsapparaten auszumachen (vgl. Sauer 2022: S. 13). Anliegen einer feministisch-materialistischen Politikanalyse wäre es demnach, herauszuarbeiten, welcher Zusammenhang zwischen staatlichen Klassifizierungs- und Regierungstechniken und auf Herrschaftsverhältnissen basierenden gesellschaftlichen Spaltungen besteht. Dieser Zusammenhang ließe sich unter anderem im Rahmen einer Prozessanalyse herausarbeiten. Untersucht werden könnte zum Beispiel, wie Gesetzesvorschläge zu Gewaltschutzmaßnahmen mit einer rassistischen, klassistischen, heteronormativen und sexistischen Klassifizierung, Regulierung und Spaltung von Subjekten interagieren.

6.2.6 Offene Fragen zu den Kategorien feministisch-materialistischer Politikanalyse

Die von mir gebildeten und ausdifferenzierten Kategorien einer feministisch-materialistischen Politikanalyse stellen mehrere miteinander verbundene Aspekte einer feministisch-materialistischen und intersektionalen Theoretisierung und Konzeptualisierung von Staatlichkeit, gesellschaftlichen Verhältnissen, Subjekten und Herrschaft dar. Die Konzepte habe ich auf Basis von Leitfragen feministisch-intersektionaler Kritik (*Kapitel 2.3*), feministisch-materialistischer Staatstheorie (*Kapitel 5*) und einer strukturierenden MindMap (*Kapitel 6*) ausgewählt. Neben dieser Eingrenzung wurde die Bildung der Kategorien stark durch die Zielsetzung beeinflusst, Aspekte feministisch-materialistischer Staatstheorie in den bestehenden Forschungsansatz der HMPA zu integrieren. Viele aktivistische und wissenschaftliche Debatten über Staatlichkeit, Geschlecht, Subjektivität, Herrschaft, Patriarchat und Gewalt wurden dadurch nicht intensiv bearbeitet – die Kategorienbildung kann demnach nicht als erschöpfend gelten. Eine Erweiterung oder Ergänzung der Kategorien einer feministisch-materialistischen Politikanalyse ließe sich also in einem weiteren Schritt beziehungsweise in weiteren Arbeiten angehen.

Einige feministische Konzepte, Gegenwartsanalysen und Theoretisierungen haben wiederholt Erwähnung während der kritischen Auseinandersetzungen mit Geschlechterverhältnissen in der Historisch-materialistischen Politikanalyse gefunden, bei welchen ich keine geeignete oder zentrale Kategorisierung vornehmen konnte. So habe ich die Frage danach, welche

Auswirkung die Gegenwartsanalyse einer Care-Krise oder einer Sorglosigkeit des Staates auf die Theoretisierung des Staates hat, nicht weiter verfolgt. Ich habe lediglich festgestellt, dass die Regierungstechniken der Nicht-Beachtung oder Nicht-Artikulierung (Non-Policies) in Verbindung zu einer Entwertung und Prekarisierung von Sorge stehen. Ebenfalls nicht weiter verfolgt habe ich die Frage nach den Auswirkungen eines globalen Antifeminismus, einer rechten Krisenbearbeitung und der damit verbundenen De-thematisierung von materiellen Bedingungen auf bestehende Kräfteverhältnisse.

6.3 Der mögliche Ansatz einer Intersektionalen Politikanalyse?

In *Kapitel 3* und *Kapitel 4* habe ich jeweils herausgearbeitet, inwieweit die theoretische Konzeption der HMPA einen intersektionalen Anspruch verfolgt und inwiefern die Arbeiten der HMPA eine intersektionale Analyse beinhalten. Den Anspruch einer intersektionalen Analyse sowie mehrere intersektionale Arbeitsweisen sehe ich in der HMPA gegeben. Dennoch fehlt eine umfassende intersektionale Theoretisierung des Staates und intersektionale Konzepte und Ansätze werden kaum angewendet. Intersektionale Ansätze und Konzepte habe ich in *Kapitel 2.2* und in *Kapitel 5.4* in ihrer historischen Herleitung und in ihrem Zusammenspiel mit feministischen Theoretisierungen des Staates dargelegt. Eine zentrale Erkenntnis war es, dass sich Teile der feministisch-materialistischen Staatstheorie durch aktivistische und wissenschaftliche Interventionen von Seiten FLINTA* of Color hin zu einem intersektionalen Ansatz entwickelt haben. Geschlechterverhältnisse und ihre Interaktionen mit Staatlichkeit sind demnach nicht mehr der alleinige Gegenstand feministisch-materialistischer Analysen. Stattdessen liegt nun der Fokus darauf, zu untersuchen, wie Geschlecht mit multidimensionalen Herrschaftsverhältnissen und Subjektivierungsweisen im Staat verschränkt ist. Meiner Einschätzung nach konnte die enge Verzahnung von feministisch-materialistischer Staatstheorie mit intersektionalen Ansätzen dazu beitragen, dass im Rahmen der feministisch-materialistischen Politikanalyse bereits mehrere Aspekte intersektionaler Konzepte in die HMPA integriert wurden. Entgegen der oben bewiesenen Möglichkeit, Aspekte feministisch-materialistischer Staatstheorie und feministisch-intersektionaler Kritik in die HMPA zu integrieren, gehe ich aber nicht davon aus, dass eine Intersektionale Politikanalyse auf Basis der Ausarbeitungen in dieser Arbeit möglich ist.

Warum ist jedoch die Konzeption einer feministisch-materialistischen Politikanalyse nach meiner Einschätzung möglich, während gleichzeitig eine Schwierigkeit darin besteht, eine

Intersektionale Politikanalyse im Rahmen der HMPA zu entwickeln? Die Theoretisierung und Konzeptualisierung einer feministisch-materialistischen Politikanalyse stellt vorrangig eine Integration verschiedener Konzepte feministisch-materialistischer Staatstheorie in die HMPA dar. Die Ausarbeitung der Leerstellen innerhalb der HMPA und die Frage nach Integrationsmöglichkeiten haben sich dabei als kompliziert und umfassend erwiesen. Gleichzeitig konnte ich bereits auf viele theoretische Gemeinsamkeiten und Bezüge zwischen der HMPA und feministisch-materialistischer Staatstheorie aufbauen. Viele Aspekte intersektionaler Ansätze sind bereits Teil einer feministisch-materialistischen Politikanalyse und diese konnte ich im Rahmen der politisch-materialistischen Politikanalyse auch in die HMPA integrieren. Zudem arbeiten Sauer und Ludwig an einer intersektionalen Staatstheorie, die nach deren Einschätzung auf der Basis von feministischer Staatstheorie entstehen könnte. Die Frage danach, wie sich mehrdimensionale Herrschaftsverhältnisse in den Staat einschreiben (vgl. Ludwig/Sauer 2024: S. 14f) könnte mit Hilfe einer fragmentarischen Theoretisierung geschehen, wie sie Ludwig und Sauer gemeinsam mit weiteren Autor*innen in ihrem Sammelband erarbeitet haben. Die Schwierigkeit einer Intersektionalen Politikanalyse sehe ich hingegen darin, dass vergleichsweise zu geschlechtertheoretischen Beschäftigungen innerhalb der HMPA bis jetzt kaum theoretische Bezüge zu materialistisch-staatstheoretischen Analysen von Rassismus, Dis-/Abilität, Kolonialität sowie Trans- und Queerfeindlichkeit existieren. Der Wiener Ansatz der HMPA hat bereits Kritiken an der HMPA produktiv eingewoben und es sich zur Aufgabe gemacht, sowohl Klassenverhältnisse als auch gesellschaftliche Naturverhältnisse stärker in die Analyse mit einzuweben (vgl. Brand et al. 2022: S. 289f). Die umfassende Arbeit, auszuloten, welche Leerstellen aus intersektionaler Perspektive innerhalb der HMPA bestehen, und herauszuarbeiten, wie verschiedenste Aspekte intersektionaler Ansätze in die HMPA eingewebt werden können, müsste in weiteren Arbeiten geschehen, um eine Intersektionale Politikanalyse zu erarbeiten. So könnten sich Arbeiten zum Beispiel damit beschäftigen, inwieweit eine Integration von Aspekten einer materialistisch und staatstheoretisch fundierten Analyse von Rassismus in die HMPA möglich wäre.

Trotz meiner Erkenntnis, dass die Konzeption einer Intersektionalen Politikanalyse einige Schwierigkeiten aufweist, gibt es zunächst viele Aspekte von intersektionalen Ansätzen, bei welchen ich davon ausgehe, dass sie auch ohne eine umfassende Theoretisierung in die HMPA oder in eine feministisch-materialistische Politikanalyse integriert werden können: Zum *einen* versucht das Konzept der Intersektionalität die Komplexität mehrdimensionaler Herrschaftsstrukturen analytisch zu fassen und damit Unterdrückungsverhältnisse jeweils in

ihrem historisch verschränkten Kontext zu verorten (vgl. Sauer 2022: S. 10). Eine feministisch-materialistische Politikanalyse könnte von jenen Analysen interagierender multidimensionaler Herrschaftsverhältnisse profitieren und deren Erkenntnisse unter anderem in Form einer Kontextanalyse einbinden. *Zweitens* bietet sich das Konzept der Intersektionalität, nicht nur als kritische Forschungsperspektive an, sondern hat zusätzlich das Potenzial, verschiedene Forschungsansätze zusammenzuführen. Analog zu der Offenheit der HMPA sowie der Integrationsfähigkeit feministisch-materialistischer Staatstheorie könnte das verbindende Potenzial intersektionaler Ansätze zu einer wechselseitigen Erweiterung der Konzepte führen. Intersektionale Ansätze weisen *drittens* darauf hin, dass Subjektivierungsweisen sowohl als Effekt repressiver Selbstregierung als auch als emanzipatorische Selbst-Positionierung zu verstehen sind (vgl. Sauer 202: S. 13f). In Ansätzen der feministisch-materialistischen Staatstheorie wurde diese Erkenntnis bereits integriert und ermöglicht ein erweitertes Verständnis der Interaktionen von Staatlichkeit, Herrschaftsverhältnissen und Subjekten. *Viertens* stellen Ludwig und Sauer die Frage, inwieweit „Staatlichkeit als intersektionale Verdichtung von Ungleichheiten“ (Ludwig/Sauer 2024: S. 21) konzipiert werden könnte. In der von Sauer und Ludwig formulierten Frage ist eine Anknüpfung an poulantzianische Staatstheorie enthalten, welche Staatlichkeit als Verdichtung gesellschaftlicher Verhältnisse und folglich auch als Verdichtung von intersektional verschränkten Ungleichheiten begreift. Die wechselseitige Integration von Ansätzen der Intersektionalität in poulantzianische Staatstheorie kann darauf hinweisen, dass eine intersektionale Konzeptualisierung der HMPA durch eine detaillierte Theoriearbeit letztendlich möglich ist. Im folgenden Kapitel werde ich abschließend die vorliegende Arbeit im Rahmen eines Resümees reflektieren.

7. Resümee

Zu Beginn dieser Arbeit habe ich die These formuliert, dass sich die HMPA entgegen eines intersektionalen Anspruchs nur begrenzt mit zentralen Konzepten und Erkenntnissen feministisch-materialistischer Staatstheorie und intersektionaler Kritik auseinandersetze. Dieser Umstand hat mich dazu veranlasst, das Forschungsfeld der HMPA umfassend auf Forschungslücken aus einer feministisch-materialistischen und intersektionalen Perspektive zu untersuchen. Ausgehend von der Kritik an der HMPA war es Ziel dieser Arbeit, feministisch-materialistische Staatstheorie in die HMPA zu integrieren sowie aufbauend auf der Integration eine feministisch-materialistische Politikanalyse zu konzeptualisieren. Im Folgenden werden die zu Beginn formulierte Kritik, die daraus abgeleiteten Forschungsfragen sowie das Forschungsvorhaben reflexiv aufgegriffen. Zunächst werden die zentralen Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst und offene Fragen benannt. Daran anschließend folgt eine Reflexion des Forschungsprozesses, in der ich auch die Beschränkung der Arbeit thematisieren werde. Abschließend wird ein Ausblick auf zukünftige Forschungsinteressen gegeben.

7.1 Ergebnisse

In dieser Arbeit bin ich der leitenden Forschungsfrage (*Kapitel 1.3*) nachgegangen, inwiefern sich Aspekte feministisch-materialistischer Staatstheorie in die Konzeptionen der Historisch-materialistischen Policy- und Politikanalyse integrieren lassen. Für die Beantwortung der Frage nach einer Integration hatte ich zunächst weitere Unterfragen formuliert, mit welchen ich die HMPA kritisch betrachten konnte. Für eine kritische Analyse der HMPA halfen mir neben den Fragen nach der Interaktion von Geschlechterverhältnissen und Staatlichkeit innerhalb der HMPA und nach Leerstellen aus einer feministisch-intersektionalen Perspektive besonders die in *Kapitel 2.3* ausdifferenzierten Leitfragen feministisch-intersektionaler Kritik. In *Kapitel 3* konnte ich mit Hilfe der Unterfragen und Leitfragen herausarbeiten, dass die HMPA bereits Aspekte einer feministischen Theoretisierung des Staates beinhaltet (vgl. Buckel et al. 2014: S. 18f; ebd.: 28f) und dass innerhalb des Forschungsfeldes der HMPA mehrere Autor*innen intersektional arbeiten (vgl. Buckel 2012; Ressel 2014; Wöhl 2019; Klatzer/Schlager 2019). Darüber hinaus konnte ich folgende Leerstellen innerhalb der HMPA identifizieren: Die Vernachlässigung subjekttheoretischer Ansätze, das Fehlen einer Theoretisierung und Analyse intersektionaler Herrschaftsverhältnisse in ihrer Interaktion mit dem Staat sowie die unzureichende Berücksichtigung von patriarchaler Gewalt und

emanzipatorischen sowie ambivalenten Perspektiven auf Transformationsprozesse. Gleichzeitig zeigte sich durch die Frage nach Gemeinsamkeiten zwischen der HMPA und feministisch-materialistischer Staatstheorie, dass es innerhalb der HMPA durchaus produktive Anknüpfungspunkte gibt. So zum Beispiel der vom Hessen-Ansatz formulierte Anspruch auf eine intersektionale Analyse von Herrschaft und Staatlichkeit (vgl. Buckel et al. 2012: S. 8-10), das gemeinsame feministisch-poulantzianische Staatsverständnis einiger Arbeiten (Ludwig/Sauer 2009; Buckel et al. 2014), sowie der dekonstruktivistische Erweiterungsvorschlag des Wiener-Ansatzes (vgl. Brand et al. 2022: S. 289f). In *Kapitel 6* konnte ich auf den identifizierten Gemeinsamkeiten zwischen der HMPA und feministisch-materialistischer Staatstheorie aufbauen.

Die zu Beginn aufgestellte Annahme einer unzureichenden Beschäftigung mit feministisch-materialistischer Staatstheorie und intersektionalen Konzepten innerhalb der Operationalisierung der HMPA konnte ich in *Kapitel 4* untersuchen. Ein näherer Blick auf die durch den Hessen-Ansatz vorgeschlagene Analyse von Strategien, Ressourcen, Akteur*innen, Kontext und Prozess ließ eine ambivalente Schlussfolgerung zu: Während die Kontextanalyse bereits eine Analyse multidimensionaler Herrschaftsverhältnisse leistet, blendet die Akteur*innenanalyse Subjektivierungsweisen weitgehend aus. Die Prozessanalyse ist offen, aber auch unpräzise formuliert und birgt dadurch das Risiko einer selektiven Analyse. Die Offenheit ermöglicht hingegen eine feministisch-intersektionale Erweiterung.

In *Kapitel 6* habe ich mich den für meine leitende Forschungsfrage zentralen Unterfragen gewidmet, welche Kritik es an der HMPA aus der Perspektive feministisch-materialistischer Staatstheorie gibt und welche Aspekte feministisch-materialistischer Staatstheorie sich im Rahmen einer feministisch-materialistischen Politikanalyse in die HMPA integrieren lassen. Für die Beantwortung dieser Fragen konnte ich sowohl auf die bereits herausgearbeiteten Forschungslücken und Gemeinsamkeiten als auch auf die untersuchten Konzeptionen der HMPA zurückgreifen. Für eine Kritik an der HMPA aus feministisch-materialistischer Perspektive dienten mir zentrale Begriffe und Konzepte feministisch-materialistischer Staatstheorie. Zentrale Kritikpunkte an der HMPA konnte ich systematisch anhand einer nach der Concept-Mapping-Methode erstellten MindMap herausarbeiten und in vier Kategorien zusammenfassen: der fehlenden Auseinandersetzung mit dem *patriarchalen Charakter des Staates*, mit der doppelten *geschlechtsspezifischen Gewalt*, mit der (Un)Möglichkeit einer emanzipatorischen *Transformation des Staates* und mit der Interaktion von Staatlichkeit und *Subjektivierungsweisen*. Die Kategorien feministisch-materialistischer Kritik zeigen ebenfalls die Leerstellen der HMPA auf und eröffnen Möglichkeiten für eine Integration. Die

Kategorien einer möglichen Feministisch-materialistischen Politikanalyse gleichen demnach stark den fünf Kategorien feministisch-materialistischer Kritik: der Integration von *Subjekttheorien*, einer Analyse von *geschlechtsspezifischer Gewalt*, der Beschäftigung mit einer emanzipatorischen *Transformation des Staates*, einer *radikalen Kritik und Analyse* gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse und einer *multidimensionalen Herrschaftsanalyse*. Während die Analyse des *patriarchalen Charakters des Staates* eindeutig eine Leerstelle in der HMPA darstellt, konnte ich dennoch nicht klar beantworten, inwieweit die Charakterisierung des Staates als patriarchal auch einer eigenen Kategorie innerhalb einer Feministisch-materialistischen Politikanalyse bedarf.

Zuletzt widmete ich mich in *Kapitel 6.3* der Unterfrage nach einer möglichen Intersektionalen Politikanalyse aufbauend auf der feministisch-materialistischen Politikanalyse und der Konzeption einer intersektionalen Staatstheorie nach Ludwig und Sauer (2024). Ich konnte im Rahmen dieser Arbeit die Möglichkeit einer Feministisch-materialistischen Politikanalyse auf Basis der Konzeptionen der HMPA nachweisen. Für die Konzeption einer Intersektionalen Politikanalyse wäre es analog dazu ebenfalls notwendig, herauszuarbeiten, inwieweit neben den identifizierten Lücken innerhalb der HMPA auch Gemeinsamkeiten aus einer intersektionalen Perspektive bestehen. Zudem wäre eine stärkere theoretische Einbettung von materialistischen und staatstheoretischen Ansätzen vonnöten, welche sich mit Rassismus, Kolonialität, Dis/Abilität und Prekarität auseinandersetzen.

7.2 Reflexion des Forschungsprozesses

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit stellte zu Beginn eine wahrgenommene Forschungslücke innerhalb der HMPA aus der Perspektive feministisch-materialistischer Staatstheorie dar. Der Forschungseintritt lässt sich demnach vielmehr als ein Bauchgefühl oder eine Intention beschreiben und weniger als eine ausgearbeitete Forschungsfrage. Erst durch eine detaillierte Literaturlarbeit gewann ich ein besseres Verständnis für die Ansätze der HMPA, feministisch-materialistischer Staatstheorie und intersektionaler Kritik. Darauf aufbauend konnte ich mein Forschungsvorhaben einer Integration feministisch-materialistischer Staatstheorie in die HMPA formulieren. Meine anschließende Vorgehensweise bewerte ich im Nachgang als positiv. Das Ausformulieren eines feministisch-intersektionalen Kritikbegriffs und der Leitfragen feministisch-intersektionaler Kritik half mir dabei, sowohl das Forschungsfeld der HMPA als auch die Konzeptionen des Hessen- und des Wiener-Ansatz strukturgeleitet zu untersuchen. Die strukturierte Untersuchung ermöglichte es

mir, Forschungslücken und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten sowie meine zu Beginn formulierte Kritik zu schärfen oder zu widerlegen. Die Untersuchung fand jedoch auf unterschiedlichen Ebenen begrenzt statt. Meine Literaturarbeit war aufgrund des Umfangs und meiner Orientierung an spezifischen Forschungsfeldern auf den deutschsprachigen Kontext eingegrenzt und auch innerhalb der feministisch-materialistischen Staatstheorie, intersektionalen Ansätzen und der HMPA beschränkte ich mich auf einzelne Arbeiten. Für eine stärker differenzierte Kritik und eine erschöpfende Untersuchung müsste ich weitere intersektionale und feministisch-materialistische Konzepte heranziehen und die unzähligen Arbeiten innerhalb der HMPA zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Arbeitsmarktregimen und Migrationspolitik näher analysieren.

Die Kategorien feministisch-materialistischer Kritik sowie die Kategorien einer feministisch-materialistischen Politikanalyse habe ich auf Basis der herausgearbeiteten Forschungslücken und Gemeinsamkeiten (*Kapitel 3* und *Kapitel 4*), ausgehend von Konzepten feministisch-materialistischer Staatstheorie (*Kapitel 5*) und mithilfe einer strukturierenden MindMap erstellt. Die unterschiedlichen Herangehensweisen haben eine detaillierte Analyse ermöglicht und boten mir gleichzeitig einen Überblick, der für das Bilden der Kategorien notwendig war. Die Kategorienbildung wurde jedoch stark durch die Zielsetzung beeinflusst, Aspekte feministisch-materialistischer Staatstheorie in den bestehenden Forschungsansatz der HMPA zu integrieren. Dadurch wurden viele aktivistische und wissenschaftliche Konzepte feministischer und intersektionaler Herrschaftsanalyse nicht beachtet. Entgegen eines queerfeministischen Anspruchs lag mein Fokus doch meist auf einer Analyse binärer Geschlechterverhältnisse und das breite Feld der Affekttheorien habe ich nicht behandelt. Letztendlich kann ich also nicht von einer erschöpfenden Kategorienbildung feministisch-materialistischer Kritik und einer feministisch-materialistischen Politikanalyse sprechen. Dennoch bilden beide Konzeptionen ein Raster, in welches weitere Aspekte feministisch-materialistischer und queerfeministischer Staatstheorie eingearbeitet werden können.

Als abschließenden Arbeitsschritt hatte ich zu Beginn meines Forschungsprozesses angedacht, eine oder mehrere exemplarische Analysen zu vollziehen. Als zu betrachtende exemplarische Analysen der HMPA hatte ich mich zum einen für Analysen entschieden, die Geschlechterverhältnisse im europäischen Staatsprojekt bereits zentral untersuchen (vgl. Ressel 2014; vgl. Klatzer/Schlager 2019; vgl. Wöhl 2019) und zum anderen für die Analysen der europäischen Migrationspolitik und des europäischen Grenzregimes von Fabian Georgi (vgl. 2014; vgl. 2016; vgl. 2019a; vgl. 2019b). Aus Gründen des Umfangs habe ich mich jedoch im Laufe der Arbeit dazu entschieden, dieses Vorhaben für eine zukünftige

Bearbeitung aufzuschieben. Die feministisch-materialistische Politikanalyse konnte nicht wie geplant beispielhaft angewendet werden. Das Forschungsziel einer intersektionalen Kritik an der HMPA und das Entwickeln einer feministisch-materialistischen Politikanalyse haben sich jedoch durch die fehlenden exemplarischen Analysen nicht verändert.

7.3 Ausblick

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass eine feministisch-materialistische Politikanalyse auf Basis der HMPA konzipiert werden kann. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die von mir entwickelten Kategorien zwar ein produktives Raster zur Integration feministisch-materialistischer Theorie darstellen, die Kategorien jedoch nicht erschöpfend sind. Ebenso habe ich den Ansatz einer feministisch-materialistischen Politikanalyse im Rahmen dieser Arbeit nicht angewendet und die Frage nach einer möglichen Intersektionalen Politikanalyse konnte ich nicht umfassend beantworten.

Für zukünftige Forschungsvorhaben ergeben sich mehrere Perspektiven: *Erstens* wäre es notwendig, die erarbeiteten Kategorien in empirischen Analysen zu erproben und weiterzuentwickeln. Untersuchungen von Migrations- und Arbeitsmarktregimen oder von europäischen Gleichstellungspolitiken könnten aufzeigen, inwieweit sich die Kategorien in der Praxis bewähren. *Zweitens* könnte die Theoretisierung der HMPA um jene Bereiche erweitert werden, die in dieser Arbeit nur randständig oder gar nicht behandelt wurden. Dazu gehören zum Beispiel die Analyse der Care-Krise und der Sorglosigkeit des Staates (Non-Policies), die Auseinandersetzung mit globalem Antifeminismus und rechter Krisenbearbeitung sowie mit affekttheoretischen Ansätzen. *Drittens* wäre eine stärkere Beschäftigung mit jüngeren Publikationen des Wiener-Ansatzes sowie deren theoretischen Fokus auf gesellschaftliche Naturverhältnisse notwendig. So haben sich Vertreter*innen des Wiener-Ansatzes zuletzt besonders mit den strukturellen Grenzen einer ökologischen Transformation innerhalb des Staates beschäftigt (vgl. Brand/Görg/Wissen 2024; Brand et al. 2025). *Viertens* gilt es, sich weiter mit der Frage nach einer möglichen Intersektionalen Politikanalyse zu beschäftigen. Hierfür wäre eine systematischere Auseinandersetzung mit materialistisch-staatstheoretischen Analysen von Rassismus, Kolonialität, Dis/Abilität, Prekarität sowie Trans- und Queerfeindlichkeit erforderlich. Die von Sauer und Ludwig (2024) vorgeschlagene intersektionale Staatstheorie eröffnet hierfür einen möglichen Ausgangspunkt.

8. Literaturverzeichnis

- Abdyraeva, Cholpon/Häfner, Paul/Heinrich, Hermann/Herb, Jonas/Münger, Nils (2021):** Über Entgrenzung der Polizei und neoliberale Transformation von Staatlichkeit. Eine historisch-materialistische Politik-Analyse der Reform des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes 2018, Modul M11 Forschungspraktikum, Sommersemester 2021, Universität Wien.
- AG Feministischer Streik (2022):** Auf zum Feministischen Streik, ohne Verlag heraus gegeben, Januar 2022, Wien.
- Apeldoorn, Bastian van/Overbeek, Henk/Ryner, Magnus (2003):** Theories of European Integration. A critique, in: A Ruined Fortress. Neoliberal Hegemony and Transformation in Europe, Hrsg.: Cafruny, Alan/Ryner, Magnus, Lanham, S. 17-46.
- Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria (2014):** Krisen des Sorgens. Zur herrschaftsförmigen und widerständigen Rationalisierung und Neuverteilung von Sorgearbeit, in: Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria (Hg.): Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care, Weinheim/Basel, 65-76.
- Bargetz, Brigitte (2018):** Der sentimentale Vertrag. Eine Politische Theorie der Affekte und das unvollendete liberale Projekt, Leviathan, Vol. 46, H. 1, S. 37-58.
- Becker, Lia/Beyer, Ina Atlanta/Pühl, Katharina (2024):** Bite Back! Queere Prekarität, Klasse und unteilbare Solidarität, edition assemblage.
- Beier, Friederike (2014):** Materialistischer Queerfeminismus. Theorien zu Geschlecht und Sexualität im Kapitalismus, 2. Auflage, Unrast Verlag, Münster.
- Belfrage, Claes/Hauf, Felix (2017):** "The Gentle Art of Retroduction: Critical Realism, Cultural Political Economy and Critical Grounded Theory." *Organization Studies* 38 (2): S. 251–271.
- Bieler, Andreas (2014):** "What about Class Struggle? Critical Reflections on Ulrich Brand's HMPA." *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 43 (3): S. 305-308.
- Brand, Ulrich/Demirović, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (2001):** Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Brand, Ulrich (2009):** Staatstheorie und Staatsanalyse im globalen Kapitalismus. Ein 'neopoulantianischer' Ansatz der IPÖ, in: Hartmann, Eva/Kunze, Caren/Brand, Ulrich (Hg.): Globalisierung, Macht und Hegemonie, Münster, S. 212-241.
- Brand, Ulrich (2013):** State, Context and Correspondence. Contours of a Historical-Materialist Policy Analysis, Wien.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017):** Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, oekom, München.
- Brand, Ulrich/Krams, Mathias/Lenikus, Valerie/Schneider, Etienne (2022):** Contours of historical-materialist policy analysis, in: *Critical Policy Studies* 16, 279-296.

- Brand, Ulrich (2024):** Wider die strukturelle Sorglosigkeit des Kapitalismus: Sozial-ökologische Transformationsperspektiven, in: R. Atzmüller, K. Binner, F. Décieux, R. Deindl, J. Grubner, & K. Kreissl (Hg.): Gesellschaft in Transformation: Sorge, Kämpfe und Kapitalismus, Beltz Juventa, S. 45-54.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2024):** Krise, Regulation und Transformation. Zu den strukturellen Grenzen einer ökologischen Modernisierung des Kapitalismus, in: Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix (Hg.): Politische Ökonomie der Zeitenwende. Perspektiven der Regulationstheorie, Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 152-170.
- Brand, Ulrich/Brad, Alina/Eyselein, Gabriel/Hausknost, Daniel/Krams, Mathias/Maneka, Danyal/Pichler, Melanie/Schneider, Etienne (2025):** Structural limitations of the decarbonization state, in: nature climate change, URL.: <https://doi.org/10.1038/s41558-025-02394-y>, [26.08.2025].
- Buckel, Sonja (2011):** Staatsprojekt Europa, in: Politische Vierteljahresschrift, 52, 4, S. 636-662.
- Buckel, Sonja (2012):** „Managing Migration“ – Eine intersektionale Kapitalismusanalyse am Beispiel der Europäischen Migrationspolitik, in: Berliner Journal für Soziologie 22, S. 79-100.
- Buckel, Sonja/Georgi, Fabian/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2012):** „...wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann.“ Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise, in: Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 11-48.
- Buckel, Sonja/Georgi, Fabian/ Kannankulam, John/Wissel, Jens (2014):** Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, in: Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld: transcript Verlag, S. 15-86.
- Buckel, Sonja/ Georgi, Fabian/ Kannankulam, John/Wissel, Jens (2017):** The European Border Regime in Crisis. Theory, Methods and Analyses in Critical European Studies.” Study commissioned by the Rosa Luxemburg Foundation.
- Caterina, Daniela (2018):** Investigating hegemony struggles. transdisciplinary considerations on the role of a critical discourse analysis of practical argumentation, Critical Discourse Studies 15 (3), S. 211-227.
- Collins, Patricia H./Bilge, Sirma (2020):** Intersectionality. Cambridge: Polity, 2te Ausgabe.
- Combahee River Collective (1977/1981):** A Black Feminist Statement, in: Moraga, Cherríe/ Anzaldúa, Gloria (Hg.): This Bridge Called my Back. Writings by Radical Women of Color, New York, S. 210-218.
- Crenshaw, Kimberlé (1989):** Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics, in: University of Chicago Legal Forum, Vol. 1989, H. 1, S. 139-167.

- Crenshaw, Kimberlé (1991):** Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color, in: Stanford Law Review, Vol. 43, H. 6, S. 1241-1299.
- Eberhardt, Pia (2012):** Lobbyismus und europäische Postdemokratie. Einblick in den EU-Staats-Zivilgesellschafts-Komplex im Kontext der Krise, in: Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 105-122.
- Federici, Silvia (1975):** Wages Against Housework, published jointly by the Power of Women Collective and the Falling Wall Press, Bristol.
- Federici, Silvia (2012):** Revolution at Point Zero. Housework, Reproduction, and Feminist Struggle, PM Press, Oakland.
- Fischer, Anita (2008):** Von gesellschaftlicher Arbeitsteilung über Geschlecht zum Staat. Eine geschlechtertheoretische Auseinandersetzung mit dem Staat bei Nicos Poulantzas, in: Wissel, Jens/Wöhl, Stefanie (Hg.): Staatstheorie vor neuen Herausforderungen Analyse und Kritik, Münster, S. 50-69.
- Foucault, Michel (2004a):** Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2004b):** Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- Fröbel, Foker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto (1977):** Die neue internationale Arbeitsteilung. Hamburg.
- Georgi, Fabian/Kannankulam, John (2012):** Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Die EU zwischen autoritärer Verhärtung und linken Alternativen, Hrsg.: Rosa Luxemburg Stiftung, Brüssel, Oktober 2012.
- Georgi/Fabian, Kannankulam, John (2014):** "Varieties of Capitalism or Varieties of Relationships of Forces? Outlines of a Historical Materialist Policy Analysis." *Capital & Class* 38 (1): S. 59–71.
- Georgi, Fabian (2014):** Making Migrants Work for Britain. Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und ›Managed Migration‹ in Großbritannien, in: Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld: transcript Verlag, S. 113-129.
- Georgi, Fabian (2016):** Widersprüche im langen Sommer der Migration, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 46(183), S. 183–203.
- Georgi, Fabian (2019a):** Managing Migration? Eine kritische Geschichte der Internationalen Organisation für Migration (IOM), Betz + Fischer Verlag, Berlin.
- Georgi, Fabian (2019b):** Kämpfe der Migration im Kontext. Die Krisendynamik des europäischen Grenzregimes seit 2011, in: Keil, Daniel/Wissel, Jens (Hg.): Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union, Nomos Verlag, Baden Baden, S. 205-227.

- Häfner, Paul (2018):** The Green Border. Migrantische Kämpfe im 'Langen Sommer der Migration'. Eine Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der ungarischen Migrationspolitik, Bachelorarbeit, Phillips-Universität Marburg.
- Hasse, Raimund/ Krücken, Georg (2005):** Neo-Institutionalismus, 2. komplett überarbeitete Auflage, transcript Verlag, Münster.
- Hirsch, Joachim (2005):** Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, VSA-Verlag Hamburg.
- Holloway, John (2004):** Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster.
- Horkheimer, Max (2003):** Traditionelle und kritische Theorie, in: Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze, Frankfurt am Main, 205-269.
- Jessop, Bob (1990):** State Theorie. Putting the Capitalist State in its Place, Cambridge.
- Jessop, Bob (2001):** Die geschlechtsspezifischen Selektivitäten des Staates. In: Eva Kreisky, Sabine Lang und Birgit Sauer (Hg.): EU. Staat. Geschlecht, Wien, facultas, S. 55-86.
- Kannankulam, John (2008):** Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, Hamburg.
- Keil, Daniel/Wissel, Jens (2019):** Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union, Nomos Verlag, Baden Baden.
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2019):** HERRschaft herstellen. Die geschlechterpolitischen Kosten des Umbaus der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU als Kern eines maskulin-autitären Herrschaftsprojektes, in: Keil, Daniel/Wissel, Jens (Hg.): Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union, Nomos Verlag, Baden Baden, S. 97-115.
- Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun Axeli- (2005):** Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz. Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, „Rasse“/Ethnizität, in: Transit. Europäische Revue 29, S. 72–96.
- Kreisky, Eva/Löffler, Marion (2009):** Maskulinität und Staat: Beharrung und Veränderung, in: Gundula Ludwig/Birgit Sauer/Stefanie Wöhl (Hg.) Staat und Geschlecht: Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie, Baden-Baden, 75-88.
- Lenikus, Valerie (2017):** “Sozialpolitiken als Ausdruck von strategischer Selektivität in der (Semi-) Peripherie: Vergleich der neoliberalen und post-neoliberalen Phase Boliviens und Brasiliens am Beispiel ausgewählter CCT-Programme.” Master Thesis, University of Vienna.
- Lichtenberger, Hanna/Wöhl, Stefanie (2020):** Strukturelle Sorglosigkeit: die 24-Stunden Betreuung in der Covid-19-Krise, in: Femina Politica, Nr.: 2/2020, S. 133-134.
- Löffler, Marion (2011):** Feministische Staatstheorien. Eine Einführung, campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Löffler, Marion (2017):** Transformationen männlicher Herrschaft. Symbolische Gewalt, Geschlecht und Staatlichkeit bei Pierre Bourdieu, in: Hirsch, Michael/Voigt, Rüdiger

- (Hg.): Symbolische Gewalt. Politik, Macht und Staat bei Pierre Bourdieu, Nomos: Baden-Baden, S. 145-166.
- Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (2009):** Staat und Geschlecht: Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie, Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit, (2009):** Engendering Poulantzas oder: Sinn und Zweck feministischer Anrufung materialistischer Staatstheorie, in: Adolphs, Stefan/Demirović, Alex/Karakayali, Serhat (Hg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 173-188.
- Ludwig, Gundula (2011):** Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie, campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Ludwig, Gundula (2023):** Geschlecht, Macht, Staat. Feministische staatstheoretische Interventionen, 2. überarbeitete Auflage, Verlag Barbara Budrich, Leverkusen-Opladen.
- Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (2024):** Das kälteste aller kalten Ungeheuer. Annäherungen an intersektionale Staatstheorie, campus Verlag, Frankfurt/New York.
- Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (2024):** Der Staat und mehrdimensionale Herrschaftsverhältnisse: Eine Einleitung, in: Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (Hg.): Das kälteste aller kalten Ungeheuer. Annäherungen an intersektionale Staatstheorie, campus Verlag, Frankfurt/New York, S. 9-34.
- Mac Kinnon, Catherine A. (1989):** Toward a Feminist Theory of the State, Havard University Press, Cambridge/London.
- Maier, Cari (2024):** Eine Perspektive der Sorge im strukturell sorglosen Staat, in: Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (Hg.): Das kälteste aller kalten Ungeheuer. Annäherungen an intersektionale Staatstheorie, campus Verlag, Frankfurt/New York, S. 159-179.
- Mc Lean, Philipp/Link Corinna (2022):** Concept Mapping als Analyse- und Visualisierungsmethode von Deutungsmustern, in: Forum: Qualitative Sozialforschung. Volume 23 No. 1, Art. 1, Januar 2022, o.S.
- Nowak, Jörg (2006):** Poulantzas, Geschlechterverhältnisse und die feministische Staatstheorie, in: Bretthauer Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo (Hg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, VSA-Verlag Hamburg, S. 137-154.
- Pateman, Carole (1988):** The Sexual Contract. Stanford: University Press.
- Pateman, Carole/Mills, Charles W. (2007):** Contract and Domination. Cambridge: Polity Press.
- Proißl, Martin (2014):** Adorno und Bourdieu. Ein Theorievergleich, Springer Verlag, Wiesbaden.
- Prügl, Elisabeth (2004):** International Institutions and Feminist Politics, in: Brown Journal of World Affairs 10(2), S. 69-84.

- Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (2018):** Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse: queer-feministische Positionen, Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Radl, Marlene (2019):** Staat, Autoritarisierung und Geschlecht. Feministische Perspektiven im Anschluss an Poulantzas, in: Kurswechsel 2/2019, S. 47-55.
- Ressel, Saida (2014):** Die Gewerkschaft als umkämpfte Akteurin. Care-Arbeitsverhältnisse in Spanien zwischen Klasse, Migration und Geschlecht, in: Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld: transcript Verlag, S. 15-86.
- Sander, Hendrik (2016):** Die Bewegung für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie in Deutschland. Eine historisch-materialistische Bewegungsanalyse, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 46 (184), Jahrgang, Nr. 3, September 2016.
- Sauer, Birgit (2001):** Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte, Frankfurt/M., New York.
- Sauer, Birgit (2003):** Die Internationalisierung von Staatlichkeit. Geschlechterpolitische Perspektiven, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 51, 621-637.
- Sauer, Birgit (2004):** Staat – Institutionen – Governance, in: Rosenberger, Sieglinde/Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht, Wien: facultas, S. 107-125.
- Sauer, Birgit (2010):** Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise, in: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, H. 1, S. 38-46.
- Sauer, Birgit (2011):** Governance als frauenpolitische Chance? Geschlechterkritik aktueller Debatten um Staatstransformation, in: Demirović, Alex/Walk, Heike (Hg.): Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft, Münster, S. 106-130.
- Sauer, Birgit (2018a):** Materialistisch-feministische Staatstheorie. Kritische Perspektiven auf Gewalt gegen Frauen, in: Brand, Ulrich/Görg, Christoph (Hg.): Zur Aktualität der Staatsform: Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch, Nomos: BadenBaden, S. 115-134.
- Sauer, Birgit (2018b):** Feminismus und Staat, in: Voigt, Rüdiger (Hg.): Handbuch Staat. Band 1, Springer Verlag, Wiesbaden, S. 177-187.
- Sauer, Birgit (2022):** Intersektionalität als feministisches Konzept. Eine solide Grundlage für politisches Handeln?, in: Möller, Lara/Lange, Dirk (Hg.): Intersektionalität in der Politischen Bildung: Entangled Citizens, Springer Verlag, Wiesbaden, S. 7-24.
- Staatsprojekt Europa (2012):** Einleitung in: Forschungsgruppe «Staatsprojekt Europa» (Hg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 7-10.
- Staatsprojekt Europa (2014):** Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld: transcript Verlag, S. 15-86.

- Syrovatka, Felix (2016):** „Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise. Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik vor dem Hintergrund europäischer Krisenbearbeitung“. Wiesbaden: Springer.
- Thompson, Vanessa Eileen (2018):** »There is no justice, there is just us!«: Ansätze zu einer postkolonial-feministischen Kritik der Polizei am Beispiel von Racial Profiling, in: Loick, Daniel (Hg.): Kritik der Polizei, Frankfurt am Main, S. 197-219.
- Walgenbach, Katharina (2007):** Gender als interdependente Kategorie. in: Walgenbach, Katharina/Dietze, Gabriele/Hornscheidt, Lann/Palm, Kerstin (Hg.): Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität, Verlag Barbara Budrich, Leverkusen-Opladen, S. 23–64.
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2010):** Intersektionalität: Zur Analyse sozialer Ungleichheiten, transcript Verlag, Bielefeld.
- Wissel, Jens (2007):** Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas' Staatstheorie, Baden-Baden.
- Wöhl, Stefanie (2007):** Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik, Königstein/Taunus.
- Wöhl, Stefanie (2019):** Die geschlechtsspezifischen Selektivitäten des Europäischen ‚Staatsprojekts‘, in: Keil, Daniel/Wissel, Jens (Hg.): Staatsprojekt Europa. Eine staats-theoretische Perspektive auf die Europäische Union, Nomos Verlag, Baden Baden, S. 61-80.

Abstract (Deutsch)

Die Masterarbeit „*Geschlechterverhältnisse im europäischen Staatsprojekt? Eine intersektionale Kritik an der Historisch-materialistischen Politikanalyse*“ untersucht die Historisch-Materialistische Policy- und Politikanalyse (HMPA) aus einer feministisch-materialistischen und intersektionalen Perspektive. Ausgangspunkt ist die These, dass zentrale Aspekte feministisch-materialistischer Staatstheorie in der HMPA bislang nur unzureichend berücksichtigt werden. Ziel ist es, diese Theorieansätze systematisch in die HMPA zu integrieren und darauf aufbauend eine feministisch-materialistische Politikanalyse zu konzipieren. Im Zuge der Analyse werden sowohl konzeptionelle Leerstellen (fehlende Analyse von patriarchalen Gewaltverhältnissen, Subjektivierungsweisen oder intersektionaler Herrschaft) als auch Anknüpfungspunkte (intersektionaler Anspruch und ein gemeinsames feministisch-poulantzianisches Staatsverständnis) identifiziert. Auf Basis dieser Erkenntnisse entwickelt die Arbeit ein theoretisches Raster mit Kategorien feministisch-materialistischer Kritik sowie eine feministisch-materialistische Politikanalyse. Gleichzeitig wird die Möglichkeit einer Intersektionalen Politikanalyse diskutiert.

Abstract (English)

The Master's Thesis "Gender Relations in the European State Project? An Intersectional Critique of Historical Materialist Policy Analysis" examines Historical Materialist Policy Analysis (HMPA) from a feminist-materialist and intersectional perspective. The starting point is the assumption that key elements of feminist-materialist state theory have not yet been adequately considered in HMPA. The goal is to systematically integrate these theoretical approaches into HMPA and, building on them, to develop a feminist-materialist policy analysis. In the course of the analysis, both conceptual gaps (a lack of analysis of patriarchal violence, modes of subjectification, or intersectional domination) and points of contact (intersectional claim and a shared feminist-poulantzian understanding of the state) are identified. Based on these findings, the study develops a theoretical framework including categories of feminist materialist critique and a feminist materialist policy analysis. At the same time, the possibility of an intersectional policy analysis is discussed.